

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Jg. 62 (2020) H. 1–2

ISSN 2567-5907

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959

Ein Zentrum für Menschenrechte
– An der *Hertie School*, Berlin

Wolfgang Edelstein
– Gelehrter, Lehrer, Demokrat

Europa rafft sich auf – Deutschland nimmt
Griechenland 50 Kinder ab!

Die Moral der EU an ihren Grenzen – Simone Miller
im Gespräch mit Robin Celikates und Dana Schmalz

„Wo kommen Sie her?“ –
Ansichten einer Migrantin



Übersicht

✂	Politik interkulturellen Handelns.....	2	M. Migration, Diaspora.....	37
🏛️	Interkulturelle Bildung	8	R. Religion.....	45
A.	Afrika	13	W. Weltinnenpolitik.....	46
E.	Europa	15	SSIP e.V. Mitglieder-Nachrichten	52
F.	Aus der Forschung.....	28	Impressum.....	52
I.	Islam, Muslime und Mittlerer Osten.....	32		
K.	Konvivenz, Kooperationen.....	33		

✂ Politik interkul- turellen Handelns



Prof. Başak Çalı, PhD
(Foto: Hertie)

P1/2020-1_2 Ein Zentrum für Menschenrechte

Seit September 2019 besteht an der *Hertie School / University of Governance* in **Berlin** ein **Centre for Fundamental Rights**. Es wurde der Öffentlichkeit am 20. Februar 2020 in Form einer Podiumsdiskussion vorgestellt. Direktorin ist **BAŞAK ÇALI**, Professorin für Internationales Recht. Sie sagte am 20. Februar zum Namen des Zentrums, sie sei ursprünglich dafür gewesen, es *Human Rights Centre* zu nennen, weil dieser **Name** die Universalität dieser Rechte unterstrichen hätte. Auf der anderen Seite hat sich *Fundamental Rights* als ein Oberbegriff eingebürgert, der Fragen legitimer Herrschaft (*legitimate government & governance*) wie auch eine lange Liste von Grundrechten umschließe. Wichtig sei, diese Thematik systemisch zu sehen (*in a holistic way*) und im Auge zu behalten, dass Grundrechte ein dynamisches Konzept seien („*They evolve*“). Dazu werden gewiss, muss man hier einwerfen, eine Menge Fragen zu beantworten sein.

Neben Başak Çalı und Arjun Appadurai saßen auf dem Podium Susanne Baer, Cathryn Costello und Patricia Sellers. CATHRYN COSTELLO, Professorin für Flüchtlings- und Migrationsrecht an der Universität Oxford und Mitarbeiterin am Norwegischen Zentrum für Menschenrechte an der Universität Oslo, ist **Ko-Direktorin** und wird ab September 2020 Menschenrecht an der Hertie School unterrichten.

PATRICIA SELLERS, *Special Advisor for Gender* am Internationalen Strafgerichtshof (Den Haag) berichtete, dass sie aus einer Familie US-amerika-



nischer Afrikaner stammt, die noch Sklaven waren und deswegen keinerlei Zugang zur Justiz hatten. Aus dieser Erfahrung heraus sei das Instrument, den Bezug auf Menschenrechte heute einsetzen zu können, „phantastisch“. Sie gestand aber zu, dass der Zugang zum Recht gegenwärtig vielfach erschwert werde.

Die Gründung des *Centre for Fundamental Rights* sollte von der *Hertie School* aus auch ein Zeichen setzen in einer Zeit, in der – wie es auf der *website* heißt – mancher die Unentbehrlichkeit und den Nutzen fundamentaler Rechte in Zweifel zieht und meint, diese würden anderen Werten wie Sicherheit, kulturelle Identität, ökonomisches Wachstum oder soziale Gerechtigkeit den Boden entziehen.

Dem Podium war die **Frage** gestellt worden, ob Grundrechte in den heutigen Zeiten verschärften Streits noch eine „*lingua franca*“ für legitime gesetzesorientierte und politische Entscheidungsfindungen seien. „*Are fundamental rights losing or gaining ground?*“ Sind die Grundrechte auf dem Rückzug oder gewinnen sie an Stärke? Die Moderation hatte ARJUN APPADURAI, der an der *Hertie School* inzwischen Professor für Ethnologie und Globalisierung ist und für die Sozialwissenschaften durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen – z.B. schon durch „*Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*“ (1996) – tonangebend wurde.

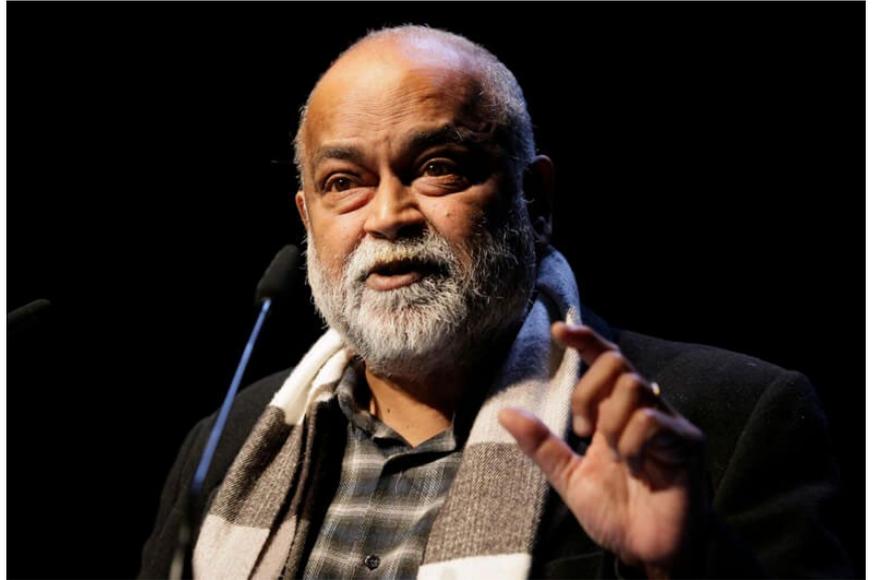
„**Grundrechte**“, erklärte SUSANNE BAER, Richterin am Bundesverfassungsgericht und Professorin für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität in Berlin sowie für Recht an der *University of Michigan*, bedeuten im Horizont der deutschen Sprache weniger denn *fundamental rights* im Englischen. Das Grundgesetz mit seinen „Grundrechten“ müsse in das Licht der Menschenrechte, wie sie die Vereinten Nationen definieren, gerückt und in einem System von Rechten, die die Bedürfnisse von Menschen auf vielen Ebenen schützen, verortet werden.

Das übereinstimmende Votum war, dass sich heute mehr Staaten als früher immer stärker nicht mehr um Menschenrechte scheren. Eine zweite Beobachtung muss der Demokratie-Theorie in



den westlichen Ländern zu denken geben. Susanne Baer wies auf eine Entwicklung hin, die in schlaun „orchestrierten Versuchen“ besteht, die Grundlagen des demokratischen Versprechens, dass Personen Rechte und dass sie Anspruch auf Schutz haben, aufzulösen, u.zw. im Namen der Demokratie etwa in Form eines Legalismus, der autokratisches Herrschen legitimiert (**autocratic legalism**). Sie zitierte Madeleine Albright, die diesen Prozess, mal hier, mal dort, ganz unauffällig, ein Recht zu beschneiden, einen Ablauf zu ändern, „*plucking the feathers*“ genannt hat. So würden, wie man ein Huhn rupft, kulturelle Institutionen, die Wissenschaft, Gerichte, Medien allmählich zerstört. Einem solchen **autoritären Script**, welches aus dem globalen Hintergrund komme, folgen Politiker auch in der Bundesrepublik. So habe ein deutscher Innenminister gefordert, das Justizsystem so zu verändern, dass es besser dem entspreche, was die Bevölkerung „wirklich“ wolle. Dazu komme, dass Autokraten rund um die Welt sich gerne selektiv in anderen Rechtssystemen bedienen, um ihre Interessen durchzusetzen. So werde z.B. das deutsche System der Ernennung der Verfassungsrichter übernommen in Verkennung der Tatsache, dass dies in einem anderen Rechtssystem der Demokratie Abbruch tue. Drittens wies Susanne Baer auf eine Entwicklung hin, die sie unter Juristen weltweit beobachtet hat und die sie die „Geiselnahme des kritischen Geistes“ (*the capture of critique*) nannte. Ja, es gebe Fehlentwicklungen bei der Rechtsprechung, es gebe hier und da Anklänge von Juristendünkel („*juristocracy*“). Aber autoritäre Herrscher („*autocratic legalists*“) nähmen diese Kritik, die meistens abgewogen, international vergleichend vorgeht, gerne auf und benutzen sie, um das System demokratischer Rechte insgesamt zu diskreditieren und zu attackieren, besonders Institutionen wie Verfassungsgerichte, Menschenrechtsorganisationen usw. Sie rief gerade die jungen Leute in der *Hertie School*, die ihr gegenüber saßen, dazu auf, wachsam zu sein, von wem ihre kritischen Analysen entgegen ihrer ursprünglichen Intention möglicherweise vereinnahmt würden

Başak Çalı führte diese Erwägungen weiter. Das Konzept umfassender Menschenrechte (*fundamental rights*) sei relativ jung, nur 200 bis 300 Jahre, und entsprechend fragil. Sie würden gegenwärtig oftmals nicht mehr als das ausschlaggebende Kriterium für Legitimität gelten; ihnen



Prof. Dr. Arjun Appadurai
(Foto Ute Langkafel)

gegenübergestellt würden stattdessen ökonomische Überlegungen, kommunitäre Modelle u.a. Und drittens fand sie es besonders beunruhigend, dass dieser Erosionsprozess die Menschenrechte gerade in den westlichen Demokratien beträfe. Dort findet der Abbau in der Form statt, dass man glaubt fragen zu dürfen: Welches der Menschenrechte sollen wir am ehesten respektieren? Man ist der Ansicht, zwischen mehr und weniger wichtigen Menschenrechten auswählen zu dürfen. Zum Beispiel sei das Recht, seiner Staatsbürgerschaft nicht beraubt zu werden, in England ausgemustert worden.

In ihren Antworten auf studentische Fragen beschäftigten sich die Teilnehmer im zweiten Teil der *panel*-Diskussion folgerichtig mit der Frage, **was zu tun** sei. Zunächst wurde die Sprache, die wir benutzen, thematisiert. So bedeutet, von „illiberaler Demokratie“ zu sprechen, bereits ein Zugeständnis an diejenigen, die die Demokratie Stück für Stück abbauen wollen, betonte Susanne Baer. Eine „illiberale Demokratie“ gebe es so wenig, wie man nur „ein bisschen rassistisch sein“ könne. Und autokratische Legalisten sind eben keine Demokraten. Zweitens sei es wichtig, an Recht und Gesetz festzuhalten („*not drop the law!*“). Das gehöre zur **Politik der Menschenrechte**, auch wenn formale rechtliche Abläufe und manche Institutionen „ein bisschen langweilig“ seien. Als positives Beispiel nannte sie die Umweltjustiz: eine „brillianteste Rechtsprechung“. Man solle auch keine Angst vor einem Rechtsstreit haben, aber diesen mit Weitblick durchfechten („*strategic litigation*“). Cathryn Costello nannte dafür drei





Beispiele, in denen vorbildlich für Asylsuchende gestritten worden sei und demonstriert wurde: **Menschen vor dem Ertrinken zu retten kann kein Rechtsbruch sein.** Der Initiative *Sea Watch* wurde Reverenz erwiesen. Einmal mehr wurde **europäische Doppelzüngigkeit** kritisiert: Auf der einen Seite schränken die europäischen Staaten das Asylrecht ein, gleichzeitig fordern sie von anderen Staaten, für Flüchtlinge Verantwortung zu zeigen; einerseits prahlt Europa mit seinem Asylrecht, auf der anderen Seite erlaubt es Asylsuchenden nicht, Europa auf legalem Weg zu erreichen – das ist alles eine Tragödie („*the tragedy of our times*“).

Insofern diese Beobachtungen zutreffen, bedeuten sie für die **Theorie der interkulturellen Kommunikation** die Notwendigkeit einer spezifischen Erweiterung. Argumente, die, aus ihrem ursprünglichen politischen Kontext herausgeschnitten, in andere politische Zusammenhänge einge-

bettet werden, ändern ihre Bedeutung, ohne dass es der Arbeit mit Feindbildern oder des gezielten Einsatzes von Stereotypen bedürfte.

Zum Schluss richtete wieder Susanne Baer ein eindringliches Plädoyer an die vorwiegend studentischen Zuhörer aus der *Hertie School*, „klug, elegant und mit Blick auf die wichtigen Unterschiede“ für die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit einzutreten.

Weitere Information: <https://www.hertie-school.org/en/events/event-previews/2020/20-02-2020-are-fundamental-rights-losing-or-gaining-ground/>, sowie – mit Inhaltsangaben und einem hörens-werten podcast – <https://www.hertie-school.org/en/events/event-highlights/2020/2020-02-20-centre-for-fundamental-rights-launch/> (8.3.2020)

AT

P2/2020-1_2 **Polarisierung bei Wir-Gruppen ist unausweichlich**

Das erste Halbjahr 2020 hat für die Wir-Gruppen-Theorie interessante Einsichten gebracht. Bisher sind Wir-Gruppen meistens rückblickend oder in Regionen außerhalb Europas rekonstruiert und untersucht worden. Seit März 2020 konnten wir das Entstehen einer Wir-Gruppe *in vivo* erleben.

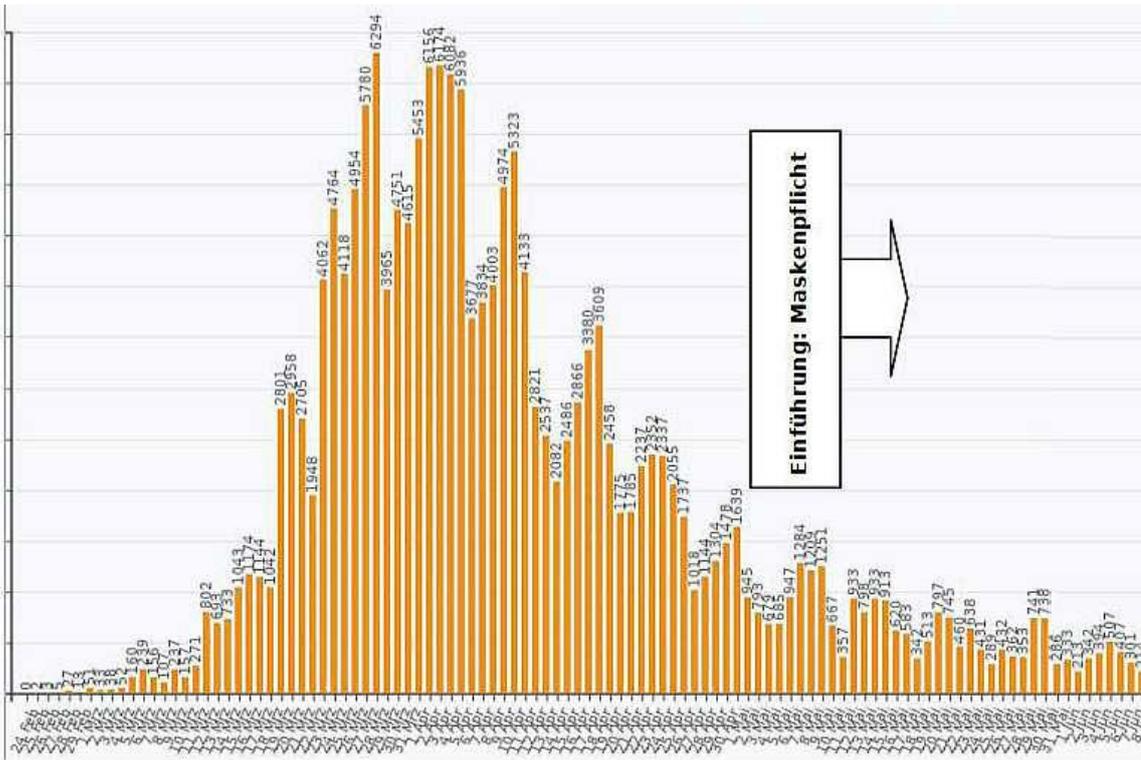
Eine neue Wir-Gruppe, wie sie in der deutschen Geschichte noch nie dagewesen ist, ist nun entstanden: die der Maskenträger. Typisch für Wir-Gruppen, ist auch diese neuartige im Konflikt mit einem Feind entstanden; es war – nicht ungewöhnlich – ein Feind, der als eingewandert wahrgenommen wurde. Allerdings ist dieser Feind unsichtbar, ein Virus, der eine vielgestaltige Lungenkrankheit, Covid-19 (Abkürzung für engl. **coronavirus disease 2019**), verursacht. Die Situation wird – nicht ganz korrekt – „Corona-Krise“ genannt.

Für die Theorie der Wir-Gruppen-Bildung ist Covid-19 ein interessanter Fall; denn diese Wir-Gruppe entstand offenbar **durch eine politische Offensive** nach dem ersten Schreck und als die Infektionszahlen seit Mitte März infolge einer weitgehenden Stilllegung des öffentlichen Lebens

bereits 1½ Monate auf sehr niedrige Werte abgesunken waren. Wer die Akteure und Ideengeber für eine **allgemeine Maskenpflicht**, die **Ende April** verkündet wurde, waren, muss nach derzeitigem Kenntnisstand offenbleiben. Vielleicht waren es ratlose Politiker, offenbar aber auch Leute aus der Wirtschaft.

Der Maske wurde eine spezifische **Identität** zugeordnet, nämlich die des gemeinschaftsorientierten, auf seine Mitmenschen achtenden („achtsamen“) Bürgers. In einem wochenlangen Medieneinsatz (Plakatierung, Kommentare und Nachrichtenmeldungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk) wurden mit der Maske positive Assoziationen verbunden: die Vorstellung von Sicherheit und das Übernehmen von Verantwortung. **ALDI Schweiz** bekundete, man wolle seiner „gesellschaftlichen Verantwortung“ nachkommen und die Schweizerinnen und Schweizer mit Schutzausrüstung versorgen. Eine deutsche Einzelhandelskette heftete an die Eingangstüren ihrer Filialen maskentragende Smileys mit der Aufschrift „Heute trägt man Verantwortung“.

Mit diesem menschenfreundlich klingenden Spruch war allerdings eine kritische Schwelle überschritten. Durch den Aufruf der Dichotomie



Nach Daten des Robert Koch-Instituts: Aktueller Lage-/Situationsbericht des RKI zu COVID-19 „Bestätigte Infektionen in Deutschland, Differenz zum Vortag“). Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/COVID-19-Pandemie_in_Deutschland/Statistik

verantwortungsvoll/verantwortungslos wächst der Maske ein **Moralisierungsdruck** zu. Die verordnete **Wir-Gruppen-Bildung** der Maskenträger treibt notwendig eine konfrontativ ihr entgegengesetzte hervor. Wer die Maske verweigert, wird automatisch zum verantwortungslosen Gemeinschaftsfeind gestempelt. Dann droht eine Kultur der *political correctness* und der Denunziation.

Ohne dass es entsprechender Feindbildaktualisierungen oder expliziter Aufrufe zu Attacken bedurft hätte, entstanden allein aus dieser Konfrontation **Feindlichkeit** und feindselige Akte im sozialen Raum. Aus den öffentlichen Verkehrsmitteln in Berlin, wo eine Maskenpflicht ausgesprochen und gleichzeitig verlautbart worden war, sie werde nicht kontrolliert werden, wurden Schlägereien zwischen maskentragenden und maskenverweigernden Fahrgästen gemeldet. Tagelang wurde im Rundfunk berichtet, im französischen Bayonne sei ein Busfahrer von Fahrgästen, die seiner Aufforderung, Maske anzulegen, nicht folgen wollten, erschlagen worden.

Erfahrungsgemäß droht in Krisenzeiten – sei es ein Krieg, seien es andere Katastrophen – ein Auseinanderdriften der betroffenen Gesellschaft

bis hin zum individuellen Kampf jedes einzelnen gegen jeden in Form von Hamsterkäufen, Waffenkäufen (wie in den USA im Frühjahr 2020) oder Waffenanwendung zur Durchsetzung des eigenen Wohlergehens u.a. – kurz das, was Soziologen „**Anomie**“ nennen. Gegen anomische Erscheinungen hilft das Gefühl, gemeinsam in einem Boot zu sitzen, das Gefühl der Gleichheit aller. Im Ersten Weltkrieg war das der berühmte „Burgfrieden“ über alle Klassen und „Parteienkämpfe“ hinweg. Niemand ist stärker **Feind** in einer solchen Situation als derjenige, der aus der Reihe tanzt, der sich dem insinuierten Allgemeininteresse nicht anschließt. Im Ersten Weltkrieg waren das die „inneren Feinde“, Personen, die nicht an das legitime „Selbstverteidigungsrecht“ gegen die alliierten Feinde von außen glaubten („Defätisten“), die den Krieg an sich für verwerflich hielten („Pazifisten“), die, die bei den eingeübten kapitalistischen Verhaltensweisen blieben und höhere Preise für verknappte Waren forderten (die „Kriegsgewinnler“ und „Schieber“, oft mit jüdischen Gesichtszügen porträtiert) usw.

Bei drohender Anomie die Integration der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, ist ein Anliegen autoritärer Herrschaftssysteme ebenso wie demo-





Die Moralisierung spaltet in totaler Weise. (Foto: privat)

kratischer Gesellschaften Demokratien haben zusätzlich das Problem, dass die Gewaltanwendung gegen den Bürger nur in engen Grenzen möglich ist. Sehr viel kommt auf Psychologie und „Überredung“ („*nudging*“) an. So wurde in der Corona-Krise 2020 allüberall ein neues **Wir** beschworen: Der Virus mache vor keinen sozialen und kulturellen Grenzen Halt; alle seien in gleicher Weise betroffen. Das **stimmte natürlich nicht**; in den USA hatten Philippinos und Schwarze und arme Weiße ein größeres Risiko zu sterben, in Deutschland konnten sich Wohlhabende mit bestimmten Arten von Einkommen in ihre Landhäuser verziehen und hatten dort ein beschwingteres Leben. Das **Wir**

schloss auch nicht Fremdarbeiter in Fleischfabriken ein. Für Spargelstecher aus Rumänien wurden die abschottenden Grenzen durchlässig gemacht. Daran sieht man, dass das **Wir** auch hier eine „**Konstruktion**“ im Sinne der postkolonialen Theorie war. Das **Wir** ist nie nackte empirische Tatsache. Wie sollte das neue **Wir** sichtbar werden und ein allen gemeinsames Verhalten und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft befördern?

Im April 2020 stellte sich die Frage, wie nach dem ersten Erschrecken, welches zunächst durch das Hamstern von Nudeln und Toilettenpapier und dann den akzeptierten *lock-down* gekennzeichnet war, die als notwendig erachtete Gemeinsamkeit würde aufrechterhalten werden können. Es war damit zu rechnen, dass nach mehr als drei Wochen verordneter Immobilität individuelle Verhaltensweisen wieder durchbrechen würden und angesichts der **Unsichtbarkeit des Feindes** das Gefühl, bedroht zu sein, abnehmen könnte. Wo autoritäre Systeme dem **Wir-Gefühl** durch Repression nachhelfen können, musste in der Bundesrepublik ein Symbol der Gemeinsamkeit erfunden werden: Die **Alltagsmaske** (offiziell: Mund-Nase-Schutz) war ein idealer *token* für die notwendig erachtete Uniformität aller und für die Allgegenwart des Feindes. Nach mehrheitlichem medizinischem Sachverstand nutzte sie zwar nicht viel gegen das Virus; aber sie schadete jedenfalls nicht direkt und war jedem **wie ein Etikett** anheftbar. Damit vermochte sie zwei Dinge zu erreichen: 1. stellte sie (mit den oben erwähnten Ausnahmen in der Realität) die Anmutung einer

allgemeinen Gleichheit her (wir sind alle in gleicher Weise betroffen, nicht Kultur, nicht soziale Klasse zählen), 2. versinnbildlichte sie bei jedem Blick in idealer Weise – **Angst**. Wenn das **Wir** nicht durch blanke Aggression von außen oder durch brutale Repression von innen zu gewährleisten ist, tut es die veräußerlichte Angst auch.

Ein weiteres starkes Moment des Gruppenzusammenhalts für eine **Wir-Gruppe** wurde auch in diesen Monaten sichtbar: das Gefühl, ein gemeinsames Ziel zu verfolgen. Je höher das Ziel, desto stärker die Energie. „Wir haben alle ein Ziel, das über uns selber hinausreicht.“ Welche Mission könnte großartiger sein? In der *Süddeutschen Zeitung* wurde von einem „kollektiven Kraftakt“ gesprochen, der notwendig sei. Ein Anbieter von Virus-Bekämpfungs-Software sprach aus, worum es seiner Meinung nach ging: „Helfen Sie mit, die Welt zu retten!“

Die genannten Erscheinungen stellen die Art von Politisierung bei **Wir-Gruppen-Strukturen**, die sich in der Theorie erwarten lässt, dar. In dem erklärten Kampf gegen das Virus findet die **Theorie der Wir-Gruppe** insofern Bestätigung, als sich zeigt, dass **Wir-Gruppen** nicht naturgegeben sind. Sie entstehen oder werden zur Entstehung gebracht unter angebbaren Randbedingungen durch angebbare Akteure. Dass **Wir-Gruppen** Instrumente in der Hand anderer Akteure sein können, hat sich ebenfalls erwiesen. **Wir-Gruppen** verlangen nach äußeren Zeichen, und sei es eine harmlose Maske. Mit **Wir-Gruppen** ist ein Gefühl gemeinsamer Interessen und gemeinsamen Handelns verbunden; das ließe sich dokumentieren, wenn man die Äußerungen von z.B. privaten Masken-Näherinnen, die in dem mittlerweile überall vertretenen Netzwerk „nebenan.de“ zur Festigung des **Wir-Gefühls** im März, April, Mai 2020 beigetragen haben, zusammensucht. Hier würde man die Spuren einer moralischen Aufladung der Maske als einem Zeichen demonstrativer Gemeinwohlorientierung finden. Diese Gemeinschaftsmoral wurde von öffentlichen Stellen, Politikern, ARD-Medienanstalten usw. nach Kräften befördert. Es scheint so, dass für dieses **Wir-Gefühl** eine kollektive Selbstbenennung nicht nötig ist. An der sog. Corona-Krise zeigt sich allerdings, dass für die Existenz von **Wir-Gruppen** Selbst- und Fremdbenennungen mindestens in der Entstehungsphase nicht notwendig sind. Allein an dem alltäglichen Verhalten und an



dem politischen, sozialen oder medialen Echo darauf sind diese Gruppenbildungen bereits zu erkennen. Als in deutschen Städten Anfang Juni Demonstranten gegen die offiziell „Hygieneregeln“ genannten Vorschriften auf die Straße gingen, entstanden heterostereotype Etikettierungen wie „Verschwörungstheoretiker“ oder „Spinner“ für diejenigen, die die Legitimität dieser Vorschriften verneinten. Es muss abgewartet werden, ob sich mit zunehmender Politisierung der Abgrenzungen zwischen den zunächst nur handlungsmäßig bestimmten Gruppen eine benennungsmäßig konsolidierte Identität entwickelt, wie sie der Begriff „Wir-Gruppe“ nahelegt und erwarten lässt.

So beklemmend die Erinnerung an die Maske später auch sein wird, für die Theorie ist sie wertvoll. Die Inszenierung der Maske erinnert nämlich daran, wie zufallsgetrieben und dabei auch vergänglich Entstehung und Dauer von Wir-Gruppen sind. Bei dem Versuch jedoch, sie essentialistisch auf Dauer zu begründen, schlagen sie aus der Art. AT

P₃/2020-1_2 **Wo kommen Sie her? – Rassismus in der BR**

Der Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby ist Mitglied der SPD, wohnt in Halle und ist ein Schwarzer Deutscher. Er wurde in Senegal geboren und kam 1985 in die DDR, wo er ab 1986 studierte. 1996 promovierte er über den Schwermetall- und Nährstoffhaushalt in halleschen Kleingartenanlagen. 2013 wurde er als erster in Afrika geborener „Schwarzer Mensch“ in den Deutschen Bundestag gewählt, wie er auf seiner *website* feststellt. In der Nummer 144 der *Berliner Zeitung* von Juni befindet sich ein Interview mit ihm, wo es – natürlich – um Rassismus in Deutschland geht. Dort wird auch erklärt, die Selbstbezeichnung „Schwarzer Mensch“ solle als ein politisches *statement* verdeutlichen, dass es bei der Hautfarbe nicht um eine reale Eigenschaft geht, sondern um „ein **konstruiertes** Zuordnungsmuster“.

Seine Interviewpartnerin (Tanja Brandes), die leider auch das latent rassistische Wort „Migrationshintergrund“ benutzt, möchte wissen, was für ihn die Frage „**Wo kommen Sie her?**“ bedeutet.

Frage: Viele Menschen mit Migrationshintergrund stört die Frage nach ihrer Herkunft. Viele, die sie stellen, sagen, sie wollten ihr Interesse an der Person ausdrücken. Stört Sie die Frage?



Helfen Sie mit, **Covid-19** zu heilen

Fügen Sie Ihren PC einem globalen Computer-Netzwerk zu, um das Coronavirus zu bekämpfen.

MEHR ERFAHREN



K. Diaby: Jein. Stellen Sie sich vor, Sie wären hier in mein Büro gekommen und ich hätte Sie als allererstes gefragt: Wo kommen Sie her? Es ist etwas anderes, wenn diese Frage später gestellt wird, weil das Gespräch darauf kommt. Aber wenn es das Allererste ist, was Schwarze Menschen in Deutschland gefragt werden, dann zeugt das nicht von Interesse an der Person, sondern eher von Interessenlosigkeit. Es bezieht sich dann nur auf Äußerlichkeiten. Meine Antwort auf diese Frage ist übrigens immer: Ich komme aus Halle, aus dem Paulusviertel. Ich versuche das mit Humor zuzunehmen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs periodisiert Diaby die **Entwicklung des Rassismus** in Deutschland folgendermaßen:

- Es gab mehrere Phasen. Die erste war die DDR-Zeit. Wir Studenten aus dem Ausland waren in Wohnheimen untergebracht, genauso wie die sogenannten Vertragsarbeitnehmer aus Angola, Vietnam, Kuba. Mit den anderen Bürgern gab es privat wenig Kontakt. Ab und zu wurde ich zu Kommilitonen nach Hause eingeladen. Das war aber nicht die Regel.
- Die zweite Phase war die rund um den Mauerfall



Dr. Karamba Diaby, MdB,
(Foto: Ute Langkafel, www.maifoto.de)

und die Wiedervereinigung. Das war die Phase der Anfeindungen, eine Zeit der Angst. Da habe ich mir die Frage gestellt, ob ich wirklich hier bleiben sollte.

- Dann kam die dritte Phase, ich nenne sie die der Normalität, die ich als eine Art Aufschwung der sozialen Stimmung erlebt habe. Gedauert hat sie vom Ende der 90er-Jahre bis vor ungefähr vier, fünf Jahren.

- Dann kamen die Diskussionen auf, die sich um Islamismus und Terrorismus drehten, die Stimmung ist gekippt. Seitdem ist Rassismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die jetzige Phase ist sehr herausfordernd. Wir müssen uns fragen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Am Schluss des Gesprächs kommt noch eine interessante Frage, die daran anknüpft, dass Karamba Diaby passionierter Kleingärtner ist. Wie kann ein Schwarzer Deutscher, promoviert, weltoffen, so klug, dass die Vorstellung von Identität als „konstruiertem Zuordnungsmuster“ für ihn selbstverständlich ist, in einem Kleingartenverein überleben?

Frage: Glaubt man dem Klischee, dann ist das Kleingartenwesen das Deutsechste, Spießigste und Engstirnigste, das man sich vorstellen kann.

K. Diaby: Die Leute waren sehr neugierig auf mich, Anfang der 90er-Jahre tauchten in den Kleingärten von Halle schließlich nicht sehr viele Schwarze Menschen auf. Vorher hatte auch ich so meine Vorurteile - die waren danach alle weg. Außerdem habe ich das Bundeskleingartengesetz kennengelernt. Darin ist alles geregelt: [...] Wenn du dieses Gesetz respektierst, dann bist du einer von den Kleingartenfreunden. Dann ist es egal, wo du herkommst. Das ist wie mit dem Grundgesetz: Das hat Grundpfeiler, auf dem es steht. [...] Das ist im Kleingarten genauso. Das Bundeskleingartengesetz ist unser Grundgesetz im Miniaturformat.

Quelle: Berliner Zeitung (24. Juni 2010), S. 2; <https://www.karamba-diaby.de/aktuelles/werdegang>

Inter- kulturelle Bildung

B1/2020-1_2 **Päpstliche Anregung zu einem Bildungspakt**

PAPST FRANZISKUS hat eine Reihe von interreligiösen Initiativen auf den Weg gebracht. Dazu gehört ein „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen“, das er am 4. Februar 2019 mit dem Großimam der Universität von Al-Azhar, PROF. DR. SHAYKH AHMAD MUHAMMAD AL-TAYEB, auf seiner Apostolischen Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate in Abu Dhabi unterzeichnet hatte (s. ika I4/2019-3_4, S. 37). Auf dieses Dokument und auf die Enzyklika „*Laudato si'*“ (2015) bezieht sich der Papst in seiner **Botschaft zum Start des Bildungspakts** vom 12. September 2019.

In diesem Bildungspakt fordert der Papst einen „Bildungsprozess, um eine neue **weltweite** Solidarität und eine gastfreundlichere Gesellschaft zu fördern“. Der beschleunigte Wandel der Gesellschaften, sagt Franziskus, steigere die Wichtigkeit von Bildung und mache einen Bildungsprozess nötig, der alle Menschen einbezieht (S. 1f.). Dem Papst schwebt vor, die Bewohner der Erde müssten zu einer Bildungsgemeinschaft („Allianz“) werden. Er zitiert das afrikanische Sprichwort: „Um ein Kind zu erziehen, braucht man ein ganzes Dorf“:

Die Bildung kollidiert mit der sogenannten *Rapidación* („Beschleunigung“), die die Existenz in den Sog der technologischen und digitalen Geschwindigkeit einsperrt und ständig die Bezugspunkte verändert. In diesem Zustand verliert die **Identität** selbst an Konsistenz und die psychologische Struktur zerfällt angesichts eines unaufhörlichen Wandels, der „im Gegensatz zu der natürlichen Langsamkeit der biologischen Evolution steht“ [Zitat aus „*Laudato si'*“ dt., S. 19]. Doch jede Veränderung braucht einen Bildungsprozess, der alle einbezieht. Aus diesem Grund ist es notwendig, eine Bildungsgemeinschaft als ein „Dorf der Bildung“ zu errichten, in dem wir in Vielfalt die Verpflichtung teilen, ein Netzwerk von offenen menschlichen Beziehungen aufzubauen.

Diese „Bildungsgemeinschaft“ ist offensichtlich eine andere Art von „globalem Dorf“ als das von Marshall McLuhan (1962). Ohne Bildung lässt sich die notwendige Verbundenheit der Menschen nicht herstellen —

eine Bildung, die in der Lage ist, eine Verbundenheit herzustellen zwischen allen Aspekten der Person: zwischen Studium und Leben; zwischen den Generationen; zwischen Lehrenden und Studierenden, zwischen den Familien und der Zivilgesellschaft mit ihren intellektuellen, wissenschaftlichen, künstlerischen, sportlichen, politischen, unternehmerischen und solidarischen Ausdrucksformen. Eine Allianz zwischen den Bewohnern der Erde und dem „gemeinsamen Haus“, dem wir Sorge und Respekt schulden. Eine Allianz, die Frieden, Gerechtigkeit und Akzeptanz unter allen Völkern der Menschheitsfamilie sowie den Dialog zwischen den Religionen schafft.

Die „weltweite Verbundenheit“ könnte zu etwas komplexerem Denken anregen, als es das simple Bild von der angeblich schon existierenden Einen Welt bietet, welches auf der allgemeinen Vorstellung ökologischer Wechselbeziehungen aufsetzt. Was im „Bildungspakt“ Identität heißt, bleibt jedoch noch unbestimmt.

Nach den Worten des Papstes braucht es drei Arten **Mut** zu diesem Bildungspakt:

- erstens den Mut, „die Person in den Mittelpunkt zu stellen“. Aus diesem Grund müsse „ein Bündnis besiegelt werden, um formellen und informellen Bildungsprozessen eine Seele zu geben“. Es ist demnach notwendig, „alternative Wege der Definition von Wirtschaft, Politik,

Wachstum und Fortschritt zu finden“, und es ist eine „integrale Ökologie“, die den „eigene[n] Wert jedes Lebewesens in den Mittelpunkt“ stelle, notwendig. Wenn von der „Person im Mittelpunkt“ die Rede ist, versteht der Bildungspakt diese Zentrierung offenbar nicht im neoliberalen Sinne, sondern als Teil eines Wir „in Vielfalt“ mit der Verpflichtung, „ein Netzwerk von offenen menschlichen Beziehungen aufzubauen“.

- „Zweitens braucht es den Mut, mit Kreativität und Verantwortung die besten Energien zu investieren.“ Hier spricht der Bildungspakt von proaktivem und zuversichtlichem Handeln, welches den gesellschaftlichen Wandel berücksichtigt.
- Drittens brauche es den Mut, Menschen zu bilden, die bereit sind, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.“ Das Dienen sei „eine tragende Säule der Kultur der Begegnung“.

In dieser sehr kurzen Einladung (drei Seiten) spricht der Papst alle an, die „mit verschiedenen Funktionen in der Bildung, Wissenschaft und Forschung tätig sind“. Er beraumte eine „internationale Veranstaltung“ unter dem Thema „Wiederherstellung [!] des globalen Bildungspakts“ an, die am 14. Mai 2020 in Rom in der Aula Pauls VI. im Vatikan hatte stattfinden sollen, infolge der weltweiten Verbreitung des Covid-19-Virus aber nicht stattfinden konnte. Das **Ziel** wäre ein „Bildungsbündnis“ gewesen, „um reife Menschen zu formen, die in der Lage sind, Spaltungen und Gegensätze zu überwinden und das Gefüge der Beziehungen für eine geschwisterlichere Menschheit wiederherzustellen.“ **AT**

Quelle: http://www.vatican.va/content/francesco/de/messages/pont-messages/2019/documents/papa-francesco_20190912_messaggio-patto-educativo.html



B2/2020-1_2 **Ein Gelehrter,
ein Lehrer,
ein Demokrat**

In der eskalierenden Panik über das Corona-Virus blieb im Frühjahr fast unbemerkt, dass ein großer Gelehrter, der eine ungewöhnliche Fächerbreite wissenschaftlichen Denkens aufwies, von uns gegangen ist. Am 29.2. verstarb im 91. Lebensjahr PROF. DR. WOLFGANG EDELSTEIN.

Die Bibliothek des *Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung* in Berlin, an dem er zuletzt einer der Direktoren und Leiter des Fachbereichs „Entwicklung und Sozialisation“ war, verzeichnet 386 Titel von ihm. Er war Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und vieler anderer Auszeichnungen und hatte die Ehrendoktorwürde für Sozialwissenschaften der Universität Island inne.

Island war seine zweite, lebensgeschichtlich gesehen seine erste Heimat, und er war später in vielen Dingen ein Berater der isländischen Regierung. Island hatte ihn mit seinen Eltern aufgenommen, als die Familie 1938 **aus Deutschland flüchten** musste. Da war Edelstein keine zehn Jahre alt.

Edelstein studierte Linguistik und Philosophie in Grenoble und in Paris. Er wurde 1954 zunächst Lehrer und 1961 Studienleiter an der Odenwaldschule, ein Jahrzehnt bevor ein neuer Schulleiter dort die Schule diskreditierte, und wurde 1962 mit einer Arbeit über Alcuins Briefe, einer Untersuchung zu Weltbild und Erziehung in der Karolingerzeit, promoviert. Alcuin, den Karl d. Gr. zu seinem wichtigsten Berater machte, hinterließ der Nachwelt an die 300, natürlich auf Latein geschriebene Briefe staatspolitischen und philosophischen Inhalts. In dem Titel von Edelsteins Dissertation („*Eruditio et sapientia*“) ist bereits das Leitmotiv seines späteren Lebens und seiner wissenschaftlichen Arbeit enthalten.

Mit einem Dr. phil. in Lateinischer Philologie des Mittelalters begab er sich auf das Feld der Pädagogik. Neben den technischen Fragen des Unterrichts thematisierte er sehr bald die politischen und sozialen Zusammenhänge von Bildung. Sein Bericht mit Matthias Winckelmann und Walter Schäfer



MAX-PLANCK-INSTITUT
für Bildungsforschung



zur Schülermitverwaltung in der Odenwaldschule (1960) war dafür kennzeichnend, auch sein Buch über Bedingungen des Bildungsprozesses („*Psychologische und pädagogische Forschungen zum Lehren und Lernen*“, 1973). 1963 war Edelstein – zusammen mit **Jürgen Habermas** und dem Erziehungswissenschaftler, Philosophen und Journalisten **Reinhard Kahl** – an der Gründung des Berliner **Max-Planck-Institut für Bildungsforschung**, beteiligt, dessen Direktor **Hellmut Becker** wurde, der Sohn des preußischen Kultusministers in den 1920er Jahren. Er war der erste wissenschaftliche Mitarbeiter des neuen Instituts, war seit 1971 Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft und wurde 1981 einer der vier Direktoren des Instituts und Direktor des Forschungsbereichs „Entwicklung und Sozialisation“, den er bis zur Emeritierung 1997 leitete.

Edelstein hatte einen philosophischen Hintergrund und war gleichzeitig statistisch bewandert in der empirischen Psychologie und in soziologischer Forschung. Diese Breite wurde schon sichtbar in seinem Buch mit Kurt Kreppner, der an seinem Forschungsbereich arbeitete, und Sigurjón Björnsson über *Stratification Dynamics in Social and Individual Development in Iceland* („*Explorations in Social Inequality*“, 1977). „*Kindliche Entwicklung und soziale Struktur*“ war ein langjähriges Projekt am Max-Planck-Institut. In dem Projekt „Alltag der Schulkinder“ (Lothar Krappmann) ging es darum, den Sozialisationsprozess von Kindern und Jugendlichen in der *Peer-Gruppe* anhand der Art und Weise, wie Konfliktlösungen zwischen Gleichaltrigen in der Schulklasse ausgehandelt werden, zu beschreiben und zu verstehen.

Die Entwicklung des Individuums in seinen sozialen Bezügen zu erforschen mit einer methodologischen Einstellung, deren Ankerbegriffe etwa Perspektivik, Verstehen, Identität, Deutungsmuster hießen, wurde Edelsteins Thema in der Zeit am Max-Planck-Institut. Ein besonderes Gewicht hatte die Frage nach der Entwicklung der moralischen Kompetenz im Individuum. Ausgangspunkt war **Lawrence Kohlbergs** (1927–1987) Stufentheorie der **Moralentwicklung**, um deren Erweiterung man sich an Edelsteins Forschungsbereich bemühte. In Ergänzung wurden kulturvergleichende Unter-





Foto: David
Ausserhofer

suchungen in China und anderen östlichen und westlichen Gesellschaften zur sozial-kognitiven Entwicklung durchgeführt, insbesondere zum soziomoralischen Verstehen von Freundschaft und Familie. Diese Forschungen geschahen in Zusammenarbeit mit Monika Keller, die 1982 die „Beiträge zur **Entwicklung des sozialen Verstehens**“ („Perspektivität und Interpretation“) mitherausgab. Zusammen mit Jürgen Habermas kamen 1984 die Beiträge zur Entwicklung der Interaktionskompetenz („Soziale Interaktion und soziales Verstehen“) heraus, zusammen mit Gertrud Nunner-Winkler (die Mitarbeiterin am *Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt* im Arbeitsbereich von Jürgen Habermas war) und Gil Noam (der eine Dissertation geschrieben hatte über „*Self, Morality and Biography. Studies in Clinical-developmental Psychology*“) 1993 das Buch „**Moral und Person**“.

Wolfgang Edelstein hat andere Vorhaben unterstützt, die ein weites Spektrum der Aneignung von Welt und der Bedingungen sozialen Handelns betrafen. In den Studien zu sozialisatorisch relevanten Dimensionen sozialer Ungleichheit konnten Mitarbeiter erforschen, wie das Konsumverhalten

die gesellschaftliche Position von sozialen Gruppen in der Neuzeit sowohl ausdrückt wie auch bestimmt. Bahnbrechende Forschungen entdeckten die **Entstehung des mathematischen Denkens** im bronzezeitlichen Mesopotamien. Schon 1988 hatte Edelstein den Band „Entwicklungspsychologie und Friedensforschung“ (zusammen mit Marianne Müller-Brettel) herausgegeben; 2016 folgte der Sammelband „Friedenspädagogik und Demokratiepädagogik“. Die Einzelthemen, die dort behandelt werden – der Umgang mit dem **Salafismus**, die Partnerschaft mit einer **Schule in Afrika**, die Bedeutung von Erinnerungskulturen –, markieren die Bandbreite von Wolfgang Edelsteins Denken.

Erziehung zum Frieden war Edelsteins Hauptanliegen nach der Emeritierung. Ohne seinen Anstoß wäre es im Jahr 2005 vielleicht nicht zur Gründung der *Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik* (DeGeDe e.V.) gekommen, steht auf ihrer *website*. Als Gründungs-Vorsitzender hat Wolfgang Edelstein maßgeblich an dem Gründungsdokument der DeGeDe, dem „**Magdeburger Manifest**“ (2005), mitgearbeitet. Dort

Hans J. Nissen / Peter Damerow / Robert K. Englund, *Frühe Schrift und Techniken der Wirtschaftsverwaltung im alten Vorderen Orient. Informationsspeicherung und -verarbeitung vor 5000 Jahren, Bad Salzdetfurth 1991.*

wird in 10 Punkten beschrieben, wie durch eine demokratische Bildung der **Menschenfeindlichkeit entgegengewirkt** werden kann. Er war 2006 ein Erstunterzeichner der „Berliner Erklärung“, mit der die Initiative **Schalom5767** von der Bundesregierung unter anderem verlangte, die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben. Seit 2011 war er an der Entwicklung des Weiterbildungs-Masterstudien-Programms „Demokratiepädagogische Schulentwicklung und soziale Kompetenzen“ an der Freien Universität Berlin beteiligt.

Anlässlich seines 85. Geburtstages veranstaltete die DeGeDe am 21. und 22. November **2014** die Tagung „Verantwortung der Bildung für die Demokratie“ mit einer Festveranstaltung in den Nordischen Botschaften in Berlin. Über 200 Gratulationsgäste kamen. Laudationes hielten SYLVIA LÖHRMANN, die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, und PROF. DR. DR. H.C. GESINE SCHWAN.

Die Worte, mit denen Wolfgang Edelstein, **der Geflüchtete**, der von Island **Aufgenommene**, seine Rede zu dieser Festveranstaltung begann, sind wie dem SSIP ins Stammbuch geschrieben: Heimat ist nicht essentialistisch begründet, Heimat kann man auch finden ohne „Wurzeln“.

Mein ganzes Leben habe ich als Außenseiter geführt, in der Dialektik zwischen Fremdheit und Einwurzelung, zwischen Entfremdung und Zugehörigkeit. Heute weiß ich: Ich gehöre dazu - auch ohne Wurzeln. Ja, man kann nach Hause kommen, auch in einem fremden Land; in einen Hafen, der dich aufnimmt; in ein System der Mitbestimmung und Beteiligung, in die Zugehörigkeit zu einer Diskursgemeinschaft.

Wissenschaft konnte für Edelstein nicht unpolitisch sein, und seine Mahnung zu demokratischer Politik ist heute eher noch aktueller als 2014:

Doch ich möchte die Gelegenheit nutzen, die ihr, liebe Freunde, mir bietet, eine letzte (oder vielleicht auch vorletzte?) Ansprache zu halten, um euch aufzurufen: Setzt euch ein für eine gefährdete Demokratie, sucht, die Demokratie zu erhalten, sucht, die Demokratie zu entwickeln, sucht, die junge Generation Demokratie erleben zu lassen, Demokratie zu erfahren, Demokratie wachsen zu lassen. Davon sind wir weit entfernt.

Die Demokratie ist gefährdet - mehr als seit langem, mehr als je seit den großen Krisen des 20. Jahrhunderts, mehr als je seit Faschismus und Stalinismus.

Für den SSIP und seine Philosophie in Hinsicht auf interkulturelle Kommunikation ist die Erbschaft, die Wolfgang Edelstein hinterlassen hat, ein Kapital, das noch für die Zukunft fruchtbar zu machen ist. Es liegt auf der Hand, dass das *management* von *othering* in starkem Maße mit den **soziomoralischen Ressourcen** einer Gesellschaft verbunden ist. Eine historisch-soziologisch informierte Theorie der interkulturellen Kommunikation kann von Einflusskräften aus Politik und Ökonomie nicht absehen. In der zitierten Rede warnte Edelstein vor den solidaritätszerstörenden Prozessen der Individualisierung und der Globalisierung, die die soziomoralischen Ressourcen der Demokratie gefährden. Individualisierung und Globalisierung schränken die Steuerungsfähigkeit des Gemeinwesens ein und setzen der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft Grenzen. Armut, „die Schere zwischen arm und reich, die durch das Bildungssystem auf Dauer gestellte Bildungsarmut fördern die Spaltung, den Zwiespalt in der Gesellschaft, gefährden den sozialen Zusammenhalt, zerstören die soziomoralischen Ressourcen der Demokratie“, sagte er. Die Forschung über die Kommunikation der Kulturen, die Erforschung der Kommunikation mit Feindbildern und der Kommunikation, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit getränkt ist, muss ihren Blick auch auf die Akteure in Politik und Ökonomie richten. AT

Quellen: <https://www.mpib-berlin.mpg.de/institut/geschichte>

<https://www.mpib-berlin.mpg.de/forschung/emeriti>

<http://www.schalom5767.de/>

<https://www.degede.de/blog/abc/magdeburger-manifest/>

<https://www.degede.de/blog/2020/03/vorletzte-rede-von-wolfgang-edelstein/>

<https://www.degede.de/project/die-verantwortung-der-bildung-fuer-die-demokratie/>

Prof. Dr. Monika Keller (persönliche Mitteilungen)



A1/2020-1_2 Afrika–Baden-Württemberg

In dem Ort **Gibeon** in **Namibia**, dem kolonialen „Deutsch-Südwest-Afrika“, hat am 28. Februar vergangenen Jahres die baden-württembergische Wissenschaftsministerin THERESIA BAUER die von deutschen Truppen im Jahr 1893 erbeutete Familienbibel und die Peitsche des Nama-Anführers HENDRIK WITBOOI (1830 bis 1905) an den Staat Namibia zurückgegeben. An der Zeremonie in Anwesenheit des Präsidenten von Namibia, HAGE GEINGOB, und des Gründungspräsidenten der Republik, DR. SAM NUJOMA, sowie weiteren Mitgliedern von Regierung und Parlament nahmen 3.000 Menschen teil.

Diese erste Rückgabe kolonialer Kulturgüter aus einem Museum in Baden-Württemberg an Namibia war Teil eines mehrgliedrigen Kooperationsprojektes des Landes Baden-Württemberg mit Namibia, der **Namibia-Initiative**, die sich das Land 1,25 Millionen Euro kosten lässt. Im Zuge der Namibia-Initiative sollen weitere **Restitutionen** erfolgen. Partner auf baden-württembergischer Seite sind das Linden-Museum, das Landesarchiv Baden-Württemberg, die Universität Tübingen, die Universität Freiburg und deren *Arnold Bergstraesser Institut* (ABI) sowie die Pädagogische Hochschule Freiburg, das Deutsche Literaturarchiv Marbach und die *Akademie Schloss Solitude*. Partner auf namibischer Seite sind die Universität von Namibia, das Nationalmuseum, das Nationalarchiv, die wissenschaftliche Gesellschaft, die *Museums Association of Namibia*, *Heritage Watch* sowie Vertreterinnen und Vertreter der Völker der Nama und Herero.

Neben dieser Initiative pflegt Baden-Württemberg auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Hochschulen und Unternehmen überhaupt. Es gibt eine Fördermaßnahme „**Langfristiger Austausch in Wissenschaft und Gesellschaft in Afrika**“, die über einen Etat in Höhe von 250.000 Euro verfügt und darauf abzielt, bestehende Partnerschaften auszubauen und neue Projekte zu verwirklichen. Der WUS-DEUTSCHLAND teilt mit, dass für dieses Förderprogramm sechs baden-würt-

tembergische Hochschulen ausgewählt wurden. Zum Beispiel erarbeitet die Pädagogische Hochschule Weingarten zusammen mit der *University of Namibia* einen Austausch über Lehr- und Lernkonzepte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Praxiselementen des Lehramtsstudiums sowie auf Fragen der ethnischen und sprachlichen Heterogenität. Der WUS zitiert die Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, die am 10. Oktober 2019 in Stuttgart erklärte: „Afrika hat als Heimat exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und auch als Herkunftsregion leistungsstarker Studierender an Bedeutung für den Wissenschaftsbereich Baden-Württembergs gewonnen. Der Kontinent ist für die Internationalisierung unserer Hochschulen von wachsendem Interesse“.

Info: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Königstraße 46, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 / 279-3009, E-Mail: buergerreferentin[at]mwk.bwl.de, Internet: www.mwk.baden-wuerttemberg.de

Quellen: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/witbooi-bibel-und-peitsche-an-namibia-uebergeben/>; <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/namibia-initiative-des-landes-2/>; World University Service Rundbrief BILDUNGSauftrag Nord-Süd, Nr. 101 (November 2019), S. 4f.

A. Afrika

Ausstellungsraum im Linden-Museum Stuttgart mit Informationstafeln zur Akquisition und Restitution von kolonialzeitlichen Objekten. In der Vitrine liegen die Nama-Ausgabe des Neuen Testaments sowie eine Peitsche aus dem Besitz des Nama-Anführers Hendrik Witbooi (Foto: Dominik Drasow, Linden-Museum)



A_{2/2020-1_2} **Aktionsplan Bayern–Westkap**

Der Freistaat Bayern unterhält Außenbeziehungen mit mehrere Regionen auf drei Kontinenten: Dazu gehören vor allem Shandong und Guangdong (VR China), Québec (Kanada), Westkap und Gauteng (Südafrika), São Paulo (Brasilien), Georgia (USA) und Karnataka (Indien). Wie der *World University Service* (WUS) informiert, hat der bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, DR. FLORIAN HERRMANN, vom 27. bis 30. Oktober 2019 die **süd-afrikanischen Partnerregionen Bayerns** besucht. In seinen Partnerschaften setzt der Freistaat auf wirtschaftliche Entwicklung, schulische und berufliche Bildung sowie auf Wissenschaft und soziale Verantwortung, schreibt WUS. In der Provinz Westkap unterzeichnete der Staatsminister mit dem Premierminister von Westkap, ALAN WINDE, den *Aktionsplan Bayern–Westkap* für den Zeitraum 2019 bis 2021. Darüberhinaus traf sich Dr. Herrmann mit verschiedenen Ministerinnen und Ministern sowie Expertinnen und Experten Südafrikas,

um über die wirtschaftliche und politische Situation des Landes sowie über Sicherheit und Wasserknappheit in Folge des Klimawandels zu sprechen. In Kapstadt, im Township Khayelitsha, eröffnete er zusammen mit DANIEL PLATO, dem Bürgermeister von Kapstadt, einen neuen Fußballplatz, der zusammen mit der *Hanns-Seidel-Stiftung* finanziert wurde. Im Township Blikkiesdorp informierte sich Dr. Herrmann über das neue **Aus- und Weiterbildungsprojekt** „*Bavarian House*“ der *HOPE Cape Town Stiftung*. Zuletzt stand ein Besuch des Johannisburger Windturbinenwerks von Siemens und ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern bayerischer Unternehmen an.

Info: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, Ansprechpartnerin: Carolin Mayr, Tel. 089 / 2165-2407, presse@stk.bayern.de, www.bayern.de

Quelle und Text: World University Service Rundbrief BILDUNGS-AUFTRAG NORD–SÜD, Nr. 101 (November 2019), S. 5

A_{3/2020-1_2} **Die Partnerschaft zwischen Nordrhein- Westfalen und Ghana soll weitergehen**

Das Partnerschaftsabkommen zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana läuft 2021 aus. Der *World University Service* (WUS) informiert dazu: Der NRW-Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, DR. MARK SPEICH, hat vom 26. bis 28. August 2019 Ghana besucht. Die Reise folgte dem Ziel, die Kooperation zwischen Ghana und Nordrhein-Westfalen zu **erneuern**, die im Jahr 2007 von Ministerpräsident JÜRGEN RÜTTGERS auf maßgebliche Initiative des damaligen Integrationsministers ARMIN LASCHET begründet worden war. Der Staatssekretär sprach mit dem stellvertretenden Außenminister Ghanas, MOHAMMAD TIJANI, sowie mit dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung, IBRAHIM AWAL, um die Verlängerung des Partnerschaftsabkommens anzustoßen. In seiner Presseerklärung formulierte

Dr. Speich als Ziele der Partnerschaft, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern gestärkt, die Wettbewerbsfähigkeit junger ghanaischer Unternehmen unterstützt und neue Projekte der Zivilgesellschaft zu nachhaltiger Entwicklung in Ghana gefördert würden. „Wir wollen uns auf das konzentrieren, was gerade ein Bundesland international leisten kann“, so der Staatssekretär. Deshalb setze Nordrhein-Westfalen auf einen Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungen. Gewünscht sei, diesen auch auf Kommunen auszuweiten.

Info: Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Stadttor 1, 40219 Düsseldorf, Ansprechpartnerin: Nicola Schwering, Tel. 0211 / 837-1487, nicola.schwering@stk.nrw.de, https://mbem.nrw.de/einewelt

Quelle und Text: World University Service Rundbrief BILDUNGS-AUFTRAG NORD–SÜD, Nr. 101 (November 2019), S. 7



E1/2020-1_2 **Europa rafft sich auf – Deutschland nimmt Griechenland 50 Kinder ab!**

Acht EU-Staaten haben sich im März zur **Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge** und anderer Migranten aus Griechenland bereit erklärt. Neben Deutschland gehören Frankreich, Irland, Portugal, Finnland, Luxemburg, Kroatien und Litauen dazu. Der Koalitionsausschuss von CDU und SPD hatte im März beschlossen, Griechenland gemeinsam mit den sieben anderen EU-Staaten insgesamt 1.000 bis 1.500 Kinder abzunehmen, die schwer erkrankt oder unbegleitet und jünger als 14 Jahre sein sollten.

Anfang April haben mehr als 50 Abgeordnete aus CDU und CSU die EU-Kommissionspräsidentin URSULA VON DER LEYEN gedrängt, **Kinder** aus überlasteten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln in anderen EU-Ländern unterzubringen. Das sollte angesichts der Bedrohung durch Covid-19 schnell geschehen. „Viele Kinder leiden unter **Traumata** aufgrund ihrer Kriegserfahrungen und den Zuständen in den Hotspots. Diese Situation ist inakzeptabel für uns Europäer.“ Es gibt indes **viele Lager für Geflüchtete**, z.B. das Camp von Malakasa rund 45 Kilometer nördlich von Athen. Dort leben etwa 1.800 Menschen; oder das Lager von Ritsona 75 Kilometer nördlich von Athen, wo 3.000 Menschen leben.

E2/2020-1_2 **Die Moral der EU an ihren Grenzen**

Im „Philosophiemagazin“ des **Deutschlandfunk Kultur** „Sein und Streit“ hat SIMONE MILLER mit der rhetorischen Frage „Erst die Ordnung und dann die Moral?“ am 29. März 2020 ein Gespräch über die **EU-Flüchtlingspolitik** geführt. Simone Miller studierte Philosophie und Politikwissenschaft in Berlin, in Buenos Aires und in London und hat 2012 bei *transcript* (Bielefeld) zusammen mit Hilge Landweer, Catherine Newmark und Christine Kley den Band „Philosophie und die Potenziale der *Gender Studies*. Peripherie und Zentrum im Feld der Theorie“ herausgegeben.

Simone Miller sprach mit DR. DANA SCHMALZ, Rechtswissenschaftlerin mit Spezialisierung im

Die „katastrophalen Zustände“ in den Flüchtlingslagern stellten eine „ernsthafte Bewährungsprobe für die christlich-humanitären Prinzipien innerhalb der EU dar“. Unterzeichnet ist der Brief unter anderem von Ex-Unionsfraktionschef VOLKER KAUDER (CDU), mehreren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Kulturstaatsministerin MONIKA GRÜTTERS und der Integrationsbeauftragten ANNETTE WIDMANN-MAUZ (beide CDU), von THOMAS RACHEL (Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland und Mitglied des Bundestages), HERMANN GRÖHE und NORBERT RÖTTGEN (alle CDU).

Am 8. April 2020 meldete das „Christliche Medienmagazin“ PRO, Deutschland nimmt **wirklich 50 minderjährige Flüchtlinge** auf. Man kann nur sagen: Das ist eine **enorme Leistung** für Deutschland, das immer an die Grenzen seiner „Aufnahmefähigkeit“ denkt. Der Verein „Pro Asyl“ fordert eine komplette Räumung aller griechischen Flüchtlingslager. „Es ist völlig abwegig, hierzulande die Seuche einzudämmen und dann wissentlich deren Ausbreitung an anderen Orten in der EU zuzulassen“, sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt am 8. April.

Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/politik/2020/04/08/deutschland-nimmt-50-minderjaehrige-fluechtlinge-auf/> (8.4.2020, Martin Schlorke); Berliner Zeitung / dpa (7.4.2020), S. 5

internationalen öffentlichen Recht, in Rechtsphilosophie und im Flüchtlingsrecht, und mit PROF. DR. ROBIN CELIKATES, der am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin den Arbeitsbereich Sozialphilosophie leitet.

Simone Miller nahm zum Anlass des Gesprächs die im Februar / März 2020 akute Situation der Geflüchteten, die vor den **Grenzzäunen der EU** zwischen Griechenland und der Türkei lagen, und die Erklärung der griechischen Regierung, bis Ende März keine Asylsuchenden mehr ins Land zu lassen. Das Gespräch war nicht nur provokant, weil es, wie der Titel der Sendung bereits erkennen ließ, den Ordnungsdiskurs kritisierte, der seit Jahren von deutschen Politikern und von Bürgern geführt wird, die daran Anstoß nehmen, dass der Zustrom von Flüchtenden 2015 „**ungeordnet**“ war

E. Europa

E



Simone Miller – verantwortet die Philosophie-sendung „Sein und Streit“ im *Deutschlandfunk Kultur*. Daneben schreibt sie als freie Autorin zu geisteswissenschaftlichen Themen und veröffentlicht Beiträge in der akademischen Philosophie. (Foto: privat)

und man nicht mehr gewusst habe, „wer da ins Land kam“. Eine Provokation ist es auch, dass die beiden Diskutierenden sich letztlich von der Unterscheidung zwischen „politisch Verfolgten“, die die einzige ist, die man allenfalls ernst nimmt, und „**bloßen Wirtschaftsflüchtlingen**“, deren Wunsch auf „ein besseres Leben“ als Fluchtgrund in der Regel zurückgewiesen wird, lösen.

Der **SSIP** dokumentiert ganze Passagen des Gesprächs, weil die dort geführte Argumentation des Nachlesens wert ist. Droht doch der **Moraldiskurs über Solidarität und Gerechtigkeit** im Verhältnis zu dem affirmativen Diskurs über die Spielräume des bestehenden Asylrechts unter die Räder zu

kommen. Und nicht zuletzt ist die Immigration nach Deutschland der Test für Europabewusstsein und interkulturelles Verständnis.

Tausende wurden von Grenzschutz und Militär mit Gewalt davon abgehalten, nach Griechenland zu kommen, leitete Miller das Gespräch ein und sagte: „Auch das Grundrecht auf Asyl wurde ausgesetzt“.

Miller: Warum ist dieses Recht auf Asyl und mit ihm auch der Grundsatz der Nichtzurückweisung [*refoulement*] überhaupt so grundlegend, und warum ist die „Aussetzung“ entsprechend ein großes Problem?

In ihrer Antwort nahm Schmalz Bezug auf die **Genfer Flüchtlingskonvention** von 1951 als den zentralen Vertrag des internationalen Flüchtlingsrechts, der sich auf den Kreis „politisch“ Verfolgter i.e.S. bezieht, Menschen, die wegen ihrer „Rasse“, Religion, Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden.

Schmalz: Das Zurückweisungsverbot ist die absolute Säule des Internationalen Flüchtlingsrechts. [...] Das ist auch eine Vorschrift aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, das ist auch eine Vorschrift, die vielfach in EU-Recht

nochmal abgesichert ist. [...] Dieser Grundsatz, dass Flüchtlinge nicht aus dem Staat, wo sie schon angekommen sind, ausgewiesen oder an der Grenze zurückgewiesen werden dürfen, ist die Grundlage, auf der alles steht. Wenn dieser Grundsatz nicht mehr gewahrt wird, [...] wird das internationale Flüchtlingsrecht gebrochen. [...] d.h. da wird die Grundlage des Flüchtlingsschutzes [...] momentan gebrochen. Und dass Griechenland erklärt hat, das Asylrecht sei „ausgesetzt“ [...], ist überhaupt nicht rechtlich zu rechtfertigen [...], ein Rechtsbruch [...], erschütternd [...] auch in der Weise, wie er von anderen Stellen in der EU toleriert und gewissermaßen rhetorisch unterstützt wurde.

Miller brachte das „Recht auf Rechte“, das Hannah Arendt gefordert hat, ins Gespräch und fragte Prof. Celikates, ob das Recht auf Asyl unter den Begriff dieses „Rechtes auf Rechte“ falle. Celikates bejahte das mit gewissen Einschränkungen. Das Asylrecht sei eine sehr „imperfekte“ Form des Rechtes auf Rechte.

Celikates: Das Asylrecht ist eine tatsächlich extrem imperfekte Form, in der das Recht auf Rechte in der heutigen Realität realisiert werden soll; auch deshalb, weil die Rede vom „Asylrecht“ als Grundrecht verdeckt, dass es immer auch Spielball politischer Interessen war. Natürlich ist die gegenwärtige Entwicklung skandalös, [...] aber gleichzeitig ist es keine ganz neue Entwicklung [...] in den letzten Jahrzehnten. [...] Die Art und Weise wie z.B. über Flüchtlinge gesprochen wird, wie sie politischrepräsentiert werden, wie sich Regierungen entweder zuständig oder nicht zuständig fühlen und sie z.B. als Opfer von Verfolgung, denen unsere Hilfspflicht gilt, oder eben als Bedrohung wahrnehmen, als potentielle Betrüger, die sich nur die Vorteile liberaler Gesellschaften erschleichen wollen - all das ist historischen Konjunkturen unterworfen [...] Zum Teil trifft Arendts Analyse sicherlich auch noch heute zu, obwohl es nicht ganz so ist, dass Flüchtlinge vollkommen rechtlos sind. [...] Es ist doch so, dass sie in vielen Situationen entrechtet werden, dass sie faktisch keinen Zugang zu den ihnen international zugeschriebenen und zuerkannten Rechten haben und insofern doch faktisch in die Situation der Rechtlosigkeit gebracht werden, die Arendt kritisiert hat [...].

Dann stellte Miller die zentrale Frage des Gesprächs:

Miller: Dürfen Grundrechte von Geflüchteten gegen „Ordnung“ und gegen „Sicherheit“ aufgewogen werden, so wie das z.B. die Formulierungen von der EU-Kommissarin **von der Leyen** oder des deutschen Innenministers **Seehofer** derzeit nahelegen? Beide sagen sinngemäß: „Erst kommt die Ordnung, dann kommt die Moral.“ [...]

Schmalz: Dieses Abwägen von Recht gegen Ordnung - was immer dann diese Ordnung sein soll - wird ja sehr im Vagen verhandelt. Erstmal steht das Recht auf Flüchtlingsschutz nicht unter einem Vorbehalt [...]. Es gibt kleine Vorbehalte, die an die Person geknüpft sind. Also es gibt z.B. die Einschränkung, wenn jemand eine schwere Straftat begangen hat. [...] Irgendwie wird da sehr viel hantiert mit einem relativ vagen Bedrohungsbild, eine Ordnung sei in Gefahr. Wir sollten uns erstmal darüber verständigen, was damit eigentlich gemeint ist. [...] Ich sehe nicht, wodurch die Aufnahme von momentan etwa 13.000 Personen, die jetzt in der Grenzregion akut waren, bzw. einige Zehntausend, die in völlig unmenschlichen Zuständen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln leben - die in der EU zu verteilen. Es geht eigentlich darum, einer relativ überschaubaren Zahl von Menschen menschenwürdige Zustände zu ermöglichen. Und wo da eine Ordnung überhaupt gefährdet ist, kann ich schwer erkennen. Aber das Recht kennt eben auch nicht eine derartige Abwägung. Es gibt nicht ein „Flüchtlingsrecht, aber nur bis zu einer gewissen Obergrenze“ [...]. Individuell garantierte Rechte stehen eben nicht unter irgendeinem Vorbehalt „du bekommst sie so lange wie neben dir nur so und so viele andere Personen“ [...]

Mit Blick auf die Frage, ob sie das Recht auf Asyl als „absolutes Recht“ verstehe, verwies Dana Schmalz auf den Kontext, innerhalb dessen es infrage gestellt wird:

Es ist kein relatives Recht insofern, dass es unter irgendeinem Zahlenvorbehalt stünde [...]. Sehr viel in dieser Diskussion um „Recht“ gegen „Ordnung“ spielt eigentlich mit einer Bedrohungslage, die von einer ganz anderen Seite kommt, nämlich von einem erstarkenden rechtsextremen Spektrum, das Migration zum Hauptgegenstand erhoben hat. Und dass plötzlich die Gewaltbereitschaft, die als solche gar nicht rechtfertigbar ist und die als solche eine Gefahr für die öffentlichen Ordnung darstellt, gleichgesetzt wird mit einer Bedrohung,

die durch Migration käme. Das ist extrem gefährlich, wenn sich auch politische Entscheidungsträger einer solchen Rhetorik anschließen. [...] Damit wird einem verurteilungswürdigen Verhalten eine riesige demokratische Kraft eingeräumt.

Miller formulierte die Gretchenfrage der EU: Liegt in der Haltung gegenüber Flüchtlingen Sprengstoff für den Zusammenhalt der EU?

Miller: Daran schließt [...] an, dass das brachiale Vorgehen in Griechenland auch eine Reaktion auf den Sommer 2015 ist. Die EU möchte vermeiden, dass nochmal eine große Anzahl Schutzsuchender in die EU einreist und die EU-Staaten weiter politisch **spaltet**. [...] In der Tat ist es ja so, dass die Aufnahme von Menschen zur **Zerreißprobe für die EU** werden könnte, weil insbesondere die osteuropäischen Länder vehement an ihrem Selbstbestimmungsrecht festhalten, was die Steuerung von Migration und die Aufnahme von Geflüchteten angeht [...]. Dürfen wir riskieren, dass die EU an dieser Einwanderungsfrage zerbricht?

Celikates: [...] Dies ist eine neue Herausforderung, der sich die EU stellen muss, an der sie aber leider wieder zu scheitern droht. Ich fand auch die Reaktion von **von der Leyen** und ihre Rede vom Schild, der nun von Griechenland ausgefahren werden müsse, unglaublich skandalös. Diese Rhetorik trägt bei zur Entmenschlichung der Menschen an der Grenze, die zu einer externen **Bedrohung stilisiert** werden. Auch zahlenmäßig steht das in keinem Verhältnis zu den massiven Militarisierungen, die jetzt wieder an der Außengrenze stattfinden.

Außerdem muss man in zwei Punkten diese Idee der **Zerreißprobe für die EU** relativieren. In gewisser Hinsicht ist die EU in dieser Frage schon zerrissen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Solidarität gegenüber Italien und Griechenland, die mit den Problemen der Migration weitgehend alleingelassen werden, nicht in



Prof. Dr. Robin Celikates, Freie Universität Berlin, Professor für Sozialphilosophie und Anthropologie, Stellvertretender Direktor des *Center for Humanities and Social Change*, leitet am Institut für Philosophie den Arbeitsbereich Sozialphilosophie. (Foto: privat)



Dr. Dana Schmalz, Rechtswissenschaftlerin mit Spezialisierung im internationalen öffentlichen Recht, in Rechtsphilosophie und im Flüchtlingsrecht, zur Zeit als Gastwissenschaftlerin an der *Columbia Law School*, New York, und an dem dortigen *Center for Contemporary Critical Thought*. (Foto: Oliver Look)

Anm. d. Red.:
Vgl. zum Dublin-
Verfahren *ika*
E3/18-3_4

nennenswerter Weise über Rhetorik und Floskeln von Politikerinnen und Politikern hinausgeht. Es gibt die Rede vom „geographischen Pech“ - ich glaube es war Mark Rutte, der niederländische Premierminister, der gesagt hat: „Na, Italien und Griechenland haben einfach Pech, dass sie an der Flüchtlingsroute liegen“. Das ist genau das Gegenteil von **Solidarität**. Das **Dublin-Verfahren** trägt genau dazu bei, dass eine solche Solidarität einfach vermieden werden kann durch Staaten - wie Deutschland, das sich auch lange gegen die Einführung eines Solidaritätsmechanismus gewehrt hat. Man kann die Schuld da nicht den osteuropäischen Mitgliedsstaaten einfach in die Schuhe schieben. Deutschland ist da mindestens genau so zu kritisieren wie andere Länder in der EU.

Die EU ist auch nicht ein passiver *by-stander* einer Krise, die über sie hereinbricht. Sie hat diese Krise [...] willentlich und wissentlich mit herbeigeführt, und ist dafür eben jetzt auch verantwortlich. Diese Verantwortung muss man der EU und allen Mitgliedsstaaten wohl auch vor Augen halten. Erdogans Politik ist natürlich skandalös - auch das ist richtig. Aber Erdogan kann das alles nur machen, weil die EU ihn dazu ermächtigt hat, und sich seit dem Türkei-EU-Deal von ihm auch entsprechend ausnutzen lässt. Die Zerreißprobe ist, glaube ich, schon verloren in gewisser Hinsicht. Man kann jetzt noch versuchen, den Schaden zu begrenzen. Aber dazu bräuchte es ganz andere Initiativen als

die, die ich im Augenblick von von der Leyen und anderen europäischen Politikern sehe.

Miller richtete den Blick auf die Lage der rund 42.000 Geflüchteten auf den griechischen Inseln.

[...] Die Wasserversorgung ist nicht geregelt, die Essensausgabe unhygienisch, die Leute drängen sich ohne befestigte Unterkünfte auf engstem Raum - kurzum, noch nicht einmal die Minimalanforderungen an eine menschenwürdige Unterbringung sind dort gegeben [...] - und das auf EU-Boden. Das passt nicht recht zum **Selbstverständnis der Europäischen Union**, die sich ja verpflichtet zur Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wie dann also erklären, dass diese Grundwerte für bestimmte Menschen offenbar nicht gelten - und das auf eigenem Boden?

Celikates: Auch da muss man realistisch konstatieren, dass diese EU-Grundwerte leider schon immer sehr selektiv für bestimmte Menschen, nämlich die Mehrheitsbevölkerung der Mitgliedsstaaten, gegolten haben. Man vergisst ja leicht, dass die EU als Projekt gegründet worden ist von einer ganzen Reihe von Staaten, die nicht nur eine koloniale Vergangenheit, sondern auch Gegenwart haben, also von Frankreich, über Großbritannien, Belgien, die Niederlande usw. Deutschland fällt da ein bisschen raus, hat aber durch die Anwerbe politik für die sog. Gastarbeiter an partiell vergleichbaren Logiken teilgenommen. Die EU und die Mitgliedsstaaten waren schon immer ganz gut darin, Grundwerte rhetorisch universalistisch zu propagieren, aber gleichzeitig relevante Teile der Bevölkerungen, die in den EU-Mitgliedsstaaten zu Hause sind, [davon auszuschließen] - ich denke z.B. an die sog. „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeiter“ und ihre Nachkommen, an die sog. „*Windrush Generation*“ in Großbritannien und ihre Nachkommen, die nie voll dazugehört haben und denen diese Grundwerte immer nur selektiv zuerkannt worden sind.

Das schreibt sich in gewisser Hinsicht fort und wird radikalisiert im Umgang mit Menschen, die von außerhalb an die EU herantreten mit bestimmten Ansprüchen z.B. an Schutz, Asyl, Teilhabe; auch nicht aus heiterem Himmel, sondern aufgrund von Notsituationen, an deren Produktion die EU zusammen mit anderen internationalen Akteuren, den USA v.a., beteiligt war durch bestimmte

Wirtschaftspolitiken, Militäreinsätze usw. Insofern ist es auch da wieder nötig, das natürlich zu skandalisieren, aber gleichzeitig einzuordnen in eine problematische Vorgeschichte, in der die EU-Grundwerte immer relativ selektiv gegolten haben.

Diesen Grundwiderspruch muss man sich historisch mit Bezug auf die Gegenwart vor Augen führen – also dass es einerseits natürlich schön ist, dass sich alle auf bestimmte Grundwerte einigen und z.B. vom gleichen Recht aller auf Leben reden, von der gleichen moralischen Würde aller Menschen usw., dass aber gleichzeitig, dadurch dass jedes Jahr Hunderte und Tausende von Menschen **im Mittelmeer ertrinken** – u.zw. auf zum größten Teil vermeidbare Weise –, in Kauf genommen wird, dass manche Menschen offensichtlich gar nicht so sehr ein Recht auf Leben haben wie andere, oder ihr Leben nicht auf gleiche Weise zählt. Das ist der eigentliche Skandal, den man historisch einbetten und immer wieder herausstellen muss. Solange das nicht ernst genommen wird oder [...] nur ab und zu – [...] z.B. Bilder von kleinen Kindern, die tot an Strände angespült werden wie 2015 –, dann bleibt das reine Rhetorik und kann nicht wirklich ernst genommen werden. Dann muss man sich auch fragen, was ist das moralische Selbstverständnis einer Gemeinschaft, die diese Rhetorik praktiziert, aber gleichzeitig diese skandalösen Situationen nicht nur geschehen lässt, sondern z.T. aktiv herbeiführt durch die eigenen politischen Entscheidungen.

Miller sprach „angesichts dieser **doppelgesichtigen Moral**“ die Zusammenarbeit der EU mit Drittstaaten wie Libyen an.

Miller: Ein oft gehörtes Argument zur Rechtfertigung dieser Lage lautet: **Die EU kann eben nicht alle Menschen aufnehmen**, und deshalb muss sie mit anderen Ländern kooperieren. Die gegenseitigen Abkommen sehen die Einhaltung menschenrechtlicher Standards vor. Wenn diese dann von den Kooperationspartnern trotzdem gebrochen werden, dann liegt das nicht in der Verantwortung der EU. Was sagen Sie dazu?

Schmalz: Zuallererst lohnt es, noch einmal auf **das EU-Türkei-Abkommen** zu schauen, weil das sehr häufig in diesem Zusammenhang als eine Vorlage, wie eine solche Kooperation mit Drittstaaten aussehen könnte, behandelt wurde. An dem Abkommen hat man sehr gut gesehen, dass die damit

angestrebte Effizienz, dass Menschen nicht mehr ankommen oder wenn ja, direkt zurückgewiesen werden, immer in Spannung steht mit den Rechtsgarantien, die eigentlich unter internationalem und europäischem Recht gelten. Es gibt eben ein Recht, jedes Land zu verlassen, d.h. die Türkei darf rechtlich nicht an der Weiterreise hindern. Es gibt auch umgekehrt, in dem Moment, wo eine Person in Europa ankommt, ein Recht auf ein Verfahren. Diese angeblich ganz effiziente direkte Zurückweisung kann nur entweder nicht so effizient sein, [...] oder sie bricht mit europäischem Recht. [...]

In Bezug auf Libyen: Die Lage dort ist bekanntermaßen seit vielen Jahren katastrophal; und die rechtlichen Fragen sind auch noch mal zu unterscheiden. Die eine ist, was darf mit Menschen passieren, die im Mittelmeer gerettet worden sind? Da ist die Antwort ganz klar: Menschen dürfen nicht nach Libyen zurückgebracht werden. [...] Libyen ist eben kein „sicherer Hafen“. Das ist der eine Punkt, wo eine rechtliche Verantwortung abzugrenzen ist. Die andere ist die Frage. Inwieweit kann überhaupt eine Kooperation mit Libyen in Kenntnis dieser Umstände irgendwie zu rechtfertigen sein? [...] Aber in jedem Fall können wir wohl sagen, dass diese Achtung der Grundwerte – vielleicht auch dort, wo sie rechtlich nicht einklagbar sind – doch sehr stark gefährdet ist. Wo im Wissen darum, welchen Zuständen dort Menschen ausgesetzt sind, die EU eine solche Kooperation voranträgt, da leidet auch dort, wo eine rechtliche Verantwortung nicht feststellbar ist, das Selbstverständnis der EU sehr stark.

Miller wollte wissen, wie das Verhältnis von Hilfe für Landesfremde und Stabilität im Staat des Helfenden zu beurteilen sei. Hilfspflichten bänden ja immer nur insoweit, wie die Hilfegebenden durch ihre Unterstützungsleistung sich nicht selbst gefährden.

Frage: Wie sehr würde die Aufnahme von Geflüchteten **die innere Stabilität der EU** gefährden? [...] Völlig unklar ist, woran sich die Aufnahmekapazi-

Dana Schmalz, Zur Reichweite von Menschenrechtspflichten. Zugang zu Schutz an den Grenzen Europas, in: Newsletter Menschenrechte 5 (2019), S. 367–376.

Dies., Der Flüchtlingsbegriff – eine rechtstheoretische Betrachtung, in: Daniel Kersting / Marcus Leuoth (Hrsgg.), Der Begriff des Flüchtlings – rechtliche, moralische und politische Implikationen, Stuttgart: J. B. Metzler 2020, S. 61–79.

E

E

täten eigentlich bemessen sollen. Im Moment bemessen sie sich häufig an der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerungen [...]. Wie mit dem Problem umgehen, dass **Aufnahmekapazitäten** keine Rolle mehr spielen, wenn die Aufnahmebereitschaft nicht gegeben ist?

Celikates nannte dazu drei Punkte: 1. Man kann ein objektives Kriterium - „Aufnahmekapazität“ - einfach nicht durch ein subjektives - „**Aufnahmebereitschaft**“ - ersetzen. Das geht in keinem moralisch, politisch, rechtlich relevanten Kontext. Wir sind natürlich meilenweit davon entfernt, an die Grenze der Aufnahmekapazitäten zu kommen. Ob das ein Teil der Bevölkerung so sieht oder nicht, kann in letzter Instanz nicht relevant sein. Und v.a. sollten Politiker die Verantwortung in dieser Hinsicht nicht einfach abschieben. Europa ist sicherlich nicht der Ort, wo die meisten Flüchtlinge landen. Das ist alles gut und weitreichend dokumentiert. Deutschland hat natürlich ziemlich viele Flüchtlinge aufgenommen, aber weit, weit weniger als die Türkei, als Jordanien, als Libanon. Europa ist der zweitreichste Kontinent der Welt, nimmt aber nur einen ganz, ganz kleinen Teil von Flüchtlingen im globalen Maßstab auf. Zu sagen „Wir sind an den Aufnahmekapazitäten angekommen“, ist hochproblematisch.

2. Ich glaube gar nicht, dass „**Hilfspflicht**“ hier die richtige Kategorie ist. „Hilfspflichten“ sind begrifflich nicht unproblematisch, weil völlig unklar ist, wer sie eigentlich wem schuldet. Hier im konkreten Fall ist es sogar richtiger, von einer **Gerechtigkeitspflicht** zu sprechen, die einfach dazu auffordert, die Schädigung Dritter zu unterlassen. Das europäische Grenzregime trägt zur direkten Schädigung der betroffenen Flüchtlinge bei. Es ist eine Pflicht zur Unterlassung bestimmter Schädigungen, die hier relevant ist; nicht eine positive Pflicht, Leuten zu helfen, sondern ihnen nicht weiter zu schaden, als sie sowieso schon geschädigt sind.

Außerdem sollten wir viel stärker über die Kategorie der **Solidarität** nachdenken. Zu sagen, na ja - da sind jetzt irgendwelche Leute in Not, damit

haben wir ja eigentlich gar nichts zu tun, sollen wir ihnen jetzt helfen oder nicht helfen? — das ist ein weit verbreitetes *framing*. Das halte ich für extrem problematisch. „Solidarität“ wäre m.E. neben „Gerechtigkeit“ eine viel wesentlichere Kategorie, auch weil sie nicht so eine massive Asymmetrie einzieht zwischen „Uns“, die jetzt einfach mal überlegen, ob sie helfen sollen oder nicht, und denen das eigentlich freisteht, es zu tun oder nicht, und „Denen da draußen“, die in keinem Verhältnis zu uns zu stehen scheinen. Das ist das vollkommen falsche Bild. Es gibt politische, ökonomische, historische Verbindungen mit genau dem Elend, das die Leute aus ihren Ländern wegtreibt. Es ist ja nicht so, dass die einfach die Wanderlust ergreift oder das Streben nach einem schöneren Leben in Europa. Es ist massives Elend, massive Not, die Menschen dazu zwingt, ihr Zuhause zu verlassen. Das ist kein Naturereignis, sondern etwas, wo auch die reicheren Nationen direkt involviert sind, involviert in die Produktion dieser Bedingungen. Von daher ist dieses Szenario von der Hilfspflicht etwas problematisch.

Drittens droht in dieser ganzen Diskussion verdeckt zu werden, dass **das Grenzregime** selbst unter einer massiven Form von Illegitimität leidet, die überdeterminiert ist. Es gibt die rechtliche Seite - z.B.: der EU-Türkei-Deal wird von vielen als Verletzung des geltenden Völkerrechts interpretiert [...]. - Es gibt die humanitäre Katastrophe: Hunderte, Tausende von Menschen sterben einen vermeidbaren Tod in den Grenzflüssen, auf dem Mittelmeer usw. Es ist normativ - in der philosophischen Diskussion hat sich das in den letzten Jahren ganz gut gezeigt - so, dass das Grenzregime illegitim ist, weil es Freiheit massiv einschränkt. Bewegungsfreiheit ist ein hohes Gut; aber warum sollte das nur innerhalb von Staaten und nicht zwischen Staaten gelten? Es reproduziert massive Ungerechtigkeiten. In welchem Land Sie geboren sind, hat den größten Einfluss darauf, was für eine Art von Leben Sie führen werden. [...] Warum soll dieser Zufall diese Art von Prägekraft auf das Leben von Einzelnen haben, wenn doch deren Leben genauso viel wert sein soll? Es ist auch historisch so, dass die Grenzen nicht durch eine vernünftige Deliberation zustande gekommen sind, sondern sie sind das Ergebnis von Krieg, Gewalt, Imperialismus, Kolonialismus usw. Das sind alles Verhältnisse, in die wir direkt involviert sind und die wir nicht so einfach externalisieren können. Diese direkte Involviertheit sollte dazu führen,

dass wir viel größere Verantwortung empfinden und übernehmen, als es im Moment der Fall ist.

Auf die Frage von Simone Miller, was man gegen diese **Aushöhlung des Asylrechts** tun könne, antwortete Dana Schmalz:

Es ist wichtig, dagegen zu protestieren, auf diese Rechtsbrüche hinzuweisen. Das ist das, was wir schon ganz viel sehen. Es gehen sehr viele Leute - vor allen Dingen seit Sommer 2018 - auf die Straße, unter den Bündnissen *Seebrücke*, *Bündnis Unteilbar* und *Welcome United*. Wir sehen eine große zivilgesellschaftliche Bewegung, die protestiert gegen die Rechtsbrüche an den Grenzen, die einfordert, dass eine **großzügigere Migrationspolitik** stattfindet. Das ist der eine Schritt [...]. Es sind die üblichen demokratischen Formen: eine Partei zu wählen, die glaubhafte Asylpolitik macht, einer Partei beizutreten und sich intern in der Partei einzubringen. [...] Migration ist ein besonderes Thema für demokratische Verfahren, weil es ganz viel um Personen geht, die erstmal nicht mitreden, die nicht da sind und auch nicht protestieren können für die Rechte, die ihnen verwehrt werden. Um so wichtiger ist es, dass diejenigen, die das sehen, diejenigen, die in der Verantwortung sind [...], sich auch für diese Themen stark machen.

Celikates: Ich sehe es ganz ähnlich. Das heißt v.a., dass es ein politisches und kollektives Problem ist, eine Antwort auf die Frage **Was tun?** zu finden, und keines, vor das die Individuen in der Isolation zu Hause gestellt sind. Aber insgesamt ist es eines, das [...] sich uns als Gemeinschaft stellt. Als solches müssen wir es auch diskutieren. [...] Es gibt Organisationen wie *Medico International*, bei denen gerade die Idee „Solidarität statt Hilfe“ im Zentrum steht und die sehr wichtige Arbeit gerade jetzt leisten. Man kann sich auch fragen, wie man sich gegenüber anderen im Alltag verhält. [...] Es geht ganz massiv um Menschen, die schon hier sind, die Teil von Nachbarschaften, von Städten sind. Insofern stellt sich das Problem auf allen Ebenen - Individuum, Nachbarschaft, Stadt, natürlich auch auf der nationalen Ebene, der europäischen Ebene. Auf allen diesen Ebenen gibt es viele Initiativen, an die man anschließen kann, statt die Hände in die Luft zu werfen und zu fragen „O je, was soll ich denn tun?“ [...] Man kann auch im Kleinen anfangen und sich fragen, wie es Menschen in der direkten Umgebung geht, welche

Projekte es in Berlin, Frankfurt, Hamburg gibt, die sich für Geflüchtete einsetzen [...].

Miller: Eine andere große Herausforderung ist sicherlich die **politische Polarisierung** unserer Gesellschaften in diesen Migrationsfragen. Wer auf die Rechte von Schutzsuchenden pocht, der wird kaum Gehör finden bei denen, die davon überzeugt sind, dass Migration im Kern ein Übel ist. Wie können wir klug mit dieser zugespitzten Situation umgehen?

Schmalz: Der Schritt dagegen ist, miteinander zu reden. [...] Was ist eigentlich die Frage, über die man dann redet? Wie rahmt man dieses Gespräch? Sehr häufig wurde als die große Frage gestellt: Mit Rechten reden, ja oder nein? Ein etwas gefährlicher Blickwinkel - wer sind „Rechte“, mit wem redet man da? Die Frage muss sein: Welche Fragen debattiert man? Stellt man an den Anfang die Frage: Sollen Menschenleben gerettet werden, ja oder nein? Das ist die falsche Frage. Aber wenn man sich darüber verständigt, woher stammt die Unsicherheit, die viele auch in eine Angst treibt? Was sind die fehlenden sozialen Absicherungen, die dazu führen, dass gegen die Allerverletzlichsten, die Schwächsten in den Gesellschaften getreten wird? Dann ist das vielleicht ein Schritt auf dem Weg, den man gegen eine Polarisierung und für ein Miteinanderreden gehen kann. In dem Zusammenhang weise ich auf das Buch hin, das ich hervorragend finde, von Zygmunt Bauman: „Die Angst vor den anderen“, 2016 erschienen, [das] dieser Angst, dem Hass häufig zugrundeliegende Verunsicherung nachgeht. [...]

E

Plakat, gefunden in Berlin an der Bernauer Straße auf dem ehemaligen Todesstreifen der innerdeutschen Grenze, der jetzt eine gepflegte Wiese geworden ist. Rechts im Bild das dunkle Rund der „Kapelle der Versöhnung“ (vgl. Artikel K1 und R1 in diesem Heft). (Foto: privat)



Zygmunt Bauman, *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Aus dem Englischen übersetzt von Michael Bischoff. Berlin: Suhrkamp 2016.

Celikates: Die Migration ist ein unhintergebar Teil der Realität, in der wir uns befinden. [...] Es ist ein kompletter Mythos und ein gefährlicher Mythos zu glauben, hier hätten wir eine Art von homogener Gesellschaft, die sich jetzt fragen muss - wie viele andere **wollen wir denn reinlassen?** Die ganze Diskussion: Was schulden wir den Anderen, oder wer sind die Fremden, die wir noch akzeptieren können?, das geht immer von der Voraussetzung aus, dass **dieses Wir** eindeutig und homogen definierbar ist; eine Voraussetzung, die überhaupt nicht gegeben ist, u. zw. schon ganz lange nicht gegeben ist, und auf die wir auch ohne massive Gewalt nicht zurückgreifen können in der Realität. [...]

Gleichzeitig [...] muss man sich davor hüten, dass man sich die Diskussion von einer lauten Minderheit aufkotroyieren lässt. *Unteilbar*, diese Organisation, weist z. B. darauf hin, dass man nicht davon ausgehen kann, dass die große Mehrheit, die „schweigende Mehrheit“, Angst vor der Migration hat oder davon überzeugt ist, dass Einwanderung ein Übel ist. Die meisten Menschen kommen damit ganz gut klar, wenn sie in den Städten, in denen es tatsächlich ein real existierendes Phänomen ist, was man „**Alltagsmultikulturalismus**“ nennt, damit konfrontiert sind. [...]

Zum Schluss fragte Miller nach der Rolle der Philosophie als Disziplin in diesen Diskussionen: Was könnte, was sollte die Aufgabe der Philosophie mit Blick auf die gerade diskutierten Entwicklungen sein?

Schmalz: Erstmal ist die Rolle der Philosophie, uns über die Bedingungen unseres Nachdenkens zu verständigen, einen Schritt zurückzutreten von den unmittelbaren Debatten der **Politik** und ein bisschen zurückzutreten von dem **Recht**, wo wir immer nur fragen: Was gilt denn? Und zu sagen: Was sind denn eigentlich die weiteren Bedingungen, unter denen wir über diese Fragen sprechen, was sind die Begriffe? In Bezug auf die Migration [...] ist es auch, eine Darstellung zu geben, dass diese Herausforderung nicht verschwinden wird, und so in einen weiteren Kontext zu rücken, dass diese

Frage der Migration eine ganz große Frage des 21. Jahrhunderts wird. Wenn ich die Kommunikation aus der Politik sehe, dann krieg' ich den Eindruck, es wird sehr stark davor zurückgeschreckt, das auf den Tisch zu legen, zu sagen: Wir leben in einer Welt voller enormer **Ungleichheiten**. Migration ist auch ein Tor, durch das ein gewisser Ausgleich dieser Ungleichheiten stattfinden kann. Solche Parolen wie „2015 darf sich nie wiederholen“ sind ein Stück weit ein Versuch, vom Tisch zu wischen, was klarer auf den Tisch müsste - nämlich zu sagen: Das ist die Realität, vor der wir stehen. Die Rolle der Philosophie [...] die Rolle von Wissenschaftlern, von Intellektuellen müsste sein, diese Herausforderungen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken in klaren Formulierungen.

Celikates: Ich wünsche mir auch einfach begriffliche und normative Aufklärung, Provokation und Kritik, das Infragestellen unhinterfragter Annahmen, das Aufzeigen problematischer Implikationen, auch die Einbettung in größere Zusammenhänge. Das alles kann aber nur gelingen, wenn **die Philosophie** nicht im luftleeren Raum operiert [...], sondern wenn sie empirisch informiert ist, wenn sie interdisziplinär eingebettet ist, wenn sie sich ihres Orts im politischen Geschehen bewusst ist und sich selbst zum Teil der politischen Diskussion erklärt. [...] Bisher ist es gerade in der Diskussion um Migration so, dass sie oft rein moralistisch argumentiert und einfach sagt: Was schulden wir denen? Wie sähe eine gerechte Weltordnung aus? Oder pseudorealistisch auf der Basis irgendwelcher **herbeiphantasierter Szenarien** sagt: Na ja, wir können uns nicht leisten, alle Migranten der Welt hereinzulassen. Also welches wären die Selektionskriterien? Das sind genau die falschen Diskussionen, und die helfen auch gar nicht dabei, die drängenden Herausforderungen anzugehen. Die Philosophie würde sehr davon profitieren, wenn sie viel stärker z.B. die kritischen Migrationswissenschaften, die Soziologie, die rechtswissenschaftliche Perspektive mitberücksichtigen würde und wenn sie Interesse daran hätte, welches Wissen, welche Perspektive Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten mitbringen. Die wissen nämlich deutlich mehr über Migration und über Grenzen als die meisten Philosophen, und von denen könnte man **lernen**. Stattdessen machen viele einfach Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen und Veröffentlichungen, in denen diese Stimmen vollkommen fehlen. Das ist eines der größten

Mankos. Ich würde hoffen, dass die Philosophie an dieser Stelle noch nachbessern wird in der Zukunft.

Abdruck des Gesprächs mit freundlicher Genehmigung von *Deutschlandfunk Kultur*.

Weitere Quellen (*Celikates*) <https://www.geisteswissenschaften.fu-berlin.de/we01/institut/mitarbeiter/professuren/celikates/index.html>;
(Miller) <https://www.litcologne.de/de/mitwirkende/simone-miller>; (Schmalz) <https://www.mmg.mpg.de/person/93960>;

(*Deutschlandfunk*) https://www.deutschlandfunkkultur.de/eu-fluechtlingspolitik-erst-kommt-die-ordnung-dann-die-moral.2162.de.html?dram:article_id=473451 (stark gekürzte Inhaltsangabe) und http://podcast-mp3.dradio.de/podcast/2020/03/29/eu_fluechtlingspolitik_erst_die_ordnung_und_dann_die_drk_20200329_1310_aac70d4f.mp3 (Aufzeichnung des Gesprächs).

Information über im Mittelmeer Ertrunkene: <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>

E₃/2020-1_2 **Covid19 – nicht nur ein Naturereignis**

Der Wirtschaftsjournalist DR. NORBERT HÄRING hat auf seinem Blog unter dem reißerischen Titel „Draghi, Merkel und Schäuble haben die Toten in Italien mit auf dem Gewissen“ auf den Zusammenhang von Pandemie und Politik hingewiesen. Spätestens dank **Amartya Sen** können wir wissen, dass Katastrophen – nicht einmal sogenannte „Naturkatastrophen“ – kein unausweichliches Schicksal sind, sondern immer auch eine gesellschaftliche Komponente haben.

Häring zitiert deutsche, italienische, spanische Zeitungen, die *website* der Europäischen Zentralbank (EZB) und HANS-WERNER SINN, als er noch das Münchner Ifo-Institut leitete, wonach es auch ein **Mangel an Solidarität** unter den EU-Mitgliedern war, dass die **Corona-Epidemie in Italien** und in Spanien so katastrophale Wirkungen annehmen konnte. Ausführlich lässt er die Zeitung *Freitag* zu Wort kommen, wonach ein Grund, dass in Italien das Corona-Virus so viele Todesopfer gefordert habe, die mangelnden Behandlungskapazitäten in Krankenhäusern gewesen seien. „Und diese wiederum haben ihren Grund darin, dass die **Europäische Zentralbank** mit Unterstützung der Bundesregierung die in Not geratene italienische Regierung so lange erpresste, bis sie ihre Ausgaben für das Gesundheitswesen zusammenstrich.“ Es war 2011, als der damalige Chef der Bank von Italien, MARIO DRAGHI, und der Chef der EZB, JEAN-CLAUDE TRICHET einen Brief an die italienische Regierung schrieben und darin tiefe Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben und gezielt eine „**Effizienzsteigerung**“ im Gesundheitswesen und Privatisierungen forderten. Der Brief war auf englisch im *Corriere della Sera* abgedruckt. Einer der Absätze, aus dem die Forderung

nach Kürzungen im Gesundheitssystem herausgelesen wird, lautet:

3. We also encourage the government to immediately take measures to ensure a major overhaul of the public administration in order to improve administrative efficiency and business friendliness. In public entities the use of performance indicators should be systematic (especially in the health, education and judiciary systems).

Der *Freitag* stellte Zahlen für Italien und Griechenland zusammen. In Italien sank die Anzahl von Krankenhäusern um 15 Prozent. „Und als das südeuropäische Land nun im Angesicht der Coronapandemie Ende Februar über den Zivilschutzmechanismus der EU (*EU Civil Protection Mechanism*) um sofortige Unterstützung bat, folgte: Nichts. Kein einziger EU-Staat schickte medizinisches Material oder Personal.“

Mit dem Hinweis auf *fiscal sustainability* und der Notwendigkeit *to restore the confidence of investors* wurden **Sparmaßnahmen** nicht nur von **Italien**, sondern auch von **Spanien, Griechenland** und **Irland** gefordert. Norbert Häring erklärt, wie seit 2011 bei EU-Staaten die Auszahlung von Liquiditätshilfen abhängig gemacht wurde von Kürzungen dieser Art. Er lässt wiederum den *Freitag* sprechen:

Das traf nicht nur Italien; auch die **spanische Regierung** sah sich gezwungen, ein Kürzungsprogramm zu unterzeichnen. Daraufhin wurden die Ausgaben für das Gesundheitssystem allein im Jahr 2012 um 5,7 Prozent gedrückt. Aber am härtesten traf es bekanntlich **Griechenland**: Die staatlichen

Amartya Sen, *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford: Clarendon Press 1982.

E

Mittel wurden zwischen 2009 und 2016 von 16,2 Milliarden auf 8,6 Milliarden fast halbiert. Mehr als 13.000 Ärzte und über 26.000 sonstige im Gesundheitswesen Angestellte wurden entlassen. 54 der 137 Krankenhäuser wurden geschlossen und das Budget der übriggebliebenen um 40 Prozent gesenkt.

Wenn das Modell einer **EU als Wirtschaftsunion** in dieser Weise radikalisiert und zwischen EU-Staaten Spaltung hergestellt wird, kann man nicht

erwarten, dass EU-Bürger eine auf Gemeinsamkeit ausgerichtete europäische Identität entwickeln.

Quellen: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/austeritaet-ist-toedlich>; https://www.corriere.it/economia/11_settembre_29/trichet_draghi_inglese_304a5f1e-ea59-11e0-ae06-4da866778017.shtml; <https://norberthaering.de/news/geheime-briefe-versenkt/>; <https://norberthaering.de/eurokrise/draghi-italien-corona/> (Zugriff alle 2.5.2020)

E4/2020-1_2 **Covid-19 legt die Idee Europas lahm**

Europas Politiker haben sich nicht bewährt. Der Virus Covid-19 hat Europa nicht in eine Krise gestürzt – Europa war bereits in einer Krise, die in den vergangenen Monaten häufig genug in den Medien, auch in der Zeitschrift des SSIP, angesprochen worden ist; Europas Krise wurde allerdings durch Covid-19 offenkundig. Dies ergab sich in einem etwas anderen Zusammenhang, nämlich in einem Gespräch, das der Historiker **PROF. DR. ÉTIENNE FRANÇOIS** mit dem Direktor der Katholischen Akademie in Berlin JOACHIM HAKE über die Frage führte: „Ist die Corona-Pandemie eine Krise ohne Beispiel?“

Étienne François ist ein französisch-deutscher Historiker, emeritierter Professor für Geschichte an der Universität Paris-I (*Panthéon-Sorbonne*) und an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitglied der *Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften* und der erste Direktor des *Centre Marc Bloch (CMB)*, dem Französisch-deutschen Forschungszentrum für Geschichte und Sozialwissenschaften in Berlin, das 1992 gegründet wurde. Er ist Spezialist für die europäische Geschichte der Frühen Neuzeit und ist bekannt geworden durch seine Studien zur Erinnerungskultur und Erinnerungsgeschichte.

Étienne François sprach mit Joachim Hake über die Erfahrung mit Seuchen und die Wahrnehmung von Seuchen in Europa seit der Frühen Neuzeit.

Er begann das Gespräch mit Beobachtungen über die Wahrnehmung der Pandemie Covid-19 in Europa, verglich sie mit früheren Seuchen in Europa und endete mit ein paar aktuellen Gedanken zu Europa, die hier wiedergegeben werden, damit

sie in Schriftform erhalten bleiben. Die gesamte Unterhaltung mit dem Leiter der Katholischen Akademie ist als Video auf *YouTube* anzusehen. Das Gespräch fand am 15. Mai in der Katholischen Akademie zu Berlin statt.

Vor zwei Monaten, also Mitte März, auf dem Höhepunkt der Erkrankungszahlen in Deutschland, habe, so schilderte es Prof. François, auf einmal eine Frage plastisch vor ihm gestanden, die ihm ein Rätsel aufgab.

EF: In der Tat ab Mitte März, als in allen Ländern Europas eine „Einsperrung“ stattfand oder ein *confinement*, wie man auf englisch oder auf französisch sagt und was man hier in Deutschland auf keinen Fall sagen will, damit die deutschen Bürger nicht den Eindruck haben, sie seien unterdrückt durch die Regierung – deswegen spricht man von „lock down“. Das ist harmloser. [...] Als das begann, war es für mich sofort ein Rätsel, warum auf der einen Seite [...] diese Pandemie relativ harmlos war – denn die Anzahl der Personen, die wirklich daran starben, war gering – und auf der anderen Seite die Maßnahmen, die ergriffen wurden, so gewaltig waren, dass sie mich sofort an die Maßnahmen im Zweiten Weltkrieg [...] erinnerten oder an die in den früheren Zeiten richtig mörderischen Epidemien, die es in Europa bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts gab. Das war für mich die offene Frage. [...] Um dieses Rätsel besser zu verstehen und die Situation, in der wir leben, habe ich mich entschlossen, als Historiker einen Umweg in die Vergangenheit zu machen, indem ich mich fragte: Wie war das in Europa seit dem Mittelalter bis ins 19. Jh. angesichts der zahlreichen großen Epidemien, die es gab, ob es sich um die Pest handelte oder später um die Cholera oder die sogenannte „Spanische Grippe“?

Wie hat man sich in dieser Zeit gegenüber solchen gefährlichen Epidemien, die viel gefährlicher waren als der Corona-Virus Covid-19, eingestellt? Wie hat man dagegen reagiert? Wie hat man versucht, das zu meistern? [...] Das war die Frage, mit welcher ich mich beschäftigt habe als Historiker und als ein Mensch, der das Glück hat, in zwei Ländern gelebt zu haben und dadurch mit der Fähigkeit eines ständigen Vergleichs zwischen einem Land und dem anderen und gleichzeitig zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit. [...]

Auf die Frage von Joachim Hake, welche Seuchen in der jüngeren Erinnerung Europas eine Rolle spielten und welche nicht, erwähnte Prof. François die „Spanische Grippe“, die am Ende des 1. Weltkriegs zwischen 25 und 50 Mill. Tote zur Folge gehabt habe („eine der schweren Seuchen des 20. Jh.“) und die „Hongkong-Grippe“ der Jahre 1968–1970 („nicht so gefährlich“) mit mehr als 1 Mill. Toten.

Anmerkung d. Red.: Der Erreger der „Spanischen Grippe“ (1918/1919), die nichts mit Spanien zu tun hatte, war ein Influenzavirus und ähnelte dem der Geflügelpest. Diese schwere Form der Grippe forderte im Deutschen Reich etwa 300.000 Menschenleben, in Europa 25 Mill. und weltweit vermutlich bis 50 Millionen.

EF: Mein Eindruck war, dass man sich kaum an diese großen Epidemien erinnerte [...]. Alle hatten das Gefühl, die Epidemie des Corona-Virus ist so neu und so unbekannt, dass wir dafür neue Mittel erfinden müssen. [...]

Prof. François erörterte im Folgenden Aspekte von Religiosität, Zuversicht und Gottvertrauen, die in säkularisierten Gesellschaften weithin abhanden gekommen seien. Er ging schließlich auf den französischen Meisterdenker Blaise Pascal ein und wurde im Anschluss daran von Joachim Hake auf den französischen Philosophen **André Comte-Sponville** angesprochen. Dieser hatte zur gegenwärtigen Lage geschrieben:

„Die Leute beginnen zu begreifen, dass die Angst und die Panik, die sich über unser Land legen, gefährlicher sind als die Pandemie.“

EF: Was er gesagt hat, ist total zutreffend. Für uns alle, nehme ich an, ist eine der stärksten Lehren der Epidemie, sich mehr bewusst zu sein, dass wir sterblich sind [...], und dass die Solidarität unter uns eine zentrale Rolle spielen sollte. [...] Was er gesagt hat: Dass man besser bewusst wird unserer Grenzen, der Grenzen jedes Menschen und auch unserer Gesellschaften und der Maßnahmen, die sie ergreifen können; und deswegen scheint mir die **Solidarität** so wichtig zu sein, denn die Solidarität



Prof. Dr. em. Étienne François
Historiker

Joachim Hake
Direktor der Katholischen Akademie in Berlin



ist eine Form der säkularen Nächstenliebe von unten her, nicht von oben.

Hake: [...] das Stichwort: Solidarität und **Grenzen** - Jeden Tag erleben wir in Deutschland die Diskussion über die Öffnung der Grenzen, und mit Blick auf die Geschichte der letzten Monate wird man sagen können, dass das für Europa nun nicht die ruhmreichste Geschichte war, was das Schließen von Grenzen, auch so eine Art Quarantäne-Effekt betrifft. Mit Blick auf die Adressierung von Schuldigen: Wer ist schuldig? Wo geht meine **Angst** hin? Ich mach' die Grenzen zu [...]. Wie ist dieser Mechanismus zu erklären?

EF: ... eine Frage, die mich interessiert, weil sie mir bewusst wurde als Historiker und als Deutsch-Franzose mit der Krise zusammen, nämlich wie die Angst und die Panik, die mit einer Pandemie zusammengehören, dazu führen, dass man fast notwendigerweise Sündenböcke finden wird, von denen man sagt: Die sind an allem schuld!

Die aktuellste Veröffentlichung von Prof. Dr. Étienne François ist, erarbeitet zusammen mit dem französischen Historiker und Germanisten Thomas Serrier (seit 2017 Professor für Deutsche Kultur und Geschichte an der Universität Lille), ein dreibändiges Werk von 1.500 Seiten Gesamtumfang zu der Frage „Was bedeutet Europa?“, an dem ca. 100 Autoren mitgearbeitet haben:

Étienne François/Thomas Serrier (Hrsgg.), *Europa. Die Gegenwart unserer Geschichte*, 3 Bde. übers. v. Jürgen Doll / Dieter Hornig, Darmstadt: Wiss. Buchges. 2019, ISBN 978-3-8062-4021-4, 149,00 €.

Jeder Einzelband hat für sich eigene Herausgeber.

(Das heißt: „Wir selber sind unschuldig.“) Das ist implizit, die Konsequenz. Im Mittelalter, in Europa, bei den ersten Pestkrisen - das waren die Juden. Dann wurden sehr viele Juden ermordet [...]. Heutzutage die Sündenböcke - das sind die Ausländer, die nicht zu dem eigenen Nationalstaat gehören. Was mich sehr beeindruckt hat im negativen Sinne des Wortes, ist die Tatsache, dass - kaum war die Epidemie in Europa angekommen, kaum war man sich dessen bewusst geworden, dass sie eine große Gefahr darstellt, wurde sofort beschlossen - ohne Absprache miteinander - von allen europäischen Ländern, dass sie ihre Grenzen abschließen, eine Art **nationale Abgrenzung**, damit die Ausländer, die *per definitionem* verdächtig sind, nicht kommen. Denn wenn sie in aller Freiheit kämen, wäre die Gefahr noch größer. Ein Paradebeispiel ist **Seehofer**, der in den Maßnahmen gegen die Epidemie in der Bundesrepublik eine mindestens so große Rolle gespielt hat wie **Jens Spahn** und vermutlich noch eine größere. Aber der ist nicht allein. Deutschland ist nicht das erste Land, das seine Grenzen abgeschlossen hat. Soweit ich weiß, war das Tschechien; und kaum hatte Tschechien das begonnen, haben das alle anderen Länder nachgeahmt, sofort, so schnell, **ohne Absprache miteinander**, d.h. ohne Berücksichtigung der Regeln des Schengen-Abkommens, in welchem steht, dass man im Notfall neue Kontrollen an den Grenzen wieder einführen kann, aber immer in Absprache mit den anderen Mitgliedern der **Schengen-Gemeinschaft**. Und das geschah nicht. Und das zeigt ganz deutlich, dass die Panik in allen europäischen Ländern zu einer Wiedergeburt nicht nur des Nationalbewusstseins, sondern des **Nationalismus** geführt hat: Wir unter uns, das ist in Ordnung; aber die Anderen sind gefährlich und verdächtig. D.h.: Bleiben wir unter uns! Und Sie wissen, dass schließlich, nachdem es so viele kranke Menschen bzw. Sterbefälle in Ostfrankreich, insbesondere im Elsass, gab, **die großzügige Bundesrepublik** angeboten hat, dass einige auch in Baden-Württemberg geheilt würden. Aber ich habe neulich die Zahl der Kranken [gesehen], die in andere Krankenhäuser gebracht worden sind, weil vor Ort - Mulhausen, Colmar oder Strasbourg, die waren überfordert [...]: Die überwiegende Mehrheit ist in andere französische Krankenhäuser gebracht worden, nach Toulouse oder Marseille oder Bordeaux und nicht nach Freiburg, nicht nach Stuttgart oder nach Karlsruhe. Das zeigt, dass die Reaktionen vor Ort überwiegend national waren. Ich habe bisher noch

nie gehört, dass die europäische Gemeinschaft, die EU einig darüber wird, gemeinsame Gelder locker zu machen, um den Ländern zu helfen, die am tiefsten unter der Krise gelitten haben. Was man in Deutschland sagt, soweit ich das verstanden habe, ist: Na klar, man muss denen helfen, wir gehören zur gleichen Gemeinschaft; aber z.B. die Italiener sollten nicht vergessen, dass es höchste Zeit ist, dass sie endlich mal ihre sogenannten „Hausaufgaben“ machen, die wir Deutschen immer sehr gut gemacht haben. Die Deutschen sind so stolz darüber heutzutage, dass sie nur 60% als öffentliche Schulden haben; denn sie sagen: Ja, da wir unsere Hausaufgaben perfekt gemacht haben, dann können wir uns leisten, Kredite aufzunehmen für die nachfolgenden Maßnahmen danach. Aber dass man das mit den anderen europäischen Ländern teilt, v.a. mit den südeuropäischen, scheint noch nicht durchgedrungen zu sein.

Hake: Welches Erinnerungsbild wird eigentlich bleiben, wenn das mal alles überstanden ist? [...] Es wird **die Maske** sein. Ich habe bei Delumeau einen wunderbaren Text von **Roger Caillois** über die Maske gefunden (ich weiß nicht von vor wie vielen Jahrzehnten). Den will ich gerne mal vortragen:

„Maske und Angst, Maske und Panik bilden eine beständige, unzerstörbare Einheit. Der Mensch hat hinter diesem zweiten Gesicht seine Ekstase und seinen Schwindel verborgen. Vor allem aber jenes Merkmal, das ihm wie allem Lebendigen eigen ist – nämlich die Angst. Wobei die Maske gleichzeitig Ausdruck der Angst, Schutzwall gegen die Angst und Mittel zur Verbreitung von Angst ist.“

EF: Ich kann das nicht so gut formulieren, wie das Caillois gemacht hat.

Jean Delumeau, *Le péché et la peur. La culpabilisation en Occident. XIIIe – XVIIIe siècles*, Paris: Fayard 1984, 2. Aufl. 1994.

Welche Erinnerung es später geben wird – wer kann das vorausahnen? Die Erinnerung wird immer konstruiert von den Zeitgenossen, d.h. was sich entwickeln wird, das werden wir erst in einigen Jahren und Jahrzehnten wissen; und das wird sich auch ändern. Was wird kommen? Durchaus möglich, dass die Schutzmaske dabei bleibt. Und in der Tat, in der Frühen Neuzeit, diese Bilder, die jeder kennt, von den Pestärzten mit einer langen Maske, spitzen Maske, und die sehen ein bisschen wie gefährliche Vögel aus – das ist geblieben, das hat sich durchgesetzt in der kollektiven Erinnerung seit dem 17. Jh. spätestens. Ich muss hinzufügen, dass diese Masken eine große Kontinuität gehabt haben, nämlich in den Masken in Venedig bei den Karnevalsfesten. Die sind die unmittelbare Konsequenz in einer vereinfachten und verharmlosten Art und Weise der Masken gegen die Pest. Ob das für die Masken im deutschen Karneval zutrifft, weiß ich nicht. Welche Folgen werden wir sehen? Ich hoffe, dass wir in den späteren Erinnerungen nicht nur die Maske haben werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir auch ein größeres Bewusstsein von Bescheidenheit, der Notwendigkeit der Solidarität und der Notwendigkeit eines besseren Verständnisses der Anderen in ihrer Andersartigkeit mitnehmen.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=YOVghZPLOms> mit freundlicher Genehmigung der Katholischen Akademie und von Prof. François

Die Covid-19 Pandemie im Vergleich

Zeit	Bezeichnung	Todesfälle weltweit	Todesfälle Deutschland
1918–1919	Spanische Grippe (Schweinegrippe / aus den USA)	≤ 100 Mill.	> 500.000
1957/1958	Asiatische Grippe		30.000–50.000
1969/1970	Hongkong-Grippe	1–4 Mill.	ca. 40.000
2004/2005	Grippe		20.000
2009/2010	Schweinegrippe	≥ 18.000	
2017/2018	Grippe	290.000–650.000	ca. 25.000
2020	Covid-19 *		9.141 (9.3.–31.7.)

* Vom 1. März bis 31. Juli waren in Deutschland (kumuliert) 0,25% der Bevölkerung nachweislich vom Covid-19-Virus betroffen (erkrankt, genesen oder verstorben).

E5/2020-1_2 **Matjes aus Holland**

Foto: Rainer Lieverscheidt, Pixabay

Quelle: Berliner Zeitung (11.6.2020), S. 20

NACHRICHTEN**Holland dankt Deutschland mit Matjes**

Mit rund 4000 Matjesheringen der neuen Fangsaison wollen sich die Niederlande symbolisch für die Behandlung von Corona-Patienten in Deutschland bedanken. „Matjes-Meisjes“ sollen die Leckerbissen am Montag gratis an Mitarbeiter des Universitätsklinikums Münster ausliefern, berichtete die niederländische Nachrichtenagentur ANP am Mittwoch. Deutsche Kliniken hatten in den Hochzeiten der Coronavirus-Pandemie zahlreiche Patienten aus dem Nachbarland aufgenommen, weil es dort anfangs nicht genügend Plätze auf Intensivstationen gab. Allein in Nordrhein-Westfalen hatten Krankenhäuser bis Anfang April mehr als 100 Betten zur Verfügung gestellt. (dpa)

**F. Aus der
Forschung**F1/2020-1_2 **Mittelmeerkultur
am Niederrhein**

Auf der Internet-Seite der Stadt Krefeld wird über einen von den beteiligten Archäologen als außerordentlich eingestuft Grabungsfund berichtet, der die „globale“ Verflechtung des Niederrheins mit der **Mittelmeerwelt** belegt. Es handelt sich um eine Abbildung der ägyptischen Göttin Isis, geborgen aus einer Schicht des ersten oder zweiten Jahrhunderts nach Christus, die auf den ersten Blick wie eine christliche Mariendarstellung erscheint. „Es handelt sich bei dem plastischen Relief um eine weibliche Person, auf einem Thron sitzend mit einem Kleinkind auf dem Schoß und in der rechten Hand ein Sistrum, eine Rahmenrassel. Das ist ein antikes Musikinstrument“, wird Krefelds Stadtarchäologe Dr. Hans Peter Schletter zitiert.

„Die Darstellung zeigt die stillende Göttin Isis, mit dem säugenden Horuskind“, erklärt auf der Internet-Seite der Doktorand Eric Sponville,

der die Figur einordnet. Aus moderner Sicht sei dieses Bild der Isis besonders interessant, weil die Ikonographie weitgehend jener der Heiligen Maria entspreche. „Diese christliche Darstellung ist bis in unsere Zeit weit verbreitet und möglicherweise auf die ältere, vorchristliche Abbildung der Isis zurückzuführen.“

Der Fund stammt aus einer römischen Müllgrube am Westrand einer Siedlung, die an das römische Kastell **Gelduba**, das 2021 als Welterbe eingetragen werden soll, angrenzt. Die Grabungsfläche, die das nördliche Lagerdorf umfasst, erstreckte sich 2017/18 über die Fläche von drei Fußballfeldern. In zehn Monaten wurden hier 3.300 Funde dokumentiert und circa 90.000 [!] Funde geborgen, eben auch die Überreste eines scheinbar einfachen weißtonigen Kruges mit jenem Isis-Relief am Henkel. Der Müll gelangte zwischen der ersten

Hälfte des 1. Jahrhunderts und dem Anfang des 2. Jahrhunderts n. Chr. in die Grube. Damit wäre der Krug rund 1.900 Jahre alt.

Der Isis-Kult kam aus Ägypten und ist einer der sogenannten **Mysterienkulte** im Römischen Reich. Er war weit verbreitet und hatte bis ins 6. Jahrhundert nach Christus hinein Bestand, auch im römischen Gelduba, diesem römischen Garnisonsplatz am Niedergermanischen Limes. Südlich und nördlich des Militärlagers siedelten Zivilisten, Kaufleute und Händler sowie die Familien der Soldaten und auch Sklaven.

Das Archäologische Museum Krefeld hat eine Sonderausstellung „Abenteuer Großgrabung – Gräberfeld, Bataverschlacht und Römersiedlung“ im Haus an der Rheinbabenstraße 85 vorbereitet (10 bis 18 Uhr), darin eine Auswahl an Funden und neuen Erkenntnissen nach dieser großen Grabung,



auch die spektakuläre Isis-Figur. Die Ausstellung soll am 22. November enden.

Quelle <https://www.krefeld.de/de/inhalt/krefelder-archaeologen-entdecken-seltene-isis-darstellung/>

F₂/2020-1_2 Eine Identität ablegen

Solche Berichte sind rar: Aussteiger erzählen aus ihrer rechtsextremen Karriere und wie sie dieser entkommen sind. Sie erlauben, an individuellen Lebensläufen zu erkennen, wie der Weg ins Milieu rechter Gewalt führt und wo und wie Ausgänge gefunden werden. Johannes Heisig (Berlin) hat das Buch rezensiert.

Der Verfasser erzählt seinen Weg durch die Neonazi-Szene in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Er baute einen Handel mit zumeist verbotener Musik auf, ließ Kleidung mit ebenfalls verbotenen Nazi-Symbolen produzieren und war im Kokain-Geschäft tätig. In Wismar baute er eine rechtsextreme „Kameradschaft“ auf. Er las Nazi-Literatur, prügelte sich mit Linken, Migranten und Asylantragstellern. Nachdem er selber fast das Leben eingebüßt hätte, zog er sich aus der Szene zurück und stieg in das Geschäft mit der Prostitution ein. Außerdem gründete er einen Motorrad-Club, der mit den *Hells Angels* verbunden war. Aus diesem Hexenkessel fand er mit weit über 30 Jahren einen Ausstieg.

Schlaffers Buch verschweigt offenbar nicht die Mängel des deutschen Rechtssystems, die es einschlägigen Personen erleichtern, bei solchen

Aktivitäten dabeizubleiben. Dem Rezensenten zufolge zeigt dieser Einstiegs- und Ausstiegsbericht, „wie wichtig Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus und der Dialog zwischen den Generationen sind“. Seine Schlussfolgerung nach der Lektüre lautet:

Jugendliche gleiten seltener aus politischer Überzeugung in die Neonazi-Szene ab denn aus Bedürfnissen nach Anerkennung, Geborgenheit und Orientierung, die sie in einer von Konkurrenz bestimmten Lebensumwelt nicht finden. Wenn sie erkennen, dass sie in der Szene gewiss keine besseren Menschen antreffen, ist es zu spät und der Rückweg aus dem geschlossenen Kreis schwierig. Eltern, Schule und politische Repräsentanten haben bessere Chancen, wenn sie die Jugendlichen vorher erreichen, bevor der Gruppendruck und der Nebel eines einfachen, geschlossenen Weltbildes sie dem Einfluss von außen entziehen.

Quelle: *Politisches Lernen. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.*, 38, H. 1 (2020), S. 76

Philip Schlaffer, *Hass. Macht. Gewalt. Ein Ex-Nazi und Rotlicht-Rocker packt aus*, München: Droemer 2020, 328 Seiten, ISBN 978-3-426-27825-3, 18,- €.

F

F3/2020-1_2 **Vielfache Spaltungen
der Gesellschaft:
soziale Ungleichheit
und ungleiche
Migrationslasten**

Die Spaltung der (bundesrepublikanischen) Gesellschaft wird vielfach in der Feindschaft zwischen Eingesessenen („Deutschen“) und Fremden (z.B. Geflüchteten) gesehen. Mit dem Blick auf Muslime oder andere Einwanderergruppen wird vor „Parallelgesellschaften“ gewarnt. Der empirische Sozialforscher PROF. DR. MARCEL HELBIG, der am *Wissenschaftszentrum Berlin* arbeitet, hat beeindruckend viele Detailstudien zu Spaltungen, die in der Sozialstruktur der deutschen Gesellschaft zu finden sind, erstellt, v.a. zu Spaltungen im **Bildungssystem**.

Prof. Helbig will Debatten um „die großen Probleme des Landes“ auslösen. Diese sieht er nicht in einer angeblichen **Überfremdung** durch **Migration**, wie TORSTEN HARMSSEN in der *Berliner Zeitung* seine Forschungen resümiert, sondern in der sozialen Ungleichheit, der Spaltung entlang der Vermögenslagen und der Einkommenssituation, auch in der „Meritokratie“, deren Mantra es sei, dass die Erfolgreichen deshalb erfolgreich sind, weil sie sich mehr anstrengen und mehr leisten“.

Für die Bildungspolitik hat er in den vergangenen Jahren viele einschlägige Untersuchungen durchgeführt, von denen Torsten Harmsen Ende vergangenen Jahres einige für die Öffentlichkeit zusammengefasst hat. Allerdings ist die Feststellung, dass das deutsche Bildungssystem Ungerechtigkeiten produziert und keine Chancengleichheit sicherstellt, **nicht neu** (s. die Forschungen im *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung* in Berlin schon in den 1970er Jahren, vgl. in diesem Heft B2). Bemerkenswert sind weniger die Forschungsergebnisse an sich, als die Tatsache, dass sie **nach 50 Jahren** immer noch so sich ergeben.

Nach Torsten Harmsen hat die Studie über Privatschulen als ein „Symptom für die sich spaltende Gesellschaft“ von 2016 „Aufsehen erregt“. Die Schlussfolgerung von Helbig und Wrase: Alle Bundesländer außer NRW und Rheinland-Pfalz verstießen mit ihrer Bildungspolitik und Verwaltungspraxis gegen das Grundgesetz, wonach es keine „Sonderung nach den Besitzverhält-

nissen der Eltern“ geben dürfe. Eine zweite Studie von 2018 zeigte am Beispiel von 74 Städten, wie die soziale Spaltung voranschreitet; denn „Über die soziale Spaltung werden auch die Bildungschancen gesteuert“ (Helbig). Torsten Harmsen zitiert den Befund, den jeder aus seiner eigenen Lebenserfahrung kennt: „In etwa 80 Prozent der Städte konzentrieren sich die Menschen, die Grundsicherung beziehen, zunehmend in bestimmten Stadtteilen.“ Es gibt eine Spaltung zwischen den neuen Bundesländern und den alten, insofern die meisten Städte mit der stärksten räumlichen Trennung von Arm und Reich in Ostdeutschland liegen. In einer Studie von 2019 hat Marcus Helbig mit STEFANIE JÄHNEN 86 Städte daraufhin untersucht, wie sich **Zuwanderer im Zeitraum von 2014 bis 2017** räumlich verteilten. Die Forscher stellten fest (Zitat Harmsen): „Menschen ohne deutschen Pass seien vor allem in den ärmsten Stadtvierteln gelandet“, und das sei besonders im Osten festzustellen. „Die Folge ist, dass die ärmsten Städte in ihren ärmsten Gebieten die Last der Integration tragen müssen“ (Helbig).

Quelle: *Berliner Zeitung*, 4.10.2019 (Torsten Harmsen), S. 10

Marcel Helbig / Michael Wrase, *Das missachtete Verfassungsgebot – Wie das Sonderungsverbot nach Art. 7 II 3 GG unterlaufen wird*, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 11 (2016), S.1591-1598.

Marcel Helbig / Stefanie Jähnen, *Gespaltene Stadtgesellschaft? Analysen zur räumlichen Segregation in deutschen Städten*, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit* 69(2018), Heft 4, S.261-268.

Marcel Helbig / Stefanie Jähnen, *Wo findet „Integration“ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017*, Berlin: WZB 2019 (WZB Discussion Paper; P 2019-003), 64 S.

F4/2020-1_2 Feindbild-Fabrikant

Figaro-Kolumnist **ÉRIC ZEMMOUR** ist so etwas wie der französische Thilo Sarrazin, wahrscheinlich gröber und krawalliger, seit Jahren sehr präsent in französischen Fernsehsendern. Die deutsche Wochenschrift *Le Monde diplomatique* (**SERGE HALIMI**) hat jetzt über ihn berichtet, weil ein renommierter französischer Historiker, **GÉRARD NOIRIEL**, nun eine „Kampfschrift“ gegen ihn, den Rechtsradikalen, Islamhasser, Anti-Feministen und Homophoben, verfasst hat.

Gérard Noiriel, der als Pionier auf dem Gebiet der Forschung über die Immigration nach Frankreich gilt, nimmt zur Gegenwart der Volksverhetzung in Frankreich Stellung, wie es ein Historiker tut: indem er ein Buch über die Vergangenheit schreibt. Édouard Drumont war ein französischer Journalist (1844–1917), der 1886 ein einflussreiches antisemitisches Pamphlet („*La France juive*“) verfasst hat. Mit diesem vergleicht Noiriel den Journalisten Zemmour mit seinem Hass auf den Islam, den Feminismus und die „Homosexuellenlobby“.

Der Verfasser des Artikels in LMD, Serge Halimi, hebt zwei Voraussetzungen für die **Wirksamkeit eines Feindbildes** hervor, die Gérard Noiriel offenbar zur Sprache bringt: „zum einen die **Beschaffenheit des öffentlichen Raums**“. Das funktionelle Gegenstück zu dem 1881 verabschiedeten Gesetz über die Pressefreiheit, das zur Gründung vieler billiger Zeitungen führte, die bei ihrer Jagd auf Leser wenig Skrupel an den Tag legten, sehe Noiriel in dem „heutige[n] Trend zur Privatisierung der Fernsehsender“ und der „gnadenlose[n] Konkurrenz zwischen immer mehr Anbietern – von der Rolle des Internets ganz zu schweigen“. Damals wie heute erwiesen sich „Skandale, Provokationen und Polemik“ als die „sichersten Mittel, um Aufmerksamkeit zu erregen“. Der zweite Gedanke betrifft die **Verarmung des politischen Denkens**. In dieser Hinsicht greift Noiriel **die Sozialdemokratie** an und zieht eine interessante Verbindung zum **Wandel von Identitäten**. Ende des 19. wie jetzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts habe die Sozialdemokratie die soziale Frage aus den Augen verloren. Noiriel spricht natürlich von der französischen Sozialdemokratie; das ist aber unerheblich in dem Kontext, wo es auf die Auswirkungen ankommt, die die Veränderung einer politischen Perspektive



Éric Zemmour,
Montpellier 2008 (Foto:
[wikipedia.de](https://de.wikipedia.org/wiki/Éric_Zemmour), Gnu
GFDL liz. unter Creative
Commons CC BY-SA 3.0
(Dinkley))

auf den Wandel von identitätsbestimmenden Zu-
rechnungen ausübt.

Heute – so paraphrasiert Halimi den französischen Historiker – ist die Arbeiterbewegung nicht mehr imstande, „die Vorstellung durchzusetzen, dass **die Einwanderung** eine Dimension der sozialen Frage“ darstellt. Damit wird der „Arbeitsmigrant“ schlicht und einfach zum „Migranten“. Es ist der erste Schritt zu einer zunehmenden Fokussierung auf die Problematik der „Identität“, an deren Ende die Identifizierung der Migranten als „Muslime“ steht. Eine solche Achsenverschiebung der politischen Prioritäten, von den sozialen Kämpfen hin zur religiösen Konfrontation, hat zur Folge, dass man sich auf das Terrain der Nationalisten begibt, die wie Drumont und Zemmour den konservativen Katholizismus als ein wesentliches Merkmal der **französischen Identität** ansehen – wobei für den Journalisten Drumont damals „der Jude“ ein Volksverderber, Umstürzler und innerer Feind war, während Zemmour diese Rolle heute „den Muslimen“ zuschreibt.

Die **essenzialistische Deutung** rechnet der ganzen Gesellschaft die Gedanken und Praktiken einer Teilpopulation zu. In Frankreich ist in Noiriels Augen dieser Vorgang „nicht mehr auf hasserfüllte und verängstigte Nationalisten beschränkt.“ In Frankreich – so Halimis Formu-

F

lierung – wird die problematische Fixierung auf Herkunft, Rasse, Religion als Dauerthema von Meinungsforschungsinstituten und Nachrichtensendern begeistert aufgegriffen und immer wieder reproduziert. Das allerdings ist auch in der deutschen Medienlandschaft beobachtbar.

Einen dritten Gedanken, der für uns von Bedeutung ist, äußert Serge Halimi: „Die Rhetorik der **Stigmatisierung** hat stets etwas von einer *Selffulfilling Prophecy* an sich. So führte der Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts dazu, dass Juden eigene Vereine gründeten, um sich durch innere Solidarisierung vor den Angriffen von außen zu schützen.“ Auch im 20. und 21.

Jahrhundert haben die rassistischen, ethnischen, religiösen usw. Zurechnungen, die vorgenommen werden, die Folge, dass sich die so Markierten aus der Gesellschaft zurückziehen in eigene Netzwerke des Gruppenzusammenhalts. Es entstehen dann die notorischen „Parallelgesellschaften“, von denen man sagt, sie seien ja typisch für die Fremden, die von unserer Kultur nichts halten.

Der Artikel in der Wochenschrift *Le Monde diplomatique* enthält noch manch anderes Moment einer historischen Rückbesinnung, von der wir wissen, dass sie allemal zu einer klareren Beurteilung der Gegenwart beiträgt. AT

Quelle: Serge Halimi, *Rendezvous mit einem Brandstifter*, *Le Monde diplomatique*, 01.11.2019, S. 23 (aus dem Französischen von Uta Rüenauer)

Gérard Noiriel, *Le Venin dans la plume. Édouard Drumont, Éric Zemmour et la part sombre de la République* [Das Gift im Stift. Édouard Drumont, Éric Zemmour und die dunkle Seite der Republik], Paris: La Découverte 2019.

I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten

I1/2020-1_2 Studiengang an der Freien Universität Berlin

Die Freie Universität (FU) Berlin bietet ab dem Wintersemester 2020/2021 einen neuen englischsprachigen **Masterstudiengang** an, der interdisziplinäre Zugänge **zur Region des Nahen und Mittleren Ostens** eröffnet: „*Interdisciplinary Studies of the Middle East*“ (ISME) richtet sich an Bachelorabsolventinnen und -absolventen mit Vorkenntnissen in Fächern wie Arabistik, Iranistik, Islamwissenschaft, Judaistik, Semitistik oder Turkologie. In seiner Ausrichtung ist der frisch akkreditierte Studiengang deutschlandweit einzigartig, sagt die FU. Aus einem Gespräch mit der Koordinatorin VICTORIA MUMMELTHEI (Seminar für Semitistik und Arabistik) und PROF. LUKAS MÜHLEHALER (Institut für Judaistik) zitieren wir ein paar Informationen dazu (die Fragen stellte Carsten Wette).

Der englischsprachige Studiengang ist eine Initiative von sechs Disziplinen am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften, die sich mit dem Nahen und Mittleren Osten beschäftigen. Die Studierenden lernen, wie sie diese verschiedenen Zugänge mit ihrem eigenen Fachhintergrund verbinden können. Dabei eröffnen sich ihnen neue Perspektiven und Fragestellungen. Weil der

Studiengang sehr flexibel aufgebaut ist, können Studierende **eigene Schwerpunkte** setzen. Je nachdem, ob sie eine Fachsprache vertiefen oder eine bestimmte Methode erlernen wollen, ob sie ihre Zukunft in der Forschung sehen oder in einem der vielen Berufsfelder, die der Studiengang unter anderem mit einem Praktikum erschließt. Alle diese Disziplinen sitzen in einem Neubau, der die „Holzlaube“ genannt wird (weil es an diesem Standort bereits eine „Rostlaube“ und eine „Silberlaube“ gibt); die Nachbarn Byzantinistik (im Fachbereich Philosophie und Geisteswissenschaften) und die Arbeitsstelle „Politik im Maghreb, Mashreq und Golf“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (<https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/vorderer-orient/index.html>) sind nicht weit weg.

Der Studiengang ist auf vier Semester angelegt. Im **Kernbereich** begegnen die Studierenden dem Nahen und Mittleren Osten fächerübergreifend als Forschungsfeld, als Region und als Raum kultureller Produktion. Dabei entwickeln sie ein Verständnis für die Verflechtungen von Sprachen, Literaturen, Gesellschaften, Religionen und Kulturen in dieser Region im Laufe ihrer reichen Geschichte. Im **Vertiefungsbereich** wählen sie

I

aus dem breiten Angebot ein individuell auf ihre Interessen zugeschnittenes Programm. Dabei können sie sich verschiedene Themenbereiche erschließen, etwa Geschichten und Gesellschaften, Wissenstraditionen, Sprachen des Nahen und Mittleren Ostens oder dessen Literaturen.

Victoria Mummelthei erläutert: „Die erworbenen Fertigkeiten und Kenntnisse sind [...] wertvoll in Tätigkeiten, in denen interkulturelle Kompetenzen und Wissenstransfer eine Rolle spielen, die Wissens- und Kulturmanagement erfordern, oder die im Bereich der Vertretung sozialer, politischer und kultureller Interessen angesiedelt sind, insbesondere für international tätige Unternehmen oder Organisationen.“

In dem Artikel der FU wird mit Verbindungen zu zahlreichen anderen Forschungsprojekten, -programmen und Institutionen geworben: zwei vom Europäischen Forschungsrat geförderte arabistische Vorhaben zum *Fürstenspiegel Kalila wa-Dimna* sowie zur palästinensischen Literatur,

zu dem Sonderforschungsbereich „Episteme in Bewegung“ und dem Exzellenzcluster „*Temporal Communities and Contestations of the Liberal Script*“, zu anderen Berliner Wissenschaftseinrichtungen wie der *Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*, dem *Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO)* oder dem *Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg (ZJS)*.

Quelle / Text: <https://www.fu-berlin.de/campusleben/lernen-und-lehren/2020/200730-isme/index.html>

Info: lukas.muehlethaler@fu-berlin.de; <https://www.geschkult.fu-berlin.de/en/e/ma-isme/index.html>

K1/2020-1_2 **Flucht – Feindschaft – Verbindung**

Den 20. Juni hat am 4. Dezember 2000 die UN-Generalversammlung zum *Weltflüchtlingstag* erklärt. In Berlin wurde an diesem Tag der im Mittelmeer auf der Flucht Ertrunkenen gedacht (s. in diesem Heft E1, E2 und R1). Vor dem ökumenischen Gedenkgottesdienst wurde im Wandelgang der „Kapelle der Versöhnung“ auf dem ehemaligen Todesstreifen an der Bernauer Straße eine Ausstellung eröffnet.

Die **Ausstellung „Flüchtlingsgespräche – Portraits. Texte. Lebenswege“** ist eine Sammlung von eindringlichen Porträts und Texten, in denen acht Fluchtgeschichten dargestellt werden. Die Geflüchteten stammen aus zwei verschiedenen Zeiten: Es sind Flüchtlinge des Zweiten Weltkriegs, und es sind Flüchtlinge, denen zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Flucht über das Mittelmeer geglückt ist.

Der Anlass für die Erarbeitung dieser Ausstellung betrifft die Thematik des SSIP, weil in dem Dorf Dabel (ca. 1400 Einwohner) in Mecklenburg-Vorpommern Feindseligkeit ausbrach und **Feindbilder** aktiviert

wurden, als dort 2015 eine **Flüchtlingsunterkunft** eingerichtet wurde. Angesichts des drohenden Zuzugs Fremder gerieten die **Geburtsdeutschen** in Panik. Die Fremden aus dem Nahen und Mittleren Osten stammten aus allen sozialen Schichten bis zum Akademiker. Schätzungsweise drei Viertel der Einwohnerschaft Dabels war ablehnend und fürchtete im Ernst, in Zukunft werde ihnen die Wäsche von der Leine gestohlen werden. Man erwog die **Errichtung einer Mauer**, um sich vor den Fremden zu schützen. Eine Opferkonkurrenz entstand, in der die Geflüchteten von 1945, die sich inzwischen als die Eingesessenen betrachteten, den Flüchtlingen von 2015 die Unterstützung neideten, die diese von der öffentlichen Hand erhielten. Die NPD organisierte Widerstand. Deren Demonstration veranlasste einige liberal und nicht xenophob Eingestellte, bei ihren Mitbürgern, die die alten Nachbarn waren, für Verständnis und für Verständigung mit den Fremden zu werben. Das geschah überwiegend **im Gespräch** mit jedem einzelnen Opponenten.

Die Ausstellungsmacher beschreiben die Geschichte ihres Projekts:

K. Konvivenz, Zusammenarbeit



K

Wir wohnen auf dem Lande in Mecklenburg-Vorpommern. [...] In unseren Dörfern sind sehr viele Bewohner Flüchtlinge oder Nachkommen von Flüchtlingen. 1945 hatte **Rothen** 108 Einwohner, 1946 waren es über 180. Die Anzahl der Bewohner hatte sich durch die Flüchtlinge fast verdoppelt. In den vielen Gesprächen, die wir mit unseren Nachbarn geführt haben, spielte die Flucht immer wieder eine große Rolle. Die Furcht vor den Bomben und dem Beschuss der Heimatorte, der Hunger, die Vertreibung aus den Häusern, die Angst der Frauen vor Vergewaltigungen bewog die Menschen, die Heimat zu verlassen. Niemand hat freiwillig die Heimat verlassen. Viele erzählten uns, wie schwer es für sie war, hier als Fremde anzukommen. Neben der materiellen Not war auch die gesellschaftliche Ausgrenzung und Diffamierung für viele eine bedrückende und demütigende Erfahrung. Die Flüchtlinge galten als die „Zigeuner“ oder die aus der „Batschka“, die angeblich immer das Messer schnell zur Hand hatten. [...] Und wir unterhielten uns mit Flüchtlingen in der Asylbewerberunterkunft in **Dabel**, die uns schreckliche Erlebnisse ihrer teilweise jahrelangen Flucht berichteten. [...] Wir sind fest davon überzeugt, dass die Fluchtgeschichten vergleichbar sind, auch wenn die konkreten Ursachen unterschiedlich sein mögen. Für die Betroffenen ist Flucht, d.h. Verlust der Heimat, des Besitzes, der Arbeit usw., eine große Beschwernis. Die Erfahrung, als Fremder nicht willkommen zu sein, als Mensch zweiter Klasse abgelehnt zu werden, ist entwürdigend. Wir haben die 8 Geschichten und die 8 Portraits zu einer Ausstellung zusammengestellt, die zuerst an „KUNST OFFEN 2016“ im **Verein Rothener Hof** und seitdem als ein Projekt des Vereins in über 30 Städten gezeigt wurde.

Das Ergebnis dieser mühsamen Überzeugungsarbeit summierte sich zu einer Erfolgsgeschichte. Mit der Zeit sah es die Mehrheit der Ur-Einwohner nicht mehr als Problem an, dass einheimische und zugezogene Kinder miteinander spielten. Nach einem Dreiviertel bis einem Jahr war es so weit, dass Dorfbewohner den einen oder anderen Geflüchteten in ihren Betrieben in die Lehre nahmen. In dem ganzen Prozess war die sprachliche Verständigung offenbar kein unüberwindliches Hindernis, da einige Dorfbewohner und die meisten der Geflüchteten Englisch konnten.

Wenn auch Misstrauen und xenophobische Ablehnung dort nicht verschwunden sind, stellt das

kleine Dorf am Dabeler See doch eine Erfolgsgeschichte des Zusammenfindens von Biodeutschen und Orientalen dar. **Kulturen** können nur dann als unvereinbar erscheinen, sagt die Tierärztin im Dorf, wenn **Kollektive** als anonyme Gruppen pauschal einander gegenübergestellt werden. „Man muss den einzelnen Menschen sehen.“ Ergo: Der Feind existiert nicht an sich. Das **Feindbild** wird entwickelt durch eine spezifische Inszenierung der Wirklichkeit. Die „Heilung“ der Feindschaft erfolgt durch die persönliche Begegnung.

Die Ausstellung kann an Interessierte wie z.B. Schulen ausgeliehen werden. Sie ist auch erhältlich in Form einer kleinen Broschüre über: Rothener Hof e.V., Kastanienweg 8, 19406 Rothen.

Quelle: Verein „Rothener Hof e.V.“; Text: <https://www.versöhnungskapelle.de/> (Abruf am 20.6.2020)

Informationen zum Weltflüchtlingstag stellt die Seite der Vereinten Nationen zur Verfügung: <https://www.un.org/en/observances/refugee-day>



EVANGELISCHE
KIRCHENGEMEINDE
VERSÖHNUNG

20. Juni –
29. August 2020



Flüchtlingsgespräche
Portraits. Texte. Lebenswege

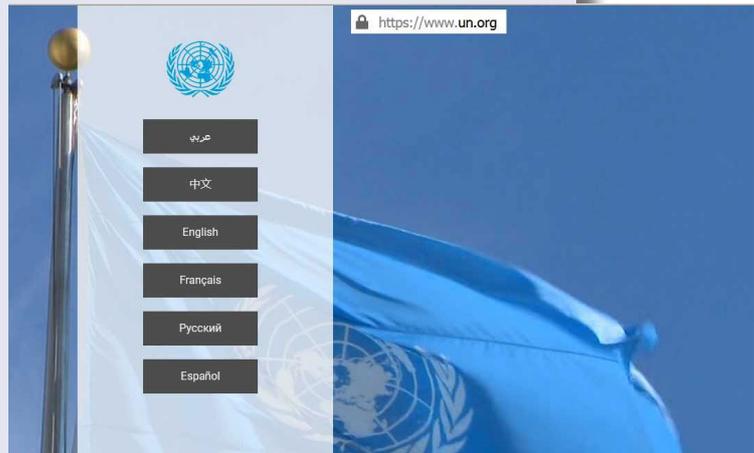
Information der Vereinten Nationen über Flucht und Flüchtlinge

Every minute 20 people leave everything behind to escape war, persecution or terror. There are several types of forcibly displaced persons:

A **refugee** is someone who fled his or her home and country owing to “a well-founded fear of persecution because of his/her race, religion, nationality, membership in a particular social group, or political opinion”, according to the United Nations 1951 Refugee Convention. Many refugees are in exile to escape the effects of natural or human-made disasters.

Asylum seekers say they are refugees and have fled their homes as refugees do, but their claim to refugee status is not yet definitively evaluated in the country to which they fled.

Internally Displaced Persons (IDPs) are people who have not crossed an international border but have moved to a different region than the one they call home within their own country.



Stateless persons do not have a recognized nationality and do not belong to any country. Statelessness situations are usually caused by discrimination against certain groups. Their lack of identification – a citizenship certificate – can exclude them from access to important government services, including health care, education or employment.

Returnees are former refugees who return to their own countries or regions of origin after time in exile. Returnees need continuous support and reintegration assistance to ensure that they can rebuild their lives at home.

K2/2020-1_2

Zusammenarbeit zwischen Vietnam, Laos, Kambodscha und dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

Am 30. Oktober 2019 wurde von Wirtschaftsminister HARRY GLAWE gemeinsam mit Wirtschaftsstaatssekretär DR. STEFAN RUDOLPH in **Hanoi** das Kontaktbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Fachkräfte und Investitionen eröffnet. Das vom Wirtschaftsministerium getragene Büro soll Anlaufpunkt für Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern sein, um Fachkräfte auf dem vietnamesischen, laotischen und kambodschanischen Markt zu gewinnen. Dabei dient

das Büro der Fachkräfteausbildung sowie Fort- und Weiterbildung von vietnamesischen Staatsangehörigen **für den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern**. Darüber hinaus sollen Unternehmen aus den südostasiatischen Staaten Informationen und Unterstützung für Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern erhalten.

In Hanoi wurde zudem eine Absichtserklärung zur vertieften Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der vietnamesischen Provinz Hà Tĩnh unterzeichnet. Diese sieht u. a. die sprachliche Qualifizierung von Auszubildenden sowie die

K

K

Beratung von vietnamesischen Gemeinden zur Umwandlung von Abfall in Energie und Gas vor.¹

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms (BLP) wurde durch die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) GmbH in Kooperation mit dem *Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern* im Zeitraum 2017–2019 ein weiteres **Projekt namens „Energiewende in Partnerschaft“** mit Vietnam durchgeführt.

Um die energiepolitischen Erfahrungen Mecklenburg-Vorpommerns für die vietnamesische Partnerprovinz An Giang nutzbar zu machen, wurden mehrere Maßnahmen umgesetzt, darunter:

- eine Exkursion von Vertretern aus Politik, Privatwirtschaft und Wissenschaft aus Mecklenburg-Vorpommern nach Vietnam,
- die Durchführung diverser Bildungsveranstaltungen wie Workshops und Trainings zur Energiewende und zur dezentralen Energieversorgung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung,
- mehrmonatige Praktika in Unternehmen der Branche der Erneuerbaren Energien,
- Studienreise vietnamesischer Entscheidungsträger nach Deutschland mit der Möglichkeit, Kenntnisse in energiepolitischen Fragen zu erlangen und zu vertiefen.²

Die Stiftung *Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern* (ANE) war einer der Partner aus Mecklenburg-Vorpommern und beteiligte sich in mehreren Programmteilen am genannten Projekt, u.a. mit der Hospitation von vietnamesischen Praktikanten im **Projektbüro Bollewick**, Betreuung von Studienreisen und Tagesexkursionen von vietnamesischen Delegationen im Bioenergiedorf Bollewick [bɔ'le:vɪk].

Die ANE entwickelte im Auftrag der GIZ das Bildungskonzept *„Training in the sustainable development of landscapes with renewable energy in Mecklenburg-Vorpommern“*. Während eines einwöchigen Trainings im September 2019 erhielten die vietnamesischen Teilnehmer aus

Kommunal- und Regionalverwaltungen detaillierte Informationen und Einblicke in die Einbeziehung erneuerbarer Energien in die regionale Entwicklung und das (Bio)EnergieDorf-Konzept. Eine Kombination von Vorträgen sowie Exkursionen gab den Teilnehmern die Möglichkeit, hilfreiche Einblicke in die Umsetzung dieser Konzepte zu gewinnen und Erfahrungen über erneuerbare Energietechnologien mit Projektpartnern auszutauschen.

Das Projekt „Energiewende in Partnerschaft“ fand bei den beteiligten Projektpartnern aus Deutschland und Vietnam viel Lob. Leider konnte eine Anschluss-Finanzierung für die Folgejahre durch das *Ministerium für Energie Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern* nicht abgesichert werden.

Quelle und Text: Stiftung für Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Dr. Neda Nouri)



Stiftung Akademie Nachhaltige Entwicklung
Mecklenburg-Vorpommern
Brandteichstraße 20
17489 Greifswald
Tel.: +49 (0)3834 / 550-118
ane@nachhaltigkeitsforum.de
<https://www.nachhaltigkeitsforum.de/>



Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)
OT Gülzow
Hofplatz 1
18276 Gülzow-Prüzen
Tel.: +49 (0) 3843 / 6930-0
Fax +49 (0) 3843 / 6930-102
info@fnr.de
www.fnr.de und <https://bioenergiedorf.fnr.de/>

1 Info: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Johannes-Stelling-Straße 14, 19053 Schwerin (Ansprechpartner: Gunnar Bauer, Tel. 0385 / 588-5065, presse@wm.mv-regierung.de), www.regierung-mv.de

2 https://www.giz.de/de/downloads/giz2017_blp_factsheet_MECK-POMM_Vietnam.pdf

M1/2020-1_2 Othering – im Alltag

Den folgenden Beitrag hat schon vor längerer Zeit ein Mitglied des SSIP geschrieben. Die Person, über deren Identität hier nichts weiter mitgeteilt werden soll, als dass sie aus Deutschland gebürtig ist, hat in vielen Ländern und in vielen Kulturzusammenhängen, aber sehr lange und bis heute in England gelebt. Erst im Alter hat sich ihr enthüllt, dass ihre ganze Schul- und Universitätsausbildung in England von Briten gestaltet und dadurch in ihr eine Identität eingeschrieben wurde, die als ein Anderes zu ihrem **Inventar von Identitäten** hinzuzurechnen ist. Sie weiß also aus eigener Erfahrung über

multiple Identitäten Bescheid und hat sich immer über ‚etische‘, also von außen vorgenommene Identitätszuschreibungen geärgert, die oft hinter der Frage „Woher kommen Sie denn?“ steckten. Endlich ist ihr, wie sie sagt, nach so vielen Vorkommnissen dieser Art die Galle übergelaufen. So ist dieser Text entstanden, den wir hier abdrucken, weil er aus der Alltagserfahrung heraus verdeutlicht, was bei vielen postkolonialen Theoretikern auf den Punkt gebracht ist, aber in der Regel auf abstraktem, gesellschaftsbezogenem Niveau. Jedoch haben die folgenden Schilderungen den Vorzug, weiterführende Reflexionen anzuschließen.

M. Migration, Diasporas

„Wo kommen Sie her?“ Ansichten einer Migrantin

von *Numa*

Eine Untersuchung der *Social Integration Commission* ergab, daß soziale Beziehungen von Londonern hinsichtlich ihrer Ethnizität größere Unterschiede aufweisen als in anderen Teilen Großbritanniens.¹ Meine Erfahrungen und mein Kommentar beziehen sich größtenteils auf das Vereinigte Königreich. Sie sind nicht ohne Weiteres auf andere Teile unserer Welt anwendbar.

Eine oft an mich gerichtete Frage - meistens aufgrund meiner Aussprache - lautet: Woher kommen Sie? Die Frage wird manchmal ganz unvermittelt gestellt, als befände man sich im Tanzsaal. Die Frage berührt mich, die ich gebürtige Berlinerin bin, die meiste Zeit meines Lebens in verschiedenen Gebieten des Auslands verbracht habe und mich der deutschen Urbevölkerung (sic!) zurechne, negativ. Diese Frage unterstellt, dass ein wesentlicher Teil von mir ein für allemal durch meinen Geburtsort bestimmt ist und keiner Änderung unterliegt,² ein wesentlicher Teil, der anscheinend eine grundlegende Zugehörigkeit schafft, auf Grund dessen ich ohne Rückfrage in eine von Anderen beschriftete Schublade geschoben werde, nur weil eine mehrfache Identität den Rahmen des Zumutbaren sprengen würde.



Als Teenager besuchte ich die von Edward Steichen (1879–1973) zusammengestellte Fotoausstellung *The Family of Man* in Berlin. Steichen war Direktor des *Modern Arts Museums* (MoMA) in New York City. Nach zwanzig Jahren in den USA erwarb der aus Luxemburg gebürtige Fotograf 1900 die amerikanische Staatsbürgerschaft. Seine Ausstellung zeigte 503 Fotos aus 68 Ländern. Alle Aufnahmen führten unsere universellen menschlichen Erfahrungen bildhaft vor Augen. Als Teenager hatte diese Ausstellung einen tiefgreifenden und prägenden Einfluss auf mein Denken und Fühlen und verstärkte das, was mir von meiner Mutter und ihren Eltern zu Hause vermittelt wurde. Seitdem sehe ich mich in der Tradition einer Kosmopolitin, einer Weltbürgerin.

1 *Evening Standard*, 27.06.2014, S.6.

2 Siehe dazu Maalouf 2001, S. 4.

Was eigentlich bedeutet die Frage „Woher kommen Sie?“, will der/die Fragende wissen

- „Wo befand sich Ihre Mutter, als Sie geboren wurden?“
- was meine ethnische Herkunft ist,
- welche Sprache die meiner Eltern ist,
- meine Staatsangehörigkeit, als ich Säugling war, und was ich von ihr halte,
- etwa weitere angenommene Staatsangehörigkeiten (in der Mehrzahl!) und meine Gefühle dazu,
- ob ich „Freund“ oder „Feind“ bin,
- wer die Menschen sind, die mir nahe stehen, meine *significant others*? Habe ich etwa aus freien Stücken gewagt, Menschen, die der/die Fragende als *Out-Group*, „Fremde“, bezeichnen würde, zu meiner *In-Group* zu zählen? Muss der/die Fragende erst abklären, wie ich zu diesen Menschen stehe?

Es gibt hier ein Durcheinander von möglichen Kategorien. Warum ist es wichtig zu wissen, wo ich herkomme? Wie gedenkt man, diese Informationen zu verwerten? Warum möchte man mich nicht erst einmal als Einzelmensch kennenlernen?

Hier folgt ein Kaleidoskop von Beispielen anhand derer man die Fragen in ihrer Thematik aufspüren kann.

Beispiel 1: Das Beharren auf Informationen

Warum wollen Sie denn wissen, wo ich herkomme, wenn Sie Ihr Einkommen nicht vom BAMF oder von der Grenzpolizei beziehen?

Ein schwarzer Freund wurde in London von einem weißen Mann aus einem anderen Land gefragt, wo er denn herkomme. Mein Freund gab zur Antwort, „Sie sehen und hören, wie ich spreche, wie ich angezogen bin und mich benehme – was meinen Sie, wo ich herkomme?“ Es wurden keine weiteren Fragen gestellt. Mein Freund wurde mit schwarzer Hautfarbe in einem Außenbezirk von London geboren.

Ein Geflüchteter in England zeigte mir einmal sein in der Bundesrepublik ausgestelltes, europäisches Reisedokument, in dem die Nase als körperliches Merkmal angegeben wurde mit dem Vermerk „normal“. Ich verglich das mit meinem deutschen Pass. Da wurden eine Aufführung und Beschreibung meiner Nase, die auch völlig normal ist, weggelassen. Ich erkundigte mich

bei der ausstellenden Behörde in Deutschland und äußerte das Bedenken, dass ein zusätzlicher Eintrag über die Nasenbeschaffenheit eine Art von Diskriminierung darstellt. Die Rechtsabteilung des Bundeslandes antwortete mir, dass eine als „normal“ beschriebene Nase eine Diskriminierung nicht darstellen könne.

Beispiel 2: Herkunft erraten an Hand der äußeren Erscheinung

Schwarze Kinder in einem anderen Teil der Welt sahen meinen Mangel an Hautfarbe (die der englische Schriftsteller E. M. Forster als rosagrau bezeichnete) und riefen das Wort in ihrer Sprache hinter mir her, das für farblose Menschen reserviert ist. Ich wurde verlegen. Ein Ortsansässiger meinte, die Kinder wollten mich nur freundlich grüßen. Sein Landsmann, ein schwarzer Akademiker auf Besuch in London, war sichtbar entsetzt, dass ich in seiner Heimat so behandelt wurde. Wahrscheinlich ging ihm durch den Kopf, wie er sich fühlen würde, wenn ihm das in London passierte. Diese Erfahrung aber war hilfreich, mich in die Lage eines schwarzen Fahrgastes in einem Londoner Bus zu versetzen, dem nur wegen seiner Hautfarbe ein Schimpfwort an den Kopf geworfen wird.

In England bin ich mit meiner Hautfarbe unauffällig, solange ich den Mund halte. Ich brauche aber nur „Good Morning“ zu wünschen, dann werde ich als zu „Anderen“ gehörig entlarvt. Bei manchen dauert es dann nicht lange, bis sie mir ihre sprachlichen Korrekturvorschläge unterbreiten.

Ich ging mit einem jüdischen Bekannten, Engländer der zweiten Generation, dessen Eltern aus Nazi-Deutschland hatten fliehen müssen und für den ich gerade eine Übersetzung ins Englische über die Shoah gemacht hatte, durchs Londoner Universitätsviertel. Da trafen wir auf einen mir bekannten Akademiker aus dem Fachgebiet Jüdische Studien, ebenfalls englisch und ebenfalls jüdisch; den begrüßte ich und stellte ihn meinem Bekannten vor. Ich nahm dabei an, dass es zwischen beiden, vielleicht sogar zwischen uns allen Gemeinsamkeiten gäbe. Der Akademiker fragte meinen Bekannten, der an diesem Tag unglücklicherweise ein schwarzes Hemd trug, auf einmal, wo er denn herkomme. Der erwiderte: „London. Wirklich. Wollen Sie meine Geburtsurkunde sehen?“ Bestürzt wehrte der Frager, den wir gerade getroffen hatten, ab. Was war da schief gelaufen? Mein Begleiter hatte mit seinem

schwarzen Hemd und mir als Deutscher bei dem Anderen eine unguete Assoziation mit deutscher SS ausgelöst. Die Frage „Wo kommen Sie her?“ übertrug also noch bei einem Kind Geflüchteter Erinnerungen an eine Vergangenheit, die nicht vergangen war.

Beispiel 3: Meine Herkunft geht niemanden etwas an.

Es gibt unterschiedliche Gründe, warum man die Herkunft nicht preisgeben möchte: Verlegenheit, Scham über Menschenrechtsverletzungen im Herkunftsland, Angst vor Misshandlung z. B. bei Dalits in Indien, Verminderung sogar unter Freunden des Risikos, unter Beschuss zu kommen, das Reduzieren der Wahrscheinlichkeit, Stereotypen zum Opfer zu fallen. Bei Kindern aus gemischten Ehen meinen gehässige Leute sogar, die Auswahl zu haben an Schimpfwörtern jeder der zur Verfügung stehenden Kulturen, wie eine deutsche, mit einem Pakistaner verheiratete Freundin erfuhr.

Manchmal passiert es auch, dass ein anderes Land als Ursprungsland angegeben wird, weil man meint, vom Gegenüber dann eher akzeptiert zu werden. So meinte meine Freundin aus Berlin, ich solle doch die Schweiz als mein Herkunftsland ausgeben. Sie war das Kind Geflüchteter und wurde noch nach 75 Jahren in London nach ihrem Herkunftsland, das sie am liebsten vergessen wollte, gefragt. Und was soll ich antworten, wenn weitergefragt wird?, sagte ich. Ich solle sagen, ich komme aus einem Nest, das so klein ist, dass davon noch nie jemand gehört hat. Irgendwie brachte ich es nicht zustande, ihrem Rat zu folgen. Leute sagen, sie kommen aus Ghana (statt Togo), aus Italien (statt aus Pakistan oder Albanien). Als ein Kurde die Frage zurückgab und fragte, was die Leute meinten, welches sein Herkunftsland sei, freute er sich, wenn er als Antwort erhielt: „Italien“.

Ein Sonderfall der Befürchtung, vom Gegenüber nicht akzeptiert zu werden, liegt vor, wenn Angehörige von Opfergruppen aufeinander treffen. Die Anklage, jemand habe Menschenrechtsverletzungen begangen, wiegt schwer. Deswegen animiert gerade dieser Vorwurf dazu, die eigene Identität zu verschleiern. Die Erfahrung von Menschenrechtsverletzung am eigenen Leib oder an Nahestehenden führt zu der Furcht vor fortbestehendem Ressentiment, wenn der Konflikt zwischen den Opfergruppen fortbesteht. Das motiviert im Kontakt mit nicht am Konflikt

Beteiligten das Bemühen, die eigene Identität als Opfer nicht erkennen zu lassen, um angesichts des Opferanspruchs des anderen nicht plötzlich als Täter, als Verursacher von dessen Leid, dazustehen. Ein hervorstechender Fall ist der fortbestehende Konflikt zwischen Israel und Palästina. Palästinenser, die sich selber als Opfer von Menschenrechtsverletzungen sehen, können geneigt sein, ihre palästinensische Identität in Situationen, wo sie befürchten, angesichts des jüdischen Opfers als Täter angesehen zu werden, zu verschleiern, so wie Israelis sich von Israel distanzieren mögen, wenn sie sich dem Vorwurf israelischer Menschenrechtsverletzungen nicht aussetzen wollen.

Der Geburtsname kann geändert werden durch Adoption, Heirat oder durch einen amtlichen Antrag auf Namensänderung, dem u. U. nicht stattgegeben wird. Namensänderung ist in England durch die Absichtserklärung des sog. *deed poll* leichter als in der Bundesrepublik, wo eine Namensänderung noch den Vorschriften der dreißiger Jahre unterliegt. Eine Namensänderung von ‚Jabkowski‘ auf ‚Jabson‘ lässt vermuten, dass der Träger die Erinnerung an das *Shtetl* hinter sich lassen möchte.

Beispiel 4: Irrtümer der Etikettierung

Ein Nigerianer in Berlin, seinen nigerianischen Pass in der Hand, suchte vorschriftsmäßig Einlass bei einer US-amerikanischen Behörde. Der wachhabende Deutsche mit einer 5 in Erdkunde, meinte zu seinem Kollegen auf Deutsch „Lass ihn nicht rein, der ist aus Nicaragua“.

Mehrere Jahre später in England wurde derselbe Afrikaner gefragt, wo er denn herkomme. Er sagte wahrheitsgemäß „Nigeria“, worauf der Fragende ihn bat, doch zuzugeben, dass er tatsächlich aus dem Kongo stamme. Er solle sich doch deswegen nicht schämen. (Zu diesem Zeitpunkt waren viele kongolesische Flüchtlinge in England.)

Einem Migranten der zweiten Generation, der an einer britischen Universität den Dokortitel erworben hat, wird andauernd die Frage gestellt, wo er herkomme. Er deutet dann nach rückwärts und sagt: „Von dort, jetzt bin ich hier.“ Ein mit einer Japanerin verheirateter Inder äußerte mal: „Es ist nicht cool in London, Leute nach ihrer Herkunft zu fragen.“ Er hatte schon seit einiger Zeit mein Herkunftsland vermutet, aber wartete mit dem Thema, bis die Gelegenheit kam, dass er mir

mitteilen konnte, Hamburg kenne er gut, worauf ich natürlich reagierte. Ja, so kann man es auch machen, wenn man emotionell intelligent ist.

Während der Apartheid in Südafrika wurde mir, umringt von mehreren Vertretern eines *Commonwealth Hochkommissariats* in London, aufgrund meiner Sprache, die als Afrikaans ausgelegt wurde, vorgeworfen, eine südafrikanische Spionin zu sein. Als Mitglied der Anti-Apartheid-Bewegung war mir eine Sekunde lang zum Lachen zumute. Es wurde bedenklicher, als ich mich dummerweise weigerte, nach meinem Toilettenbesuch in ihrem Gebäude meine Personalien anzugeben. Ein weißer britischer Polizist erklärte mir ganz ruhig, dass ich mich auf dem Boden eines anderen Landes befinde und dass die Leute mich nicht auf freien Fuß setzen würden, bis sie nicht wüssten, wer ich sei. Das leuchtete mir dann schließlich auch ein. Ich nannte den Namen ihres Landsmannes, der mich an einem kalten Wintertag versetzt hatte. Der war in ihrer Kartei aufgeführt, und ich wurde entlassen. Am nächsten Tag besuchte der Zweite Sekretär die Studentenunterkunft meines Bekannten, wo er mich vorfand, um sich zu entschuldigen und uns einzuladen, seine Familie kennenzulernen. Da erfuhr ich, dass er und seine Kollegen am Vortag gerade aus einer Sicherheitsberatung wegen einer befürchteten Bedrohung von Südafrika gekommen und verständlicherweise entsetzt waren, eine ihnen unbekannte weiße Frau mit Afrikaans-Akzent auf ihrem Grund und Boden zu ‚entdecken‘, die zudem sich noch weigerte ihren Namen zu nennen. Verständlicherweise wollten sie wissen, wer ich bin, während ich mich fragte, in welchem Land der Welt man sich ausweisen muss, nachdem man auf der Toilette war.

Eine Chinesin aus Singapur wurde auf einer Party nach ihrer Herkunft gefragt. Die Reaktion auf ihre Antwort bestand in der Feststellung, dass sie dann zu Hause ja mit einem Wok koche.

Unabsichtlich gab ich Anlass zu einer Verärgerung, als ich am Telefon meinen deutschen Vornamen buchstabierte. Die Frau am anderen Ende der Leitung, eine Immigrationsberaterin, reagierte gereizt. Sie wisse, wie man das schreibt. Als ich sie näher kennenlernte, erfuhr ich, dass ihr indischer Name und ihr dunkler Teint vom Vater herrühren mochte, ihre Mutter aber eine gebürtige Deutsche war. Ich entschuldigte mich. Es tat mir leid. Fahrlässigerweise hatte ich nicht daran gedacht, dass

ihr das Plus einer multiplen Identität eigen war.

Als ich noch Schulkind war, fand ich ein ausgedientes Knaurs-Lexikon, in dem Menschen aus der damals bekannten Welt in Passfotogröße abgebildet waren. Ich wunderte mich nur, dass meine schlesische Oma eine ganz andere Gesichtsform hatte als der in diesem Lexikon abgebildete Schlesier.

Beispiel 5: Unerwünschte Vorfälle, unangenehme Situationen

Eine weiße Familie saß mit ihren Gästen - darunter ein Gast mit schwarzer Hautfarbe - ganz leger am Sonntagsmittagstisch. Unvermittelt fragte ein weißer Gast den Afrikaner nach den Hauptexporten seines Heimatlandes. Ich kann nur vermuten, dass der neugierige weiße Gast den anderen, wenn auch auf ungeschickte Weise, mit ins Gespräch ziehen wollte. Das hatte aber die ganz gegenteilige Wirkung. Jegliche Unterhaltung brach ab, die Aufmerksamkeit aller ruhte auf dem Gast, der diese unerwartete Frage nach den Exporten zu beantworten hatte. Dadurch wurde er unwillkürlich in die Position des Anderen geschoben.

Als ich einmal auf meine Herkunft angesprochen wurde und ich fragte, was diese Frage denn bezwecken solle, erhielt ich die Antwort, man möchte wissen, ob ich Freund sei oder Feind. Ich erwiderte, dass das aus dem Namen meines Heimatlandes nicht erkenntlich sein werde. Daraufhin versetzte der Fragende, er sei Jude aus den baltischen Ländern.

Bedeutende Fragen zu stellen – z.B. „Was ist Ihnen / Dir wichtig?“, und „Welche Ideen bewegen Dich?“ –, wäre ein guter Anfang.

Identitäten, die in der Diaspora entstehen oder aus einer binationalen Ehe hervorgehen, schaffen eine flexible Zugehörigkeit und erleichtern den Weg zur Weltoffenheit.

Der Nigerianer, der schon zweimal in meiner Gegenwart falsch etikettiert worden war, hatte aber seinen eigenen Augenblick, als ein Restaurantbesitzer ihn nach seiner Herkunft fragte. „Afrika“, antwortete er. - „Ja, aber wo in Afrika?“ - „Nicaragua“ war die Antwort. Damit gab sich der Wirt zufrieden.

Resümee

Ich frage mich, inwieweit die Erkundigung „Wo kommen Sie denn her?“ bedeutungslos oder

inwiefern sie diskriminierend ist. Ist die Frage berechtigt? Ich würde es verneinen. Wenn ich den Gesprächspartner, die Gesprächspartnerin nie wiedersehe, ist die Frage offensichtlich belanglos. Wenn wir uns aber anfreunden, werden wir auch bald unsere Identität zu erkennen geben.

Vor einigen Jahren habe ich den Film „The Centre“ [Original dt. „Die Mitte“, Anm. d. Red.] von Stanisław Mucha gesehen. In diesem Film streiten sich ein Dutzend Städte um den Titel, das Zentrum Europas zu sein, ohne dass es zu einer Einigung kommt.

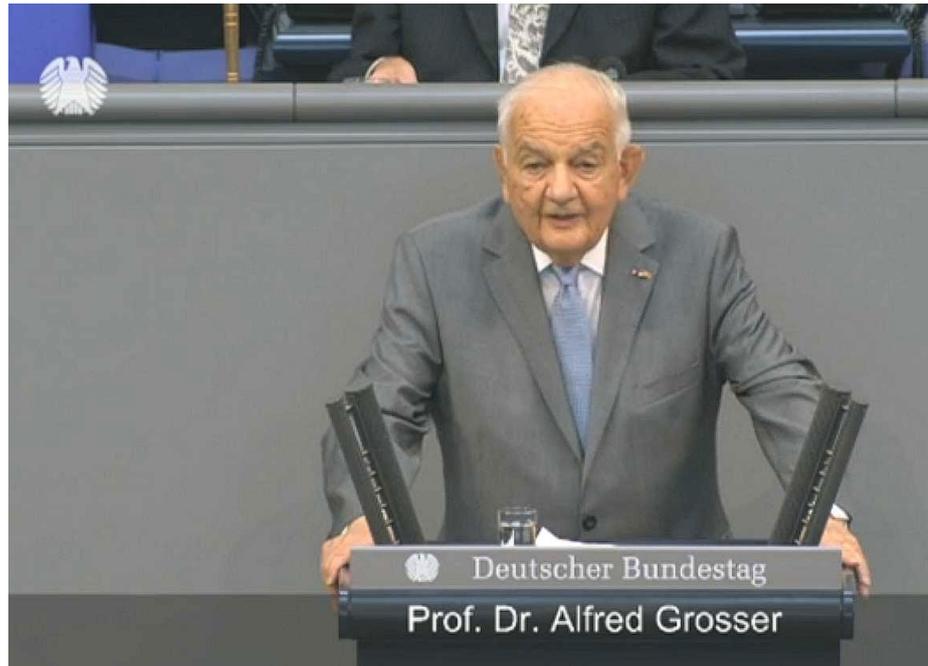
Wir leben in einem gemeinsamen Raum. Wie gemeinsam ist er wirklich? Wer kontrolliert ihn? Ich denke, wir müssen die Art und Weise, wie man sich bisher die Welt vorgestellt hat, in Frage stellen, das alte Gefüge von Nationalstaaten und all die Stereotype, die damit verbunden waren. Eine neue kulturelle Perspektive ist vonnöten, die der Komplexität von Kultur, in der wir uns befinden, angemessen ist. (Primo Levi hat davon gesprochen, wir lebten in einer komplexen Welt, als wäre sie eine einfache.) Die Erde gehört uns nicht. Wir bewohnen sie nur.

Diasporische Identitäten legen den Grund für die Ungewissheit, die Fragilität von Hab und Gut und eine veränderliche Staatsbürgerschaft. Sie legen den Grund für die Frage, was dir wichtiger ist.

Heutzutage haben wir genug Wissen, um die Kategorien zu dekonstruieren, die Mitmenschen zum Anderen werden lassen aufgrund von Merkmalen, über die keiner von uns Kontrolle hat. Wer hat schon die Gelegenheit, seine Eltern, sein Heimatland oder die Sprache der Eltern zu wählen.

Diese Frage des „Wo kommen Sie denn her?“ unterbricht den normalen Rhythmus einer Unterhaltung und bedeutet so oft das Ende eines Verstehens.

In seinem Werk „*On Identity*“ befragt Amin Maalouf das Konzept der Identität und die ihm innewohnenden Gefahren. *Le Monde* stellte fest: „Dieses Buch legt auf sehr unkomplizierte Art dar, was für die Zivilisation des 3. Jahrtausends gebraucht wird.“ Claire Messud pries den Autor im *Guardian*, er sei die Stimme, die Europa sich nicht leisten könne zu ignorieren.“



Zusammengefasst, wir müssen uns dazu zwingen, nicht nur in unseren Mitmenschen alle Überbleibsel von Xenophobie auszumerzen, sondern in uns selber auch. Wir müssen jeden Stein umdrehen, um wirklich inklusiv zu werden. Wer auch immer wir sind – global betrachtet sind wir in der Minderheit und brauchen Schutz und Solidarität und sollen anderen Schutz und Solidarität gewähren. Jede und jeder von uns kann am Brückenbauen mithelfen.

Ein Höhepunkt der Gedenkfeierlichkeiten 2014 in Deutschland wegen des Beginns des Ersten Weltkriegs war die Rede vor dem Deutschen Bundestag, zu der der damals 89jährige Alfred Grosser eingeladen worden war.³ Sein Vater, Frontsoldat, war Träger des Eisernen Kreuzes. Alfred Grosser selber ist 1925 in Frankfurt am Main geboren und emigrierte 1933 nach Frankreich. 1937 wurde er französischer Staatsbürger. Seinen wissenschaftlichen Hintergrund machen Politikologie und Soziologie aus. Mit dieser Biographie

³ Die Rede ist nachzuhören und -zusehen auf https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw26_ak_gedenkstunde-284380. Die inkriminierten Worte von Grosser fielen in dem Zusammenhang, wo er die Rede von Bundespräsident Horst Köhler vor der Knesset im Februar 2005 zitierte: „Die Würde des Menschen zu schützen und zu achten ist ein Auftrag an alle Deutschen. Dazu gehört, jederzeit und an jedem Ort, für die Menschenrechte einzutreten. Daran wird sich, will sich die deutsche Politik messen lassen.“ Daran fügte Grosser mit deutlicher Betonung auf den Worten „leider nicht“ an: „Allerdings meinte er leider nicht die Würde der Palästinenser“, um fortzufahren: „Und heute sehe ich eigentlich nicht gut, wo in aller Welt die deutsche Politik dieser Aufforderung völlig nachgeht.“ [AT]

und mit seiner Überzeugung, dass die Aussöhnung eine gemeinsam zu tragende Verantwortung sei, war er meiner Meinung nach eine exzellente Wahl für so einen Anlass. Allerdings wurde kritisiert, dass er bei dieser Gelegenheit die Situation der Palästinenser im heutigen Israel mit der der Juden in Nazi-Deutschland verglichen habe. Grosser weist in seiner Rede die Idee einer Kollektivschuld zurück. Grosser ist ein Vermittler und Versöhner vom Format eines David Grossman. Beide wirken, jeder auf seinem Gebiet, für den Frieden.

Literaturhinweise

Eddo-Lodge, Reni: *Why I'm No Longer Talking to White People About Race*, London u.a.: Bloomsbury Publishing 2017.

Fanon, Frantz: *Peau noire, masques blancs*, Paris: Édition du Seuil 1952. [*Black Skin, White Masks*, London: Macgibbon and Gee 1968.]

Iyer, Pico: „Where is Home?“ TED Talk, online: <https://blog.ted.com/where-is-home-pico-iyer-at-tedglobal-2013/>.

Maalouf, Amin: *Les identités meurtrières*, Paris: Grasset 1999 [*In the Name of Identity: Violence and the Need to Belong*, New York: Arcade 2001.]

M2/2020-1_2 **Hessen hilft geflüchteten Akademikern**

Der sog. **Hessen-Fonds** fördert mittels Stipendien hochbegabte und leistungsstarke Geflüchtete bei der Fortführung ihrer wissenschaftlichen Karriere an einer staatlichen Hochschule in Hessen. Studierende erhalten 300 €, Promovierende 1.150 € pro Monat. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten Forschungsstipendien in Höhe von 2.000 € monatlich, damit sie ihre Studien und Forschungen weiterführen und Kooperationen mit den hessischen Hochschulen aufbauen können.

Das *Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst* hat am 23. Oktober 2019 gemeinsam mit dem *World University Service* (WUS) ein **Vernetzungstreffen** für alle Geförderten und Unterstützerinnen und Unterstützer des *Hessen-Fonds* ausgerichtet. Auf Einladung der Wissenschaftsministerin ANGELA DORN kamen mehr als 100 geflüchtete Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammen, um sich unter-

Massaquoi, Hans-Jürgen: „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“ *Meine Kindheit in Deutschland*, Bern/München: Fretz & Wasmuth 1999. [*Destined to Witness. Growing Up Black in Nazi Germany*, New York: W. Morrow, 1999.]

Michael, Theodor: *Deutsch sein und schwarz dazu*. München: dtv 2013. [*Black German: An Afro-German Life in the Twentieth Century*. Oxford: Liverpool University Press 2017.]

Mucha, Stanisław (Regie): *Die Mitte* (Dokumentarfilm) [*The Centre*]. 2004, online: <https://www.cultureunplugged.com/documentary/watch-online/filmmedia/play/4398/The-Center>

Steichen, Edward: *The Family of Man. The Greatest Photographic Exhibition of All Time, [...], created by Edward Steichen for the Museum of Modern Art*, New York, NY: Maco Magazine Corporation 1955.

Siehe auch eine dreiminütigen **Video-Clip** zum Thema von CNN unter https://edition.cnn.com/interactive/2017/08/opinion/where-im-really-from/?adobe_mc=TS%3D1592559882%7CMCMID%3D30258346146239431265803151176028322648%7CMCAID%3D2F5940C98515BE99-400009AE61DE86F9%7CMCORID%3D7FF852E2556756057F000101%2540AdobeOrg

einander und mit Vertreterinnen und Vertretern der hessischen Hochschulen auszutauschen.

Für Ministerin Dorn erwächst die **Verpflichtung zur Hilfe** aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es sei selbstverständlich, dass Hessen die geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstütze, sagte die Ministerin anlässlich des Empfangs. Sie dankte den Hochschulen, die mit ihrer Willkommenskultur und ihren Angeboten einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Förderung leisteten. Die Studienfächer reichen von Architektur, Informatik und Sozialer Arbeit bis hin zu Zahnmedizin.

Info: Hess. Min. für Wissenschaft und Kunst, Pressestelle, Rheinstraße 23-25, 65185 Wiesbaden (Kontakt: Volker Schmidt, Tel. 0611/3232-30, pressestelle@hmwk.hessen.de); www.wissenschaft.hessen.de

Quelle und Text: World University Service Rundbrief BILDUNGSauftrag Nord-Süd, Nr. 101 (November 2019), S. 6



M3/2020-1_2 Europa auf Lesbos

Redakteure der Zeitschrift *Focus* haben Anfang des Jahres 2020 mit der stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* und Bundesjustizministerin a.D., **SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBARGER** (FDP), ein Interview geführt, nachdem sie selber auf Lesbos gewesen war und sich vor Ort ein Bild von den Flüchtlingslagern dort, u.a. von **Moria**, gemacht hatte. Das Interview (Titel: „Ex-FDP-Ministerin zum Lesbos-Drama: ‚Wie sollen kleine Kinder das überleben?‘“) erschien am 4.2.2020 auf *Focus-Online* (Autorin: Henriette Jedicke). Es wurde wenig später im *newsletter* der *Friedrich-Naumann-Stiftung* abgedruckt.

In der Zeitung *Die Mittelbayerische* hat Frau Leutheusser-Schnarrenberger weitere Eindrücke geschildert. Dort schrieb sie:

Es geschieht hier, in der Europäischen Union, in unserem eigenen Wohnzimmer. Die Situation im Flüchtlingslager „Moria“ auf der griechischen Insel Lesbos gleicht einer humanitären Krise. Das unermessliche Leid der „glücklichen“ Flüchtlinge, die die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer überlebt haben, ist kaum zu beschreiben. [...] Der Großteil von ihnen floh vor den Kriegen in Afghanistan und Syrien, meist, um das eigene Leben und das der Familie zu retten, immer getrieben von der Hoffnung auf Frieden und Sicherheit. Hoffnung jedoch ist unter den Flüchtlingen von Lesbos nur noch wenig zu spüren. Entscheidungen über ihre Asylanträge werden über Monate ausgesetzt, sodass sie ihr Leben im Dreck verbringen müssen. Spannungen entstehen zwangsläufig und drohen zunehmend zu eskalieren. Die Flüchtlinge demonstrieren gegen die unmenschlichen Zustände in den Lagern und die Unsicherheit über die Zukunft, die Einwohner von Lesbos demonstrieren gegen die miserable Regierungspolitik in Athen. Die Regierung antwortet mit Tränengas und plant schwimmende Mauern zur Abwehr von Flüchtlingen.

Die Lage hatte sich, schrieb die FNF, in den Wintermonaten zugespitzt. Nun demonstrierten Geflüchtete in der Inselhauptstadt Mytilini mit den Rufen „Freiheit! Freiheit!“. Leutheusser-Schnarrenberger erklärte *FOCUS Online* gegenüber, dass die Geflüchteten inzwischen damit rechnen müssen, **drei Jahre in den Lagern** zu wohnen. Das



könne ein ganzes Leben zerstören. „Wie kleine Kinder das überleben sollen, kann ich mir kaum vorstellen.“ Auf die Frage von *FOCUS Online* nach den allgemeinen Lebensbedingungen antwortete Leutheusser-Schnarrenberger:

Mir bleibt in Erinnerung, wie die Kinder in ihren Gummischlappen durch die Steine und den Dreck hüpfen und Fangenspielen. Sie sind neugierig, haben uns an der Jacke gezupft und angelächelt. Die Kinder haben dort eine Stange, an der sie turnen können. Sonst haben sie keine Möglichkeit zum Spielen. Die Lebensbedingungen der Familien sind miserabel. Die Menschen wohnen dort in winzigen Löchern mit Zeltplanen, die mit Steinen beschwert sind. Sie müssen da reinkriechen, um überhaupt in die Hütten zu kommen.

In der *Mittelbayerischen* schrieb sie:

Berge von Abfall wohin das Auge reicht, ein beißender Gestank liegt über den Hügeln. Dazwischen: 20.000 Frauen, Männer und Kinder, die unter improvisierten Zeltplanen in sengender Hitze oder im tiefsten Morast überleben müssen. [...]

FOCUS Online fragte: Sie sind seit Sonntag auf Lesbos. Rund 2000 Demonstranten haben gestern [3.2.2020] das überfüllte Flüchtlingslager Moria verlassen und haben in der Inselhauptstadt demonstriert. Berichten zufolge ist die Polizei massiv eingeschritten. Was haben Sie davon mitbekommen?

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Wir haben am Nachmittag gesehen, dass es zu Demonstra-

M

tionen gekommen ist. Es waren viele Polizisten auf den Straßen. An den Straßenrändern saßen Flüchtlinge, viele liefen in die Stadt. Auseinandersetzungen gab es am Nachmittag nicht. Was am Vormittag passierte, haben wir so genau nicht mitbekommen. Wir haben aber Tränengas-Wolken gesehen.

FOCUS Online fragte, wie der Bürgermeister von Mytilini die Situation einschätze. Die Antwort von Leutheusser-Schnarrenberger fasste **das Versagen der EU** in Worte:

SLS: Die Lokalpolitiker fühlen sich hier von jeglicher Politik **alleingelassen**. Weder von ihrer griechischen Regierung noch von der EU sehen sie Hilfe kommen. Im letzten halben Jahr hat sich die Situation auf Lesbos noch einmal massiv verschärft. Es werden kaum Flüchtlinge zurückgebracht, auch aufs Festland kommt kaum noch jemand. Die Lokalpolitiker adressieren ihre Probleme immer wieder und sie unterstützen die Bürger von Lesbos, die hier wohnen, auch zu demonstrieren.

Was muss jetzt, Anfang 2020, getan werden? Diese Frage beantwortete Leutheusser-Schnarrenberger bei *FOCUS Online* und in der *Mittelbayerischen*, – hier:

Die verantwortlichen Politiker, ob in Athen, Berlin oder Brüssel, scheinen kaum gewillt, sich konstruktiv mit dem Problem auseinanderzusetzen. Dabei wäre Hilfe schnell möglich: **In einem ersten Schritt** muss ein medizinisches Sofortprogramm gestartet werden, das eine umfassende Versorgung von Kranken und Schwangeren gewährleistet.



– bei *FOCUS Online*: Hier muss unabhängig von einer politischen Lösung eine medizinische Versorgung hin. Das einzige Krankenhaus auf der Insel ist überfüllt, und es kommt zu Spannungen mit den Einheimischen. Hier müssen Container her, wo die Menschen zumindest eine medizinische Erstversorgung erhalten können.

In einem zweiten Schritt müssen die Asylverfahren beschleunigt und [muss] den Flüchtlingen Zugang zu Bildung und einer trockenen Unterkunft eingeräumt werden. Diese Maßnahmen kann auch die deutsche Regierung einleiten und so ein starkes Signal an die europäischen Partner senden. Denn langfristig führt kein Weg an einer gemeinsamen europäischen Strategie vorbei. Erst, wenn sich die Mitgliedstaaten der EU gemeinsam für das Leben der Flüchtlinge einsetzen, können wir mit Fug und Recht behaupten: Wir sind eine Solidargemeinschaft (*FOCUS Online*).

Wirklich **europäisches Denken** liegt in der Anforderung an die deutsche Bundesregierung, nicht auf andere Staaten zu warten, sondern mit einer **Vision** von Solidarität voranzugehen und dadurch Pflöcke für eine europäische Strategie zu setzen. Auf die entsprechende Frage bei *FOCUS Online* forderte Leutheusser-Schnarrenberger, der Bundesinnenminister müsse nun die Initiative ergreifen und auf die Angebote deutscher Städte und Kommunen, Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, eingehen. **Allerdings** schränkte sie hier stärker ein: „Er muss dies verbunden mit Gesprächen mit den europäischen Kollegen tun. Auch wenn nicht alle EU-Mitgliedsstaaten Flüchtlinge aufnehmen wollen, kann Deutschland mit anderen europäischen Partnern handeln.“ Die EU-Mitgliedsstaaten, die nicht aufnehmen wollten, müssten dann eben anderweitig in die Pflicht genommen werden.

Quellen: https://www.focus.de/politik/ausland/sabine-leutheusser-schnarrenberger-im-focus-online-interview-ex-fdp-ministerin-zum-lesbos-drama-wie-sollen-kleine-kinder-das-ueberleben_id_11627431.html (Wiedergabe des Interviews vom 4.2.20, Autorin: Henriette Jedicke, mit freundlicher Genehmigung von *FOCUS Online*); <https://www.freiheit.org/migration-leutheusser-schnarrenberger-zur-situation-auf-lesbos-wie-sollen-kleine-kinder-das> (7.2.2020); <https://www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/drama-im-fluechtlingslager-auf-lesbos-21771-art1882356.html>, mit freundlicher Genehmigung; <https://www.freiheit.org/lesbos-drama-im-fluechtlingslager-auf-lesbos> (Bild)

R1/2020-1_2 **Gedenken an die
Mittelmeertoten
der EU**

R. Religion

Am 20.06.20 war Weltflüchtlingstag (*UN World Refugee Day*). Zu diesem Anlass fand in der „Kapelle der Versöhnung“ an der Bernauer Straße in Berlin eine ökumenische Andacht zum Gedenken an alle Verstorbenen auf der Flucht unter dem Motto „**Sterben auf dem Weg der Hoffnung**“ statt. Das Bündnis aus Jesuiten-Flüchtlingsdienst, „Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e.V.“ (als Einladende), *Gemeinschaft Sant’Egidio*, Evangelische Kirchengemeinde Versöhnung (als gastgebende Gemeinde) und Caritasverband für das Erzbistum Berlin gestaltete diese Andacht gemeinsam mit dem Berliner Dompropst Prälat Tobias Przytarski.

Für alle, die an der ökumenischen Andacht nicht teilnehmen konnten oder coronabedingt wollten, gab es die Möglichkeit zum **digitalen Gedenken der Toten**, die, wie die Sprecherin in dem Video sagt, „auf der Flucht in die **Festung Europa** gestorben sind“. Das sind 2.509 Ertrunkene für die zehn Monate vom 20.6.2019 bis 3.5.2020, die, wie es heißt, ‚dokumentiert‘ werden konnten. Aus dieser Zahl werden in der *YouTube*-Aufzeichnung der Gedenkveranstaltung 127 Namen verlesen:

Wir laden ein, mit uns der Toten zu gedenken, die auf der Flucht in die **Festung Europa** gestorben sind. Wir nennen die Namen derer, die wir für die letzten zwölf Monate seit Juni 2019 gefunden haben, und bringen sie stellvertretend für die vielen Unbekannten und Ungenannten und die der Jahre zuvor vor Gott. Es sind 127 Namen [...].

Die Verlesung der Namen dauert 13 Minuten.

Vor der ökumenischen Andacht am 20.06. wurde die **Ausstellung „Flüchtlingsgespräche – Portraits. Texte. Lebenswege“** im Wandelgang der „Kapelle der Versöhnung“ eröffnet (s. dazu K1 in diesem Heft sowie das Foto auf S. 21).

Informationen zum Weltflüchtlingstag stellt die Seite der Vereinten Nationen zur Verfügung: <https://www.un.org/en/observances/refugee-day> (Begriffsbestimmungen, Flüchtlingskonvention von 1951 u.a.; s. hierzu K1 in diesem Heft).

Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=vRCFrH5myj0&feature=emb_title (abgerufen 20.6.20); m.haas@caritas-berlin.de

R

Totengedenken am World Refugees Day 2020



W. Welt- innen- politik

W1/2020-1_2 **Raus von zu Haus – auch mit Behinderung**

weltwärts ist ein entwicklungspolitischer Freiwilligendienst, der vom BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert wird. Er ermöglicht jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren, sofern es **Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung** sind bis 35 Jahren, einen Freiwilligendienst in Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas oder Osteuropas zu leisten. Die Dienste dauern mindestens sechs Monate bis zu zwei Jahre.

Der Verein **bezev e.V.** (*Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit* e.V., Essen) existiert seit 1995. Seit 2004 berichtet der SSIP immer wieder über seine Aktivitäten (siehe 1/2004: K1, 4/2005: B8 u.a.). Seit 2017 ist *bezev Eurodesk*-Partnerorganisation und berät und informiert zu Auslandsaufenthalten weltweit. Die besondere Expertise von *bezev* und damit ein großer Mehrwert für das *Eurodesk*-Netzwerk liegt in der Beratung und Motivation von jungen Menschen mit Behinderung.

Als Mitglied im Netzwerk *Eurodesk* hat *bezev* die Kampagne „**Jetzt einfach machen**“ aufs Gleis gesetzt. Die Essener Organisation kümmert sich speziell darum, dass junge Menschen mit und ohne Beeinträchtigung/Behinderung einen internationalen Freiwilligendienst machen können. Als Musterfall stellt *Eurodesk* in ihrer Pressemitteilung Steffi vor, eine junge Frau, die Glasknochen hat und einen Rollstuhl nutzt. „Ich wollte raus. Ich wollte Neues sehen, Neues erleben und vor allem was lernen.“ Das war, sagt *Eurodesk*, Steffis Motivation für einen *weltwärts*-Freiwilligendienst in Ghana. Im Rahmen der Kampagne zeigen fünf Kampagnenclips Bilder von Steffis *weltwärts*-Dienst in Ghana. Die Filme zeigen ihr Leben vor Ort, die Arbeit in der Schule, ihre Freundschaften vor Ort und ihre Sicht auf das Thema **Barrierefreiheit in Ghana**.

Die Kampagnenclips sind „barrierefrei“ und stehen mit Untertiteln in Gebärdensprachverdolmetschung und mit Audiodeskription zur Verfügung. Die Filme und mehr Informationen zur Kampagne erhalten Neugierige unter: www.bezev.de/kampagne.

„Freiwilligendienste sind in verschiedenen Ländern nächstes Jahr wieder möglich. Deswegen ermutigen wir gerade Menschen mit Behinderung sich an uns zu wenden. Wir beraten sie zu inklusiven Einsatzmöglichkeiten und vermitteln sie gerne an eine passende Entsendeorganisation“, sagt JELENA WANDER, Projektkoordinatorin bei *bezev*.

Quelle: PM Eurodesk Deutschland



Presseanfragen und Kontakt:

Jelena Wander, Altenessener Straße 394–398,
45329 Essen, Tel.: 0201 / 29 44 12 27,
E-Mail: wander@bezev.de, www.bezev.de

Pressekontakt:

Regina Pfeifer, E-Mail: eurodesk@eurodesk.eu,
Tel.: 0228 / 9506-239

Internet: www.rausvonzuhause.de,
www.eurodesk.de

Presseportal: www.rausvonzuhause.de/Presse

W_{2/2020-1_2} Neues (?) vom Haus für die Vereinten Nationen in Berlin

Schon mehrfach hat ika über das Projekt berichtet, in Berlin, vorzugsweise im „Palais am Festungsgraben“ an der Straße „Unter den Linden“, ein *Haus für die Vereinten Nationen* zu gründen (s. SSIP2/15-3, S. 31–32; zuletzt K3/18-1_2, S. 26–27). Im Jahr **2019** haben sich ein paar beunruhigende, für Berlins Innenpolitik aber nicht untypische **Verwicklungen** ergeben. Bis dahin war die Initiative des Vereins *Haus für die Vereinten Nationen* (HVN e.V.), dessen Vorsitzender **PROF. DR. ROLF KREIBICH** ist, die einzige, die substantielle Gedanken zu einer Verwendung des Palastes, der hinter der „Neuen Wache“ liegt, entwickelt und in die Öffentlichkeit gebracht hatte (s. die o.g. *SSIP-Mitteilungen* 3_4/2015). Bis dahin hatte das Palais mit seinen prachtvollen Sälen und unzähligen Räumen seit 1990 zum großen Teil leergestanden; ein Teil wurde vom *Maxim-Gorki-Theater* (MGT) nebenan als Lager und Verwaltungsdependance genutzt.

Der Verein HVN hatte die Idee, das Palais am Festungsgraben zu einem „Haus für die Vereinten Nationen“ auszubauen, zu einem Anlaufpunkt für den Dialog über globale Themen und für alle Berliner und Berlinbesucher, die sich über die

Vereinten Nationen würden informieren wollen. Als dieses Konzept auf dem Tisch lag, führte der Senat von Berlin (Reg. Bürgermeister MICHAEL MÜLLER) 2017/18 plötzlich doch ein **„Interessenbekundungsverfahren“** durch, und der HVN e.V. bewarb sich vorschriftsgemäß mit seinem Konzept und einem Finanzierungsplan. Nun traten zwei Mitbewerber auf den Plan, eine Organisation namens *„Berlinovo“* und ein Vorschlag namens *„Deutsches Haus“* (VDH). Bei der *„Berlinovo“* ist der Berliner Finanzsenator der Aufsichtsratsvorsitzende. Der Vorschlag für ein *„Deutsches Haus“* gruppierte sich – wie sich später herausstellte – um einen ehemaligen Berliner Staatssekretär (André Schmitz, SPD). Der Kultursenator KLAUS LEDERER ist Schirmherr des sog. *„Verein Deutsches Haus“*. Prof. Kreibich sagt (Schreiben an die Mitglieder des HVN e.V. 2020): „Nach dem Interessenbekundungsverfahren vom Dezember haben wir lediglich aus der Presse erfahren, daß den ersten Platz die *Berlinovo* und den zweiten Platz der Vorschlag ‚Deutsches Haus‘ erhalten haben soll. Wir haben hierzu und hinsichtlich unserer Platzierung bis heute keine offizielle Mitteilung erhalten“, obwohl mehrfach beim Senat nachgefragt worden sei.

Bei einem Gespräch am **4. April 2019** im Roten Rathaus machte der Regierende Bürgermeister

W

Foto: HVN e.V.





Michael Müller Vertretern des HVN e.V. unter hochrangigen Zeugen indes die Zusage, die Beschlüsse des Senats „so zu gestalten“, dass das Konzept „Haus für die Vereinten Nationen“ mit dabei sei (Prof. Kreibich).

Aus der Presse (Berliner *Tagesspiegel*) erfuhr das erstaunte Publikum ein Vierteljahr später, dass der Regierende Bürgermeister in einem Pressegespräch am **3. Juli 2019** bekanntgegeben habe, dass die Humboldt-Universität (HU) das Palais künftig übernehmen und das „Deutsche Haus“ dort mit einziehen werde. Kreibich im Rundschreiben an die Mitglieder des HVN e.V.:

Wir waren höchst verblüfft; denn wir recherchierten, dass am Tag zuvor, am 2. Juli 2019 in der Senatssitzung kein Tagesordnungspunkt vorlag, nach dem der Senat einen solchen Beschluss hätte gefasst haben sollen. Weiterhin recherchierten wir, dass bis heute kein entsprechender Senatsbeschluss gefasst wurde. [...] Somit stellt sich die Sache seitdem so dar, dass lediglich eine mündliche „Verkündung des Reg. BM.“ am 3. Juli 2019 erfolgt ist, nach der das Palais an Humboldt-Universität und „Deutsches Haus“ gehen soll. [...] Da es sich um ein sehr wertvolles, denkmalgeschütztes Haus mit großer Tradition und in bester Lage in Berlin-Mitte handelt, sind unsere Rechtsberater dezidiert der Auffassung, dass unbedingt ein förmlicher Senatsbeschluss gefasst werden müsste. Weiter besteht die Auffassung, dass hierfür auch eine Stellungnahme des Vermögensausschusses des Abgeordneten-Hauses vorliegen müsste und das Gesamtergebnis unbedingt auch in das Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung eingebracht werden muss. Nichts dergleichen ist geschehen.

Zu dem „Verein Deutsches Haus“ (VDH) sagt Prof. Kreibich, man habe mindestens zehn Mal den Senat, das Maxim-Gorki-Theater, das „Deutsche Haus“ und die Behörde für das Management Berliner Immobilien um Auskunft gebeten, was denn genau geplant sei, und immer wieder Gespräche angeboten sowie die Kooperation sowohl mit der HU als auch dem MGT und dem VDH. „Das wurde jeweils abgelehnt, oder es wurde gar nicht reagiert. Im Oktober 2019 erfuhren wir erstmals, dass Herr Schmitz etwas mit dem VDH zu tun habe.“ Daraufhin habe man sich bemüht, ein Gespräch mit André Schmitz zu führen. „Das fand dann auch statt, und es sollte ein gemeinsamer

Termin mit SHERMIN LANGHOFF [Intendantin des MGT] vereinbart werden. Leider kam es nie zu dem Gespräch. Auf Nachfrage erklärte Schmitz, dass er das vergessen habe.“

Aus einem Artikel der Berliner Lokalzeitung *Tagesspiegel* geht nun hervor, dass die HU eine „echte Kooperation“ sowie eine „gemeinsame Trägerschaft und Steuerung mit dem ‚Verein Deutsches Haus‘ abgelehnt“ habe. Diese Kooperation war aber das Hauptkriterium, weshalb das Palais an die HU und den „Verein Deutsches Haus“ hatte übergeben werden sollen, sagt Prof. Kreibich und fügt hinzu: „Bisher ist es uns auch nicht gelungen, eine Rechtsform des Vereins ‚Deutsches Haus‘ herauszubekommen. [...] Im übrigen haben wir festgestellt, dass jetzt kein einziger Raum mehr von der HU belegt wird, sondern alle Räume nur vom Maxim-Gorki-Theater (MGT), wobei wahrscheinlich sogar zahlreiche Räume wieder leerstehen.“ Aus der Zeitung hat man inzwischen erfahren, dass noch keine abschließende Entscheidung im Interessenbekundungsverfahren getroffen worden sei.

Der Vorsitzende des HVN e.V. zieht das Fazit:

Ich bin erstaunt, daß bisher keine Partei in Berlin die Manipulationen des Senats um das Palais am Festungsgraben zum Anlaß genommen hat, einmal kräftig in die dubiosen Vorgänge hineinzuleuchten.

Der SSIP muss aus diesem jahrelangen Hin und Her schlussfolgern, dass es in der Berliner SPD – aus welchen Ecken und aus welchen Motiven auch immer – starke Widerstände dagegen gibt, ein Projekt wie das *Haus für die Vereinten Nationen*, das für das Bewusstsein einer „Weltinnenpolitik“ immens wichtig wäre, voranzubringen.

Quelle: HVN e.V.

W₃/2020-1_2 Wir sind UNO

In internationalen Krisensituationen geraten immer wieder der UN-Generalsekretär und einzelne UN-Organisationen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dagegen weiß man wenig über die mehr als 50.000 Mitarbeiter der Vereinten Nationen. Wer sind die Menschen, die sich täglich im UN-Sekretariat, in den Sonderorganisationen des UN-Systems und in weltweiten Feldmissionen für die Ziele der UNO engagieren? Was macht ihre Arbeit aus, welchen Herausforderungen stellen sie sich? Dieses Buch portraitiert deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der UN, aktive wie ehemalige. In Einzelinterviews berichten sie über die Handlungsfelder der UNO und warum sie sich für eine Tätigkeit bei den Vereinten Nationen entschieden haben. Sie erzählen von besonders prägenden Erlebnissen und geben **jungen Menschen**, die sich für die UN als Berufsfeld interessieren, eine Orientierung.

Zum 75jährigen Bestehen der Vereinten Nationen ist heuer eine erweiterte und aktualisierte Neuauflage von „Wir sind UNO – Deutsche bei den Vereinten Nationen“ bei Herder erschienen. Geblieben ist der Zugang zu den Vereinten Nationen über **persönliche Einschätzungen** ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Nunmehr 50 von ihnen kommen in Einzelinterviews zu Wort, sprechen über ihre Motivation, ihre Erfahrungen und Erkenntnisse im UN-System, blicken durchaus auch mit kritischem **Blick auf Reformperspektiven** und -notwendigkeiten, authentische Stimmen, die einen Blick hinter die Kulissen der Weltorganisation ermöglichen, Sachzwänge erklären und Defizite benennen, aber auch Handlungsspielräume aufzeigen.

Neu hinzugekommen sind aufschlussreiche Interviews zu aktuellen und wichtigen Themen: **Frauen, Kinder, Klima, Gesundheit**, Humanitäres. Das abgebildete breite Spektrum der Handlungsfelder



reicht von der UNESCO bis zur WHO, von der **Entwicklungspolitik** bis zum Sicherheitsrat, von der Öffentlichkeitsarbeit bis zum **Personalmanagement**, von den Friedensmissionen bis zur **Flüchtlingshilfe**.

Der Herausgeber, Ekkehard Griep, geb. 1960, ist promovierter Politikwissenschaftler und seit seiner Tätigkeit im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York mit UN-Themen vertraut. Neben beruflichen Stationen u.a. im Auswärtigen Amt und bei der NATO war er als internationaler Wahlbeobachter für EU und OSZE in Krisenländern im Einsatz. Er ist langjähriges Vorstandsmitglied der *Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen* (DGVN).

In einer Zeit, in der der Multilateralismus mit teils heftigem Gegenwind konfrontiert ist und die Vereinten Nationen häufig über Vetos im Sicherheitsrat wahrgenommen werden, setzt „Wir sind UNO“ ein konstruktives Zeichen: Für den Wert multilateralen Engagements.

Quelle: persönl. Mitteilung und <https://www.herder.de/geschichte-politik-shop/wir-sind-uno-gebundene-ausgabe/c-34/p-5241/>

Ekkehard Griep (Hrsg.), *Wir sind UNO – Deutsche bei den Vereinten Nationen*, 2. Auflage Freiburg: Herder 2020, 240 Seiten, ISBN: 978-3-451-31138-3, Bestellnummer: P311381, geb. Ausgabe 24,- €.

UN75
وما بعد 2020

UN75 MEMBENTUK
MASA
DEPAN KITA
BERSAMA
2020 DAN SETERUSNYA

UN75 SAMMEN
SKAPER VI
FREMTIDEN
2020 OG FREMÖVER

UN75 MÓTUM
FRAMTÍÐINA
SAMAN
2020 OG UM ÖKOMIN ÁR

UN75 ОБЩЕЕ
БУДУЩЕЕ
ОБЩИМИ
СИЛАМИ
2020 ГОД И ДАЛЕЕ

لنشكّل
مستقبلنا
معاً
وما بعد 2020

UN75 FORJANDO
NUESTRO
FUTURO
JUNTOS
MÁS ALLÁ DE 2020

UN75 OVTTAS
BOAHTTEÁIGÁI
2020 JA VIHÁSEÁPPOT

UN75 FACONNONS
NOTRE
AVENIR
ENSEMBLE
2020 ET AU-DELÀ

UN75 SHAPING
OUR
FUTURE
TOGETHER
2020 AND BEYOND

W

W4/2020-1_2 **Erforscher der einen Welt**

89jährig ist am 31. August 2019 der große Theoretiker der Globalisierung gestorben: **IMMANUEL WALLERSTEIN**. Er war Sozialhistoriker und Soziologe und Begründer der Weltsystemanalyse. Zusammen mit ihm sind die Namen Robert K. Merton, Paul F. Lazarsfeld, Seymour M. Lipset, Daniel Bell, Johan Galtung, Noam Chomsky und Pierre Bourdieu, Fernand Braudel und Karl Marx zu nennen.

Für Wallerstein gab es nicht eine erste, zweite oder „Dritte“ Welt; von Marx wusste er, dass der Gegensatz von Kapital und Arbeit und die Verwertungsbedingungen des Kapitals eine allgemeine Strukturbedingung waren. Aber man kann ihn nicht als einen „Marxisten“ bezeichnen. Er stand auch in den Schuhen der französischen *Annales*-Schule und gründete 1976 an der *Binghamton University* das *Fernand Braudel Center for the Study of Economies, Historical Systems, and Civilizations*, und er setzte auch die Tradition der *Dependencia*-Theorie fort. So galt ihm die asymmetrische Struktur der Interaktionsbeziehungen zwischen den entwickelten Zentren und den unterentwickelten Peripherien als ein weiteres Strukturmerkmal des internationalen Systems.

Seit dem 1. Okt. 1998 veröffentlichte er auf seiner *website* am 1. und am 15. jeden Monats Kommentare zum Weltgeschehen („Überlegungen zur gegenwärtigen Weltlage aus einer Langzeitperspektive und nicht aus den täglichen Schlagzeilen heraus“), insgesamt 500. Sie wurden in viele Sprachen übersetzt, die einzige, in die sie alle übersetzt wurden, ist Mandarin. Sein letzter *Commentary No. 500* mit der Überschrift „*This is the end; this is the beginning*“ vom 1. Juli 2019 endet mit den folgenden Worten:

[...] It is the future that is more important and more interesting, but also inherently unknowable. Because of the structural crisis of the modern world system, it is possible, possible but not absolutely certain, that a transformatory use of a 1968 complex will be achieved by someone or some group. It will probably take much time and will continue on past the point of the end of commentaries. What form this new activity will take is hard to predict.

So, the world might go down further by-paths. Or it may not. I have indicated in the past that I thought the crucial struggle was a class struggle, using class in a very broadly defined sense. What those who will be alive in the future can do is to struggle with themselves so this change may be a real one. I still think that and therefore I think there is a 50-50 chance that we'll make it to transformatory change, but only 50-50.

Wallerstein begann als Experte für das postkoloniale Afrika, wurde aber v.a. bekannt durch seine vier Bände „*The Modern World-System*“:

- Bd. I: *Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*, New York/London: Academic Press 1974. [Dt.: Das moderne Weltsystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Syndikat / Wien: Promedia 1986.]
- Bd. II: *Mercantilism and the Consolidation of the European World-Economy, 1600–1750*. Academic Press, New York 1980. [Dt.: Das moderne Weltsystem II. Der Merkantilismus: Europa zwischen 1600 und 1750, Wien Promedia 1998.]
- Bd. III: *The Second Great Expansion of the Capitalist World-Economy, 1730–1840's*, San Diego: Academic Press 1989. [Dt.: Das moderne Weltsystem III. Die große Expansion: Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert. Wien: Promedia 2004.]
- Bd. IV: *Centrist Liberalism Triumphant, 1789–1914*. University of California Press 2011. [Dt.: Das moderne Weltsystem IV. Der Siegeszug des Liberalismus (1789–1914), Wien: Promedia 2012.]

Recht bekannt wurde er auch durch die kleine hundertseitige Abhandlung, an der namhafte Wissenschaftler mitarbeiteten (Calestous Juma, Evelyn Fox Keller, Jürgen Kocka, Dominique Lecourt, Valentin Y. Mudimbe, Kinhide Mushakoji, Ilya Prigogine, Peter J. Taylor, Michel-Rolph Trouillot) und worin er beschrieb, wie die Sozialwissenschaften im 18. Jahrhundert entstanden und wie sie sich im 19. Jahrhundert auffächerten und mit dem Prozess der Eroberung der Welt durch die europäischen Mächte verwoben waren:

Immanuel Wallerstein, *Africa. The Politics of Independence*, New York: Vintage 1961

Immanuel Wallerstein, *Africa. The Politics of Unity*, New York: Random House 1967

Immanuel Wallerstein



Immanuel Wallerstein u.a., *Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian-Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften*, übersetzt von Christoph Münz. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag 1996.

Die *Gulbenkian Commission for the Restructuring of the Social Sciences* arbeitete unter der Federführung von Immanuel Wallerstein seit 1993. Sie war seinerzeit finanziert von der **Gulbenkian-Stiftung**. Diese existiert auch heute und hat am 20. Juli 2020 ihren erstmalig gestifteten „Preis für Menschlichkeit“ an Greta Thunberg vergeben.

Ein Aspekt in der Institutionalisierung der Sozialwissenschaft seit dem 18. Jahrhundert, der in diesem Büchlein erwähnt wird, ist auch wichtig für eine historisch-soziologisch informierte Theorie der interkulturellen Kommunikation. Er betrifft das Selbstverständnis, in dem Europa eine Erklärung für seine Eroberung der Welt suchte bzw. konstruierte:

Daraus erwuchs die offensichtliche Frage: Wie war es diesem kleinen Teil der Welt möglich, alle anderen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und seinen Willen den amerikanischen Ländern, Afrika und Asien aufzuzwingen? Das war eine sehr gewaltige Frage, und die meisten Antworten darauf bewegten sich nicht auf der Ebene souveräner Staaten, sondern auf der Ebene eines Vergleichs der ‚Kulturen‘ [...]. Das Interesse an der Frage, wie sich die Ausbreitung Europas bis hin zur Dominanz über die Welt vollzog, fiel mit dem intellektuellen Übergang zum Darwinismus zusammen. Die von der Aufklärung beförderte Säkularisierung des Wissens wurde durch die Evolutionstheorie bestätigt, und die Darwinsche Theorie reichte weit über ihre biologischen Ursprünge hinaus.

Obwohl die Newtonsche Physik als Vorbild für die Methodologie der Sozialwissenschaft dominierte, hatte die Darwinsche Biologie, aufgrund ihrer scheinbar bestechenden Meta-Konstruktion von Evolution mitsamt ihrer außerordentlich starken Betonung der Vorstellung vom Überleben des Stärksten, einen großen Einfluß auf die Theoriebildung in den Sozialwissenschaften. [...] Eine oberflächliche Interpretation der Evolutionstheorie konnte für die wissenschaftliche Legitimation der Annahme benutzt werden, daß der Fortschritt in die offenkundige Überlegenheit der gegenwärtigen europäischen Gesellschaft münden mußte [...].

Es war also ein universalistischer Begriff der Kultur – sagte Wallerstein –, der den Europäern die Erklärung für ihre Herrschaft über die Welt lieferte. Damit hielt Wallerstein den „frühen, vergleichenden Kulturstudien“ immerhin zugute, dass sie noch nicht so sehr auf den Staat zentriert waren, wie sich dies im Lauf des 19. und 20. Jahrhunderts entwickelt habe. Die Zukunft der Sozialwissenschaften sah Wallerstein am Ende des 20. Jahrhunderts mithin in der Überwindung der Trennung zwischen idiographischer („geisteswissenschaftlicher“) und nomothetischer („empirisch-quantitativer“, experimenteller) Methode und einer interdisziplinären und interkulturellen Öffnung der Sozialwissenschaften.

Quelle: <https://www.binghamton.edu/fbc/>; <https://www.binghamton.edu/fbc/commentaries/index.html>

Nachrichten für Mitglieder

SSIP₁/2020-1_2

Nachrichten aus dem SSIP

SSIP-Mitglied Dr. Gerd Ulrich Bauer aus dem hessischen Bad Vilbel hat das Angebot angenommen, ab 01.01.2021 bis zur nächsten Ordentlichen Mitgliederversammlung die vakante Stelle eines Stellvertretenden SSIP-Vorsitzenden kommissarisch zu übernehmen, nachdem Markus Lohmann zum 31.12.2020 bedauerlicherweise seinen Rückzug aus der Vorstandsarbeit erklärt hat. Dr. Bauer begleitet den SSIP und insbesondere „*ika – interkulturell aktuell*“ bereits seit Längerem. Er hat in Bayreuth Deutsch als Fremdsprache und Ethnologie mit Afrikabezug studiert, anschließend an der TU Chemnitz im Lehr- und Forschungsgebiet „Interkulturelle Kommunikation“ promoviert. Seine Dissertation entfaltet eine akteursbezogene Perspektive auf deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Dr. Bauer habilitierte sich an der Universität Bayreuth und erwarb die Lehrbefugnis für „Interkulturelle Germanistik“. In diesem Forschungsgebiet, in dem seit den 1980er Jahren Grundlagen für die Ausformung einer interdisziplinären, kulturwissenschaftlichen Fremdeitsforschung gelegt wurden, findet sich Dr. Bauer wieder in der Tradition u.a. von Alois Wierlacher, Bernd Thum, in neuerer Zeit bspw. auch von Ernest W. B. Hess-Lüttich.

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber: Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin
Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer,
Bad Vilbel

Die *ika – interkulturell aktuell* (SSIP-Mitteilungen) können Sie für einen Kostenbeitrag von 40,- € pro Jahr abonnieren. Die Mitgliedschaft im *Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven* e. V. in Höhe von jährlich 50,- € schließt das Abonnement ein. *ika – interkulturell aktuell* wird nach Wunsch als pdf-Datei oder als Druckausgabe verschickt.

© SSIP, 2020. Bitte zitieren Sie mit der Quellenangabe „SSIP-IKA“. – ISSN 2567-5907



Dr. Bauer ist Stellvertretender VHS-Leiter in Darmstadt-Dieburg und dort Programmbereichsleiter für Kulturelle Bildung. Er lehrt als Privatdozent an der Universität Bayreuth.

Bauer, Gerd Ulrich: *Auswärtige Kulturpolitik als Handlungsfeld und ‚Lebenselixier‘ – Expertentum in der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik und der Kulturdiplomatie*. München: Iudicium, 2010.

Hinweis der Redaktion: Der gewohnte Veranstaltungskalender, der mit diesem Heft fortgesetzt werden sollte, muss wegen der epidemiebedingten Absage aller Veranstaltungen und Zusammenkünfte erneut entfallen.

Autorenkürzel:
AT Armin Triebel | GUB Gerd Ulrich Bauer

Geschäftsstelle:
Wielandstr. 35
12159 Berlin
www.ssip-web.de
Tel.: +49 (0)30/8510339-0
Fax: +49 (0)30/8510339-1
Mail: mitteilungen@SSIP-web.de

Bankverbindung:
GLS-Bank Bochum
IBAN: DE51 4306 0967 1218 6594 00
BIC: GENODEM1GLS

Der Abdruck des Portraitfotos von Wolfgang Edelstein auf dem Titel dieser *ika*-Ausgabe erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Fotografen **Þorvaldur Örn Kristmundsson**, Reykjavik, Island.

Kontakt:
thorvaldur007@gmail.com, <http://www.thorvaldurorn.com/>